

(Beginn: 15.48 Uhr - Ende: 22.44 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 28. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße besonders unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle Zuschauerinnen und Zuschauer im Internet, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich alle Mitglieder des Rates sehr herzlich.

Besonders begrüßen möchte ich heute unsere vier neuen Trainee-Kolleginnen und -Kollegen sowie unsere derzeitigen Praktikantinnen und Praktikanten auf der Zuschauertribüne.

(Beifall)

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Herr Rottmann und Herr van Benthem entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen benenne ich Frau Dr. Bürgermeister, Frau Henk-Hollstein und Frau Rabenstein.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- bzw. Absetzungen sind darin gesondert gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Kommen wir zuerst zur Festlegung der Aktuellen Stunde. Es liegen zwei fristgerecht eingereichte Anträge zur Durchführung einer Aktuellen Stunde vor. Der Antrag der FDP-Fraktion behandelt das Thema „Gefährdet der Beschluss der Mitgliederversammlung der Kölner Grünen vom 25. März 2017 den Bau der neuen Rheinbrücke im Kölner Süden?“. Der Antrag hat im Entwurf die Ziffer 1.1.

Im Antrag der AfD-Fraktion geht es um Transparenz und Mittelverwendung durch die Stadt Köln bzw. Frau Oberbürgermeisterin Reker. Der Antrag hat im Entwurf die Ziffer 1.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine Aktuelle Stunde pro Sitzung vor. Bei mehreren Anträgen besteht die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen.

Darum frage ich Sie jetzt: Konnte eine Einigung erzielt werden?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen] Nein! - Zuruf von der CDU: Keine! - Zuruf von der FDP - Nein!)

Es konnte also keine Einigung erzielt werden, kann ich festhalten.

Dann lasse ich gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung darüber abstimmen, ob zwei Aktuelle Stunden durchgeführt werden sollen. Wer für die Durchführung beider Aktueller Stunden ist, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Das ist pro Köln. Ich frage dann noch nach Gegenstimmen. - Gegenstimmen sind SPD, CDU, die Linken, die FDP, Herr Wortmann, die AfD, die Ratsgruppe GUT, die Piraten und die Grünen. Dann frage ich nach Enthaltungen? - Die kann es eigentlich nicht mehr geben. Enthaltungen keine.

Es wird also heute nur eine Aktuelle Stunde geben. Nach § 5 Abs. 6 der Geschäftsordnung müssen wir nun darüber abstimmen, welches der beantragten Themen Gegenstand der Aktuellen Stunde sein soll. Entscheidend ist dabei wie immer, welcher Antrag die Mehrheit des Rates findet.

Ich frage Sie zunächst: Wer für das Thema der FDP-Fraktion - Tagesordnungspunkt 1.1 - ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Grünen, die CDU-Fraktion, die Linken, die FDP-Fraktion, Herr Wortmann und die Piraten. Gegenstimmen? - Bei AfD und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Enthaltungen der Ratsgruppe GUT.

Wer ist für das Thema der AfD-Fraktion, Tagesordnungspunkt 1.2? - Das ist die AfD-Fraktion und pro Köln. Gibt es Enthaltungen? - Keine.

Dann ist das Thema der heutigen Aktuellen Stunde das Thema 1.1.

Zu den Zu- und Absetzungen:

TOP 4.4 bis TOP 4.9 sind nachträglich eingegangene Anfragen. Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: TOP 10.29, TOP 10.30 und schließlich die Anträge zur Umbesetzung in Ausschüssen TOP 17.5. Im nichtöffentlichen Teil werden folgende Zusetzungen vorgeschlagen: TOP 23.6. Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 4.2, 10.10, 10.14, 10.17, 10.18.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Herr Wiener, bitte.

Markus Wiener (pro Köln): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe eine andere Frage zur Tagesordnung, und zwar: Wie auch der Presse zu entnehmen war, hat bereits im Februar das Obergerverwaltungsgericht Münster das aktuell gültige Fraktionsfinanzierungsmodell der Stadt Köln für rechtswidrig erklärt, worauf die Verwaltung angekündigt hat, für die heutige Ratssitzung eine Vorlage einzubringen, wie man sich denn zu diesem Urteil, das durch eine PRO-KÖLN-Klage erzwungen wurde, verhalten will.

Vielleicht habe ich nur irgendetwas übersehen, aber ich konnte zumindest nichts auf der heutigen Tagesordnung dazu entdecken. Deswegen würde ich gern von der Verwaltung wissen, ob es denn irgendwo doch noch versteckt ist - unter irgendeinem Tagesordnungspunkt -, und falls nicht, ob und wann die Stadt Köln sich zu dem Urteil des Obergerverwaltungsgerichts Münster verhalten will.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wiener, es ist nicht auf der heutigen Tagesordnung. Es gab dazu schon eine Information im Hauptausschuss, und es wird eine weitere Information dazu im nächsten Hauptausschuss geben.

Ich komme jetzt zur Reihenfolge der Tagesordnung. Gibt es Wortmeldungen, die die Reihenfolge der Tagesordnung betreffen? - Das sehe ich nicht. Wortmeldungen zur Tagesordnung insgesamt? - Das sehe ich auch nicht. Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen noch mitteilen, dass ich heute gegen 18 Uhr die Sitzung vorübergehend verlassen werde, da mich Frau Bundeskanzlerin Merkel gebeten hat, an einem Termin, den sie hier in Köln durchführt, teilzunehmen. Ich kehre selbstverständlich sofort nach dem Termin in die Sitzung zurück und denke auch die ganze Zeit an Sie.

(Beifall und Heiterkeit - Martin Börschel [SPD]:
Wenn das die Frau Bundeskanzlerin hört!)

Ich kann mehrere Dinge gleichzeitig tun, Herr Börschel.

(Martin Börschel [SPD]: Das müssen Sie mir beibringen!)

Das ist ja das große Talent, das viele Frauen haben.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich komme jetzt zu Tagesordnungspunkt

1 Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

1.1 Antrag der FDP-Fraktion und Ratsmitglied Wortmann auf Durchführung einer Aktuellen Stunde betreffend „Gefährdet der Beschluss der Mitgliederversammlung der Kölner Grünen vom 25. März 2017 den Bau der neuen Rheinbrücke im Kölner Süden?“ AN/0535/2017

Ich bitte als Erstes Herrn Houben.

Reinhard Houben (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Das ist schon ein Schulbeispiel, wie man in Wahlkampfzeiten seine politische Glaubwürdigkeit ganz schnell abwerfen kann.

Meine Damen und Herren, wir haben hier im Rat am 16.12.2014 nach einer intensiven Debatte über Möglichkeiten von Rheinquerungen in Köln einen gemeinsamen Beschluss gefasst - die Fraktionen von CDU, Grünen und FDP -, und die SPD hat diesem Antrag dann auch zugestimmt.

Kernaussage dieses Antrags und dieses Beschlusses war, dass wir uns bei einer Rheinquerung auf den Standort Köln Godorf konzentrieren, weil dies auch von der Landesregierung unterstützt wird und im Bundesverkehrswegeplan entsprechend besser platziert werden konnte.

Nun wissen wir alle, dass die Realisierung eines solchen Vorhabens sehr lange dauert, und für solche Vorhaben braucht man dann auch zuverlässige Partner. Wer sich einmal auf einen Weg begibt, sollte sich nicht den Unwägbarkeiten von Umfragen oder Wahlkämpfen hingeben, um dann bestimmte Positionen wieder infrage zu stellen.

(Beifall bei der FDP - Jörg Detjen [Die Linke.]:
Machen Sie bald Jamaika?)

- Herr Detjen, ich kann Sie beruhigen, wir haben kein Jamaika. Es gibt eine Kooperation zwischen CDU und Grünen, und manchmal stimmen wir zu und manchmal nicht, aber darum geht es gar nicht, Herr Detjen. Es geht nicht um Jamaika, sondern es geht darum, dass vier Fraktionen hier eine Entscheidung getroffen haben und sich eigentlich Verwaltung, Politik und Bürger darauf verlassen können sollten.

Interessant dabei ist auch, meine Damen und Herren, dass sowohl der Koalitionspartner in Düsseldorf, Herr Groschek, sagt: „Selbstverständlich kümmern wir uns um das Thema, wir wollen diese Brücke haben; wir können uns sogar einen Tunnel vorstellen!“, als ich auch nicht von der CDU im Kölner Rat gehört habe, dass sie sich von dieser Position entfernen möchte. Deswegen, meine Damen und Herren, muss man sich schon fragen: Wie gehen wir mit dem Thema weiter um?

Interessant dabei ist, dass diese Brücke einen Verkehrswert von 15,4 hat. Herr Fenske träumt von solchen Zahlen. Er würde die gesamte Stadt umpflügen können, wenn er dann entsprechende Strecken bauen dürfte. Mit einem solchen Verkehrswert gibt es kaum Maßnahmen in ganz Deutschland, die derartig attraktiv sind. Die Beigeordnete stimmt der Brücke zu.

Dann wird man doch etwas nachdenklich. Durch die Aufmerksamkeit unserer Fraktionsgeschäftsführer und unserer Umweltpolitiker ist uns vor einigen Monaten aufgefallen, dass ganz zufällig und auch ein bisschen unauffällig auf einmal eine Vorlage im Umweltausschuss aufkam bzw. hochpoppte mit dem Thema, dass genau an der Stelle, wo die Rheinbrücke den Rhein überqueren soll im Rechtsrheinischen, auf einmal ein Naturschutzgebiet ausgewiesen werden sollte.

Nur ein Schelm denkt sich dabei etwas Böses, meine Damen und Herren. Das kann ja alles nur ein Zufall sein.

Jedenfalls ist es aufgefallen. Die Vorlage ist dann auch zurückgezogen worden, und damit ist im Grunde der Weg frei für diese Brücke.

Wie gesagt - ich wiederhole mich hier gern -, die Prognosen für diesen Verkehrsweg sind einmalig gut. Außerdem sollten all diejenigen, die sich für ÖPNV oder Schienennahverkehr einsetzen, nicht schlecht über diese Brücke diskutieren.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Hört, hört!)

Denn sie gibt uns die einmalige Chance, auch eine Schienenverbindung über den Rhein zu füh-

ren, die wir bisher im Kölner Süden nicht haben und dringend brauchen.

(Beifall bei der FDP)

Ich kann nur für die FDP erklären: Wir sind für eine ideologiefreie Auseinandersetzung mit unseren Infrastrukturproblemen.

Im vergangenen Jahr ist Köln um 16.000 Einwohner gewachsen. Im vergangenen Jahr sind 20.000 neue Pkw in Köln zugelassen worden. Wir können nicht so tun, dass wir alle Verkehrsprobleme mit einem Verkehrsträger lösen können. Aber das Auto bleibt ein Verkehrsträger, und wenn wir eine Brücke bauen können, wodurch wir sowohl Schienennahverkehr als auch Individualverkehr aufnehmen können, ist das eine einmalige Chance. Wir sollten intern keine Versuche starten, das nun irgendwie zu verzögern oder unmöglich zu machen, denn sonst werden wir nicht nur bei dieser Wahl werben können: „Nicht Pendler sollten früher aufstehen, sondern die Regierung!“ Sie würden uns damit ein Dauerthema geben. Das wollen wir gar nicht. Wir wollen konkrete Lösungen für die Bürger in Köln und im Umland. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau dos Santos Hermann hat das Wort. - Ach so, Herr Wortmann, natürlich. Ich bitte um Verzeihung.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste! Wir, die Freien Wähler, haben im Mitgliederkreis diese Rheinquerung diskutiert und natürlich dafür gestimmt. Am 16.12. hat der Rat dem auch zugestimmt. Wir haben im Zweckverband des VRS dem Brückenbau ebenso zugestimmt. Meines Wissens waren in beiden Gremien die Grünen mit vertreten.

Der Kölner Süden positioniert sich bevölkerungsmäßig als Wachstumsraum Nummer eins. Wir schätzen in den nächsten zehn Jahren mit circa 15.000 neuen Bürgern. Er schreibt aber auch eine negative Staugeschichte, weil wir fast täglich im Autoverkehr ersticken.

Dem allen widerspricht aber jetzt die Basis der Grünen, was wir nicht verstehen. Das kann eigentlich nur einer machen, der entweder keinen Überblick hat, oder es ist unsinniger Wahlkampf.

Ich sage einmal so: So groß kann doch keine Feldmaus ein Loch buddeln, dass so eine Brücke einstürzt.

Sie werden unglaublich und verunsichern eine ganze Region. Sie und Ihre Partner von der CDU propagieren - im Koalitionspapier nachzulesen - eine interkommunale Zusammenarbeit als zentrale Zukunftsaufgabe.

Es gibt den Sprecher der Region, einen Herrn Bürgermeister Raetz als CDU-Mitglied, der sagt:

Direkt nach dem Bekanntwerden der ersten Inhalte des neuen Bundesverkehrswegeplanes haben wir uns für eine Höherstufung in die Periode vor 2030 ausgesprochen und dies auch auf Bundesebene kundgetan.

Für uns geht es aber hier um mehr als nur um die Rheinquerung. Wenn Sie sich in Köln aufstellen mit City-Maut, Dieserverbot, Straßenrückbauten, Verkehrsberuhigung der Innenstadt, Fahrradverkehr, Sperrung der Zülpicher Straße - Sie versuchen, Freiburg näherzukommen -, dann muss das in einen planerischen und zeitlichen Kontext passen.

Das, was Sie oder zumindest Ihre Parteibasis jetzt machen, verprellt nachhaltig die Bürgerschaft und schreckt auch Investoren ab und bekommt dieser Stadt im Außenauftritt überhaupt nicht. - Danke.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau dos Santos Hermann, bitte.

Susana dos Santos Hermann (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Aufnahme der sogenannte Querspange A553, der Rheinbrücke, in den Bundesverkehrswegeplan ist meines Erachtens nicht nur ein wirklich wichtiges, großes und bedeutendes Autobahnbauprojekt hier bei uns in Nordrhein-Westfalen und in Köln, es ist auch einer der größten Erfolge des Landesverkehrsministers Groschek, der es geschafft hat, dieses Projekt im Bundesverkehrswegeplan zu verankern.

(Hans-Werner Bartsch: Oh! - Zurufe von der FDP: Oh!)

- Ja, es tut mir leid, dass ich Ihnen das nicht ersparen kann, Herr Bartsch, aber so ist das nun einmal.

(Zurufe von der CDU)

Es ist neben dem Rhein-Ruhr-Express meines Erachtens das wahrscheinlich bedeutendste Verkehrsprojekt für unsere Region. Warum?

(Beifall bei der SPD und Zuruf von Christoph Klausing [CDU])

- Korrekt. Ich wusste, dass die Düsseldorfer Opposition sich uns anschließt. Das ist auch okay so.

Was mich verwundert an dem Beschluss der Grünen-Mitgliederversammlung ist vor allen Dingen das Fehlen eines Kontextes. Anfang der 90er-Jahre fingen alle Parteien an, darüber zu diskutieren, wie man Ökologie und Wirtschaft, Verkehr und Umweltbelange unter einen Hut bekommt - die Grünen haben früher damit begonnen, das ist mir schon bewusst, aber in den 90er-Jahren haben dann andere nachgezogen -, und wir haben gelernt.

Ernst Ulrich von Weizsäcker hat damals von Ökobilanzen gesprochen - vom „Faktor Vier“ in der Energiepolitik, von Ökobilanzen in der Verkehrspolitik. Das heißt, wir müssen schauen: Wie organisieren wir Verkehre und Umweltbelastungen so, dass sie am Ende unter dem Strich den Menschen mehr Lebensqualität, mehr Luftreinheit, bessere Umwelt, bessere Ökologie geben?

Das ist hier genau die Frage: Wollen wir wirklich Verkehre aus der Stadt ziehen? Wollen wir, dass Lkw nicht mehr durch die Stadt fahren, sondern um die Stadt herum? Dann müssen wir ein solches Projekt weiterverfolgen. Dann müssen wir es weiterverfolgen.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Und, meine Damen und Herren, die Verankerung dieses Projekts im Bundesverkehrswegeplan ist im vordringlichen Bedarf festgehalten. Das bedeutet, es geht jetzt um die konkrete Planung. Wenn Sie so wollen: Straßen.NRW hat damit einen Planungsauftrag. Es geht jetzt um das Wie, nicht mehr um das Ob, und bei diesem Wie können wir uns eine Variante null nicht mehr leisten.

Ich betone noch einmal - ich selbst habe daran mitgewirkt, wie eigentlich alle, die hier von uns aus dem Rat auch im Nahverkehr Rheinland vertreten sind -: Wir haben darauf gepocht, dass

auch eine Schienenstrecke über diese Trasse geht.

(Zuruf von Herrn Reinhard Houben [FDP])

Nur in dieser Kombination wird die Sache richtig interessant und macht Sinn für Umwelt und Verkehr.

(Beifall bei der FDP)

Also, meine Damen und Herren, wer hier sagt: „Wir möchten eine Nullvariante, wir möchten zurück auf null“, der tut der Umwelt, der Ökologie und letztlich den Interessen unserer Stadt einen Bärendienst an. Deswegen: Es geht nicht um die Variante null, es geht um die Stunde null in der Bürgerbeteiligung.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie uns jetzt mit Bürgerbeteiligung anfangen, frühestmöglich, so, wie Minister Groschek das in der vergangenen Woche vorgeschlagen hat. Es geht darum, die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig an der Frage zu beteiligen: „Wie soll denn eine solche Verbindung aussehen, was wird gebraucht, worauf müssen wir achten, und macht am Ende eine Brücke oder vielleicht ein Tunnel mehr Sinn?“. Wer sich konstruktiv einbringen will, den unterstützen wir gern. Wir sind selbst mit dabei und rufen jeden auf, das mit uns zu tun. Aber wir gehen keinen Schritt zurück in der Frage an sich. Wer das jetzt aufgibt, der vertut eine Chance nicht nur für Köln, sondern für ganz Nordrhein-Westfalen. Das dürfen wir und können wir uns nicht leisten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Michel, bitte.

Dirk Michel (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Neben dem Bahnknoten Köln ist die südliche Rheinquerung das zentrale Infrastrukturvorhaben in unserer Region. Den Bedarf an dieser Stelle gibt es schon lange. Es soll Stadtpläne aus den 70er-Jahren geben, in denen sie schon eingezeichnet ist. Egal, ob als Brücke, Tunnel oder beides - diese Route hat für das Rheinland allerhöchste Priorität.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie hat übrigens seit Dezember den Namen A553. Die Realisierungschancen steigen nun durch das nationale Interesse. Die ersten konkreteren Umsetzungsideen erfreuen sich hoher Aufmerksamkeit. Der Wahlkampf ermutigt jetzt sogar den Bau- und Verkehrsminister, mit Beschleunigungsvorschlägen an die Öffentlichkeit zu gehen.

Als Verkehrsprojekt ist diese Verbindung zum einen das fehlende Puzzlestück zwischen A555 und A59, zum anderen eine neue Schnellverbindung zum Flughafen, und sie könnte die seit Jahrzehnten versprochenen Umgehungsstraßen Porz und Meschenich miteinander verknüpfen.

Diese dringend notwendigen Verkehrsentlastungen für Porz, Rhein-Sieg-Kreis und den Kölner Süden geben uns die Perspektive für weitere Entwicklung dieser Gebiete und damit Wachstum und Wohlstand für unsere Region.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es gibt viele Möglichkeiten der Nutzung. Wir brauchen dringend ein Konzept, denn jegliche Art von Nutzer - ob Individualverkehre, Güterverkehre, Fahrradfahrer, Fußgänger und auch der ÖPNV - machen sich große Hoffnungen. Wir werden mehr Möglichkeiten bekommen, Transitverkehre um unsere Stadt zu lenken und damit den Autobahnring und die innerstädtischen Gebiete zu entlasten. Dass das dringend erforderlich ist, spüren unsere Bürger jeden Tag.

Darüber hinaus stärkt dieses Vorhaben unseren Wirtschaftsstandort. Neben der Entlastung unserer bestehenden Brücken, die aktuell volkswirtschaftliche Schäden produzieren, ergeben sich Chancen für die Entwicklung neuer Häfen, für die Ausrichtung neuer Logistikkonzepte, für die Ansiedlung neuer Unternehmen und die Stärkung bestehender Gewerbestandorte.

Wir haben hier Ende 2014 die Voraussetzung geschaffen, indem wir einstimmig für eine Weiterentwicklung gestimmt haben. Das war der Beschleuniger für den Sprung im Bundesverkehrswegeplan.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Jetzt brauchen wir einen leistungsstarken Partner in der Planungsphase, am besten eine Landesregierung, die dem Straßenbau wieder mehr Qualität und Tempo gibt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der nächste Schritt neben dem Nutzungskonzept ist das Linienvorhaben mit seinen Anschlussstellen. Wir werden die Sorgen der Bürger vor Ort ernst nehmen und Umweltbelange berücksichtigen, aber Verzögerungen werden wir nicht akzeptieren.

Fortschritt erreichen wir nur, wenn wir eine Mobilitätswende in unserer Stadt nach unseren Zielen von *mobil 2025* erreichen und gleichzeitig zukunftsweisende Großprojekte wie diese entwickeln. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Liberale, die Antwort auf eure, ich nehme einmal an, eher rhetorische Frage lautet ganz einfach: Nein, dieser Beschluss, den unsere Kreismitgliederversammlung gefasst hat, verhindert natürlich überhaupt kein einziges Verfahren.

Es ist schön zu wissen, dass nicht nur unsere eigenen Parteimitglieder die Beschlüsse lesen, sondern auch Sie sie anscheinend ganz aufmerksam lesen, wobei ich jetzt bei Ihren Reden eher den Eindruck hatte, dass Sie die *Express*-Schlagzeilen dazu gelesen haben und nicht die eigentlichen Beschlüsse.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von daher bin ich Ihnen auch ganz dankbar dafür, dass ich hier die Zeit noch einmal nutzen kann, unsere Position dazu zu erläutern.

Was haben wir denn momentan für eine Lage? Im aktuellen Bundesverkehrswegeplan ist die neue Rheinquerung unter Nr. 103 aufgenommen, inklusive eines Trassenvorschlags zwischen den Anschlussstellen Godorf und Porz-Lind, also zwischen der A555 und der A59 - bisher mitten durch ein Naturschutzgebiet und einen Retentionsraum. So weit, so schlecht.

Als Zusatz vor der Trassenbeschreibung steht jedoch auch explizit folgender Hinweis - ich zitiere aus dem Bundesverkehrswegeplan -:

Der in den nachfolgend aufgeführten, herunterzuladenden Lageplänen dargestellte Verlauf des Projektes stellt eine

der Lösungsmöglichkeiten dar. ... In den nachfolgenden Planungsstufen kann sich der Verlauf verändern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das heißt also: Noch ist nichts endgültig über die Trassierung entschieden.

Letzte Woche - die Kollegin des Santos Hermann hatte darauf hingewiesen - gab es eine Auftaktpressekonferenz des sogenannten Bündnisses für Infrastruktur mit dem Verkehrsminister Grochek. Das ist derjenige, der noch vor einiger Zeit vor der „durchgrünt“ Gesellschaft und den egoistischen Bürgerinitiativen gewarnt hat.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie Beifall bei der SPD)

Dieser Minister hat nun den weiteren Fahrplan vorgestellt, und siehe da, alle Stakeholder, also all die von der Maßnahme betroffenen Bürgerinnen und Bürger, die Interessenverbände, die Gemeinden und Kommunen sowie die Kreise, sollen bereits vor den ersten Planungen einbezogen werden.

Auch das wurde auf der Pressekonferenz noch einmal deutlich: Das kann in Werkstattverfahren passieren, in den gemeinsamen Trassenvarianten erarbeitet werden, die dann noch einmal eine vertiefte Prüfung eingehen. Auch so können wir die Belange der Kommunen und Kreise von Anfang an berücksichtigen, damit uns nicht noch einmal so etwas droht wie bei der Leverkusener Brücke, bei der irgendetwas geplant wird und wir als Kommune anschließend nur noch quasi als Beiwerk Bitten haben können, aber jegliche Ideen, die wir einbringen wollen, Verzögerungen um Jahre angeblich bedeuten.

Deswegen begrüßen wir als Grüne in der Region jetzt dieses offene, transparente und bürgernahe Verfahren. Wir nehmen den Minister dabei auch beim Wort. Für uns spielen dabei drei Kriterien eine Rolle.

Erstens, ausgehend vom Ist-Zustand, also der Nullvariante, die übrigens bei jeder neuen Planung immer wieder rechtlich mit geprüft werden muss - ganz egal, ob wir uns dafür entscheiden oder nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Von dieser Nullvariante ausgehend benötigen wir eine Netzbetrachtung, welche Entwicklungen der Verkehrsverhältnisse denn wirklich zu erwarten

sind und welche Auswirkungen diese Planungsvarianten zur Rheinquerung haben werden.

Es wurde schon gesagt, dieses Projekt ist enorm wichtig für diese komplette Region hier. Es kann dabei nicht bloß in dieser Netzanalyse geschaut werden, wie sich das zwischen Köln und Bonn auswirkt, sondern - es wurde schon gesagt: regionale Zusammenarbeit - wir müssen schauen, welche Auswirkungen das Ganze auf die benachbarten Kreise im Rest des Rheinlandes hat. Deswegen wäre es geradezu töricht zu sagen: Es ist die Trasse und keine andere.

Zweitens. Bei dieser Analyse ist der komplette Raum zwischen Friedrich-Ebert-Brücke in Bonn und Rodenkirchener Brücke einzubeziehen, und zwar sowohl Schienen-, Straßen- und Radverkehr sowie Personen- und Güterverkehr. Denn leider hat der Bundesautobahn- und Mautminister die Anregungen, die hier aus der Region zum Bundesverkehrswegeplan zur Schienenquerung kamen, einfach nicht mit aufgenommen.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Berivan Aymaz [Bündnis 90/Die Grünen]: Gar nicht!)

Für diese Schienenführung wurde schon vieles gesagt. Ich möchte noch ein weiteres Argument bringen: Wenn wir uns für einen weiteren Hafen Lülsdorf einsetzen, um auch den Godorfer Hafen zu entlasten, dann brauchen wir selbstverständlich auch eine Schienenentwicklung, damit dieser Hafen optimal angebunden werden kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Drittens. Massive Beeinträchtigungen von Wohn- und Naturschutzgebieten sind nicht akzeptabel, wenn wir über solche Trassenplanungen reden. Deswegen ist es gut, wenn möglichst früh die Belange der Anwohnerinnen und Anwohner, der Bürgerinnen und Bürger da gehört werden, damit eben nicht nachträglich irgendwelche Klagen solche Projekte verhindern.

Es klang jetzt schon so ein bisschen an: Es könnte ja sein, dass Wahlkampf ist. Es ist dann schön zu sehen, dass trotz aller Wankelmütigkeit von der einen oder anderen Partei zwei Dinge immer die gleichen bleiben in solchen Wahlkämpfen. Erstens. Sonntags gibt es weiterhin Kaffee und Kuchen. Zweitens. Der parlamentarische Arm der Autolobby und des ADAC heißt weiterhin FDP, auch wenn ich dem ADAC wahrscheinlich damit Unrecht tue.

Wenn man sich einmal anhört, was Ihr Spitzenkandidat auf der Durchreise nach Berlin vergan-

genes Wochenende auf dem Parteitag gesagt hat, als er von einem Entfesselungsgesetz für den ganzen „Rommel-Krempel“ sprach -

(Beifall bei der FDP)

- und damit zum Beispiel auch einen Landesentwicklungsplan meinte, dann wird einem relativ schnell klar: Ihnen geht es hier gar nicht um Nachhaltigkeit, Ihnen geht es nicht um Umweltschutz, Ihnen geht es einfach nur darum, möglichst schnell irgendwelche geplanten Autoprojekte durchzudrücken, und das auf Kosten der anderen.

Um damit noch einmal auf das Thema der aktuellen Stunde zurückzukommen: Nein, dieser Beschluss unserer Kreismitgliederversammlung gefährdet gar nichts. Ich würde mich freuen, wenn Sie die Beschlüsse demnächst einfach einmal im Internet vorher lesen. Unsere sind nämlich online - im Gegensatz zu denen vieler anderer Parteien hier. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist, glaube ich, ohne Zweifel festzustellen, dass wir im Kölner Süden - jeder, der die verkehrliche Situation da kennt, weiß das - eine Rheinquerung brauchen.

(Beifall bei Die Linke. und bei der FDP)

Herr Houben hat es vorhin richtig gesagt: Der Kosten-Nutzen-Faktor für diese Brücke ist enorm. Mir leuchtet die Argumentation von Herrn Hammer nicht ganz ein, dass der eine oder andere Ortsverband der Grünen diese Rechnung jetzt noch einmal für sich aufmachen muss. Es gibt gewisse Fakten, die sind von der Landesregierung festgeschrieben, die stehen auch im Bundesverkehrswegeplan, und man kann schon noch einmal da hineinschauen, bevor man gleich anfängt, noch einmal selbst irgendwelche Rechnungen da aufzumachen.

Meine Damen und Herren, der Lkw-Verkehr in unserem Land hat sich seit 1990 fast verdoppelt. Wir haben die Situation, dass sich das Mobilitätsverhalten der Menschen eindeutig verändert hat. Hat der statistische Wert 1975 am Tag noch 27 Kilometer betragen, die sich ein Mensch be-

wegt, sind wir heute bei weit über 40 Kilometern. Das zeigt sich unter anderem auch an der schwierigen verkehrlichen Situation im Kölner Süden.

Selbstverständlich brauchen wir keine reine Autobahnbrücke im Kölner Süden, sondern wir brauchen eine Brücke, die eine Schienenverbindung hat, und wir brauchen eine Brücke, die auch eine optimale Radverkehrsverbindung hat.

(Beifall bei Die Linke. und bei der FDP)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren, sieben Radschnellstrecken in der Planung. Davon haben wir ganz bedeutende im Ruhrgebiet, wie zum Beispiel diejenige, die über 110 Kilometer die Universitäten des Ruhrgebietes mit einem Radschnellweg verbinden soll. Wir haben hier in Köln den Winzling erwischt, was den Radschnellverkehr angeht, mit acht Kilometern zwischen Köln und Frechen.

Meine Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass wir - wenn wir diese Brücke in Angriff nehmen - diese so ertüchtigen müssen, dass sie auf jeden Fall dafür geeignet ist, gegebenenfalls in das Radschnellsystem in NRW integriert zu werden.

(Beifall bei Die Linke.)

Meine Damen und Herren, es nutzt unserer Auffassung nach überhaupt nichts, wenn wir uns jetzt in kleinen Argumentationen verheddern und vertun. Wir sehen, was geschieht, wenn wir Infrastruktur nicht ordentlich ausstatten und wenn wir zu wenig investieren. Herr Hammer hat es gesagt: die Leverkusener Brücke, das Desaster. Wir haben dort heute die Situation - dazu kommen wir später noch einmal -, dass die Lkw einen erheblichen Teil zu den unhaltbaren Zuständen am Clevischen Ring beitragen.

Wir sind der Auffassung, wir müssen gut und viel Geld investieren in die Infrastruktur und in eine gleichberechtigte Brücke für alle Verkehrsteilnehmer - Fußgänger, Radfahrer, Schienenverkehr, sowohl was Güter- als auch Personenverkehr betrifft, und natürlich an dieser Stelle auch Autoverkehr. Das lässt sich an dieser Stelle nicht vermeiden. Von daher, glaube ich, sollten die Grünen noch einmal überlegen, ob sie mit diesem Thema jetzt so punkten wollen oder können. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth hat das Wort.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! So, meine lieben liberalen Freunde, -

(Martin Börschel [SPD]: Oh, oh, oh!)

- gefährdet der Beschluss der Mitgliederversammlung der Kölner Grünen den Bau einer neuen Rheinbrücke? Man könnte bei einem solch albernem Showantrag fast annehmen, es sei Wahlkampf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen schaue ich einmal ganz kurz in die GO - auch für die Zuschauerinnen und Zuschauer, die da oben sitzen -, was denn eine Aktuelle Stunde überhaupt bedeutet. Darin steht nämlich:

... zu einem aktuellen kommunalpolitischen Ereignis oder Problem.

Ehrlich gesagt, mir fallen zig andere Probleme ein, die wir hier in der Aktuellen Stunde besprechen sollten. Ich will gar nicht beim Rheinboulevard und ähnlichen Dingen anfangen. Das ist viel wichtiger als das, was ihr hier als Wahlkampfthema aufsetzt.

Aber lassen Sie mich einmal zu dem Punkt kommen, was wirklich wichtig ist - aus meiner Sicht -: Wenn es denn um Wahlkampf geht, das kann ich auch. Dann stelle ich einmal die Frage: Wie gefährlich ist denn die Kölner FDP durch ihre Beschlüsse und Abstimmungen für unsere Stadt wirklich? An albernem und gefährlichen Vorschlägen habt ihr all die Jahre nicht geizt.

(Beifall bei den Piraten)

So habt ihr mal vor Jahrzehnten gefordert, den Hauptbahnhof unter die Erde zu verlegen und diesen mit einem unterirdischen Tunnel zu verbinden.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Oh!)

In den 90er-Jahren habt ihr sogar einmal ein Laufband über den Rhein entlang der Hohenzollernbrücke vorgeschlagen.

(Zuruf von der FDP)

In den jüngeren Jahren sieht es nicht weniger gefährlich und weniger liberal für unsere Stadt aus, wenn es nach euch gegangen wäre. Kon-

sequent in Law-and-Order-Manier habt ihr vor einigen Jahren mit einer Kampagne geworben, die sich explizit gegen Taschendiebe unter jugendliche Roma-Flüchtlinge gewendet hat. Jugendliche Kriminelle sollten nach eurem kommunalpolitischen Willen in geschlossene Heime gesperrt, und mit der - Zitat - „Kuschelpädagogik“ und den überkommenden Dogmen der 70er-Jahre sollte gebrochen werden. - Aber okay, ihr habt mittlerweile einen Gang zurückgeschaltet an der Stelle.

Auf eure FDP-Initiative hin sind vor Jahren nicht nur die ersten Stadtbahnen, sondern auch die Busse videoüberwacht worden. Dazu und zu den Folgen müsste man eigentlich einmal eine Aktuelle Stunde machen.

(Beifall bei den Piraten)

Aktuell scheint ihr euch in Bezug auf die Vorgänge auf dem Rheinboulevard auch nicht vor dem Nulltoleranz-Vokabular zu schützen, genauso wie der grüne Bezirksbürgermeister. Bei der Diskussion um den Rheinboulevard haben wir Piraten übrigens schon vergangene Woche ein Gesamtkonzept und ein Moderationsverfahren vorgeschlagen, -

(Zuruf von Heiner Kockerbeck [Die Linke.])

- das demjenigen auf dem Brüsseler Platz gleicht.

(Zuruf von der Linken)

Ich könnte hier noch locker eine Stunde weitermachen mit Beispielen - ich bin gleich fertig - aus der Chronik der Kölner FDP.

(Zuruf von der Linken)

- Ja, aber die haben immerhin eine Aktuelle Stunde angesetzt. Das mache ich jetzt auch.

(Zuruf: Bleiben Sie beim Thema!)

Insofern: Leider habe ich nicht die Möglichkeit, eine Aktuelle Stunde hier einzusetzen, aber vielleicht hat es gereicht, um den einen oder anderen Liberalen einen Spiegel vor das Gesicht zu halten. Zumindest sollte jetzt allen klar sein, wer hier wirklich liberal ist, und das sind nur die Piraten. - Danke.

(Heiterkeit und Lachen bei SPD, CDU, FDP, Die Linke. - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war aber ein schöner Beitrag! - Beifall bei den Piraten und Teilen beim Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Das ist ja Gal-

genhumor! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das war schon ein lustiger Beitrag!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zur Aktuellen Stunde? - Herr Houben?

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Beitrag muss jetzt aber lustig sein! - Zuruf: Es ist erledigt!)

Ich erkläre das Thema dieser Aktuellen Stunde für erledigt, meine Damen und Herren, und würde gern darüber abstimmen lassen, ob Sie der gleichen Meinung sind.

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. - Doch. Sie enthalten sich, das Thema für erledigt zu erklären. Okay.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf Tagesordnungspunkt

2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften

2.1 Annahme einer Geldzuwendung für den Ankauf eines Kunstwerkes von Nil Yalter für das Museum Ludwig 4328/2016

Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann bedanke ich mich bei der Gesellschaft für moderne Kunst. Damit ist die Schenkung angenommen.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich komme jetzt zu Tagesordnungspunkt

3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1.1 Antrag der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Köln kooperiert - Regionale Kooperation voranbringen“ AN/0510/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke. AN/0553/2017

Hier liegt ein Änderungsantrag von SPD und Die Linke. vor. Ich rufe zunächst Herrn Petelkau auf.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Köln kooperiert“ - diese beiden Worte werden wir in Zukunft über unsere Stadt sicherlich noch oft hören, und sie werden die weitere Entwicklung unserer Stadt maßgeblich bestimmen.

Interkommunale und regionale Zusammenarbeit wird eine immer größere Rolle in unserer Gesellschaft einnehmen. Die Region befindet sich bereits mitten in einer Phase tiefgreifender Herausforderungen und Strukturwandelthemen: im Bereich der demografischen und räumlichen Entwicklung, der Energiewende, des Klimawandels oder in Bezug auf eine zukunftssträchtige Infrastrukturentwicklung. Daher müssen wir dringend die Zusammenarbeit von Akteuren in Köln, aber auch im Umland inhaltlich justieren und Schwerpunkte setzen.

Die Berichterstattung des *Kölner Stadt-Anzeigers* zu den Kölner Ein- und Auspendlerquoten, woher diese Einpendler tagtäglich kommen und wohin sie wieder fahren, zeigt, dass die Region mit ihrer Verzahnung bei den Menschen längst Realität ist.

Der Geschäftsführer des Region Köln/Bonn e.V., Dr. Reimar Molitor, bringt es immer wieder auf den Punkt, wenn er sagt: Köln ist eine Stunde groß. Die Menschen innerhalb dieses Radius und darüber hinaus erwarten, dass Politik und Verwaltung in diesen Maßstäben und nicht nur in Stadt- und Gemeindegrenzen Lösungen für Probleme aufzeigen und anbieten.

Es kann nicht sein, dass wir weiter auf kleinteilige Egoismen bauen. Das gilt für Köln, aber im Umkehrschluss genauso für das Umland bei Themen wie Verkehr, Ausbau von Infrastrukturen, bei der Bereitstellung von adäquatem Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten, bei der Förderung der regionalen Wirtschaft genauso wie bei der großräumigen Betrachtung unserer Landschaften. Das wird letzten Endes nur in Zusammenarbeit gelingen, und diese Zusammenarbeit braucht Struktur und Verbindlichkeit.

Wir setzen mit dem Antrag ein Zeichen dafür, dass wir die Struktur und Verbindlichkeit als Grundpfeiler des Verwaltungshandelns vorhalten wollen. Es ist nicht so, dass es keine Kooperationen gibt. Wir sind froh, dass diese Kooperationen im Rechts- und Linksrheinischen, im Stadtumland NRW-Kontext passieren oder aufgeleistet wurden. Sie helfen uns dabei, die eben angesprochenen Probleme mit unseren Nachbarn auf Augenhöhe anzugehen. Hier müssen

wir das Tempo deutlich erhöhen, um mit der Realität Schritt halten zu können - so im Fall der Kooperation der Stadt Köln mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis und der Stadt Bergisch-Gladbach zur Lösung der Probleme im Rechtsrheinischen entlang der Bergisch Gladbacher Straße, ein Problem, was die vergangenen 40 Jahre diese Stadt im Rechtsrheinischen dominiert hat und was dringend angegangen werden muss. Zum ersten Mal sind wirklich ganz konkrete Vorschläge auf dem Tisch, und ich hoffe, dass diese Maßnahmenpakete auch zu kurz- und mittelfristigen Verbesserungen für die Bevölkerung vor Ort führen.

Den nächsten großen Maßstab einer Verzahnung betreut der Region Köln/Bonn e.V. seit nunmehr 25 Jahren. Der Verein hat neben vielen Strategien zur räumlichen Entwicklung vor allem auch viele reale Projekte vor Ort betreut. Dieser Maßstab schärft den Blick für das Ganze. Hierbei leistet der Verein die notwendige Vorarbeit, damit Kooperationen wie Köln linksrheinisch oder Köln rechtsrheinisch überhaupt passieren können. Klar ist, dass am Ende reale Projekte stehen müssen, die mit Finanzierung und Förderung hinterlegt werden müssen.

Das leitet über zu der dritten Maßstabsebene, dem großräumigen Verbund in der neugegründeten Metropolregion Rheinland. Seit dem 20. Februar dieses Jahres ist diese frische Kooperation vor allem darauf ausgelegt, die großen Maßstäbe und die großen Linien im Rheinland zu bearbeiten. Dazu gehört vor allem das Kämpfen um Fördermittel aus Düsseldorf, Berlin oder Brüssel für Infrastrukturinvestitionen, die wir so dringend benötigen, um der Bevölkerung und der Wirtschaft im wahrsten Sinne des Wortes wieder Brücken für eine bessere Mobilität bauen zu können. Auf dieser Ebene geht es auch um wichtige Präsentationen des Rheinlands als starke Wirtschaftsregion.

Wenn wir diese drei Ebenen zusammennehmen und ihre ganz unterschiedlichen Verknüpfungspunkte mit der Stadt Köln und den einzelnen Dezernaten in unserer Stadt zusammenführen, erst dann kann diese Entwicklung wirklich zum Großen und Ganzen werden. Daher ist es erforderlich, innerhalb der Verwaltung eine Querschnitts-koordination vorzunehmen.

Deshalb möchten wir - das unterscheidet uns von dem Änderungsantrag, der gerade noch auf den Tisch gelegt wurde -, dass die Verwaltung im Rahmen der Gesamtkonzeption einer Verwaltungsreform diese Dinge zusammenführt und prüft, wie dies optimal aufgestellt werden kann.

Das kann eine zentrale Einheit sein. Es kann aber auch sein, dass hier mehrere dezentrale Einheiten erforderlich sind. Deshalb lehnen wir diesen Punkt ab.

Genauso lehnen wir es ab, es ausschließlich unter der Metropolregion Rheinland e.V. entsprechend zu bündeln, weil es sinnvoll ist, gegebenenfalls auch die Teilbereiche zusammenzuführen. Die Metropolregion ist gerade erst in der Gründung, ist also noch gar nicht fähig, dieses Konzept aufzubauen. Deshalb benötigen wir hier mehr Zeit. Wir brauchen eine Übergangszeit. Deshalb bitte ich um Zustimmung für unseren Antrag, und wir lehnen den Antrag von den Linken und der SPD-Fraktion ab. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jahn, bitte.

Kirsten Jahn (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle leben hier in einer Region mit vielen Akteuren, Kooperationen und Schnittstellen. Die Herausforderungen kennen wir, und die Zukunftsfragen stellen wir uns auch.

Vieles, was in dem Antrag geschrieben worden ist, ist in gewisser Weise nichts gänzlich Neues, vieles läuft auch bereits schon. Trotzdem braucht - ich habe es jetzt einfach einmal als „Planungsregion Köln“ bezeichnet - die Planungsregion Köln als Raum und auch die Planungsregion Köln als Akteur im Raum gewisse Zusagen. Eine Zusage ist, dass wir regionales Handeln und Denken auch wirklich wollen.

Die Planungsregion Köln braucht die Gewissheit und Zusage, dass die interkommunale Zusammenarbeit intensiviert werden muss und auch soll. Sie braucht auch die Zusage, dass sie Strukturen findet, die dieses interkommunale Handeln verstärkt und verstetigen kann.

Deshalb bitten wir in unserem Antrag darum, dass die Verwaltung darstellen soll, wie sie im Rahmen der Verwaltungsstruktur Strukturen aufbauen möchte, die nämlich genau dieses interkommunale Handeln verstetigt und verstärkt und uns als wichtigen Partner im interkommunalen Dialog auch weiterhin agieren lässt.

Ich möchte als Grüne keinen Zweifel daran lassen, dass interkommunales und regionales Handeln für uns eine dringliche Notwendigkeit ist. Es

ist kein „nice to have“, sondern es geht bei den Kooperationen darum, mittel- und langfristig Daseinsvorsorge für die Bürgerinnen und Bürger dieser Region vorzuhalten, es geht um Schulversorgung, es geht um Wohnen, es geht um frische Luft, und es geht um eine zukunftsfähige Mobilität. Das sind alles Themen der Daseinsvorsorge, die uns stetig und ständig beschäftigen.

Wir als Stadt Köln sind eine wachsende Stadt. Wir haben ein großes Interesse zu kooperieren, weil wir die Herausforderungen des Hier und Jetzt schon kaum jetzt bewältigen können; in Zukunft wird es deutlich schwieriger. Köln braucht das Umland, Köln braucht die interkommunale Kooperation, das Umland braucht aber auch Köln, und die interkommunale Kooperation braucht auch das Umland.

Die Region um Köln ist ein enger Raum. In diesem engen Raum finden sehr, sehr unterschiedliche Teilräume wiederum statt. Es gibt auf der einen Seite die stark wachsenden Kommunen wie Köln, Bonn, Düsseldorf, die eine unheimliche Dynamik entwickelt haben. In unmittelbarer Nähe sind aber auch genauso Teilräume, die gegen ihre Entvölkerung kämpfen und für die eine Schulversorgung sowie eine vernünftige ÖPNV-Versorgung eine überlebenswichtige Existenzfrage sind. Das alles findet in einem Raum von einer Stunde statt. Wir sind hier also sehr divergent aufgestellt.

Die Kooperationen, die sich jetzt gefunden haben - das ist einerseits der seit langem bestehende Region Köln/Bonn e.V. mit den Kommunen, die Metropolregion Rheinland, die gerade dieses Jahr gegründet worden ist, die rechts- und linksrheinischen Kooperationen -, beschäftigen sich alle mit den Herausforderungen der Zukunft, die ich eben aufgezählt habe.

Nur gemeinsam können wir diese sehr unterschiedlichen Teilräume und die unterschiedlichen Kommunen zukunftsfähig aufstellen, und nur gemeinsam können wir sie weiterentwickeln. Nur gemeinsam als Region und als Kooperation können wir den Prozess der Neuaufstellung des Regionalplans forcieren, denn der Regionalplan ist sozusagen die Grundlage dafür, dass wir einerseits vernünftige Mobilität haben, mehr Wohnen in der Region möglich machen, frische Luft haben, Freiraumplanungen haben etc.

Diese räumliche Entwicklung kann immer nur im Ganzen gesehen werden. Das sektorale Handeln hat immer dazu geführt, dass es Verlierer gab. Was wir mit der Kooperation wollen, ist eine

Win-Win-Situation für alle Teilräume, deswegen ist diese Kooperation so wichtig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der CDU)

Diesen gemeinsamen Prozess müssen wir auf Augenhöhe führen, diesen gemeinsamen Prozess müssen wir intensiv führen, und diesen gemeinsamen Prozess müssen wir dauerhaft führen.

Nicht zu vernachlässigen ist dabei auch noch, dass sehr viele Fördergelder aus der EU auch nur in einer gemeinsamen interkommunalen Kooperation abrufbar sind, weil die Grenzen, die wir uns als Kommune setzen, schon lange nicht mehr die Grenzen sind, die die Menschen haben. Auch die EU hat diese Grenzen schon längst gesprengt. - Danke.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Houben, bitte.

Reinhard Houben (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es ist schon so viel Schlaues und Richtiges zu diesem Antrag gesagt worden, dass ich nicht mehr alles wiederholen möchte.

Wenn Sie aber zum Beispiel heute sehen, wie sich die IHK zur Region aufmacht, da steht: „Mehr als die Summe aller Einzelteile“. Ich glaube, wir sind unbedingt darauf angewiesen, in der Region zu kooperieren. Dies ist ein weiterer Versuch, da besser zu werden. Wir können da besser werden. Wir müssen da auch besser werden - das ist auch ausgeführt worden.

Ich sage auch in Richtung SPD und Linke: Wenn wir die Chance gehabt hätten, vorher gemeinsam über Ihren Antrag zu reden, hätte man eine gemeinsame Lösung an der Stelle vielleicht finden können. Das wäre besser gewesen. Sie erwischen zumindest unsere Fraktion mit Ihrem Antrag etwas auf dem falschen Fuß. Wir werden Ihrem Antrag jetzt nicht zustimmen können.

Ich empfehle einfach für das nächste Verfahren, bei solchen Themen, die langfristig zu organisieren sind, den Kontakt aufzunehmen. Dann hätten wir hier eine breitere Basis gefunden. Das hätte uns als FDP sicherlich gefreut. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr van Geffen hat das Wort.

Jörg van Geffen (SPD): Herr Houben, das gilt sicherlich auch umgekehrt.

Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es wird niemand ernsthaft bestreiten können: Köln steht vor großen, vor enormen Herausforderungen. Immer mehr Menschen wollen hier wohnen, arbeiten, ihre Kinder betreuen lassen und in ihrer Freizeit die vielfältigen Kulturangebote nutzen. Darüber freuen wir uns alle sehr, zeigt es doch, dass man in unserer Stadt gern und gut lebt.

Köln zieht auch Unternehmen unterschiedlichster Art an. Das zeugt von der hohen Qualität des Wirtschaftsstandortes Köln. Rekordzahlen bei der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse und den Gewerbesteuererinnahmen sind ein Beleg dafür.

Wir wissen aber auch: Die wachsende Stadt führt dazu, dass zunehmend Konkurrenzen und Kapazitätsprobleme bezüglich der Verkehrs- wie auch der sozialen Infrastruktur und der begrenzten Flächen in unserer Stadt auftreten. Keine Kommune kann und sollte diese Probleme allein meistern. Am besten können wir sie gemeinsam im interkommunalen Verbund der Region lösen.

Wir halten es deshalb für richtig und wichtig, den eingeschlagenen Pfad interkommunaler und regionaler Zusammenarbeit weiter zu bestreiten. Sie bietet die Chancen einer starken strategischen Allianz mit Durchschlagskraft gegenüber Land und Bund sowie einer effizienten Arbeitsteilung und Ressourcenschonung.

Wir möchten - das machen wir mit unserem Ersetzungsantrag deutlich - die bestehenden regionalen Strukturen interkommunaler Zusammenarbeit und Partnerschaften perspektivisch unter dem Dach der neugegründeten Metropolregion Rheinland zusammenführen und bündeln. Die Metropolregion mit ihren 35 Städten, Kreisen und Verbänden bietet genau den richtigen Rahmen dafür.

Strategien zur Verkehrs- und Wohnraumentwicklung, der Entwicklung des Wirtschaftsstandortes sowie der Schaffung und Nutzung von Bildungs- und Kultureinrichtungen sollen dabei verstärkt im

Fokus stehen, denn hier drückt uns der Schuh besonders.

Wir möchten außerdem die Aktivitäten innerhalb der Stadtverwaltung an einer Stelle konzentrieren. Hier sollen zukünftig die interkommunalen und regionalen Kooperationen koordiniert werden und dafür Sorge getragen werden, dass Synergie- und Effizienzpotenziale auch tatsächlich genutzt werden. Außerdem sollen bestehende Doppelstrukturen durch Konzentration abgebaut werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Jamaika, ich denke, im Kern sind wir uns über das Ziel einig. Wir wollen aber nicht noch ein Konzeptmonster erschaffen, um dann in ein bis zwei Jahren zu überlegen: Wohin wollen wir laufen? Denn regionale Kooperationen laufen schon in vielen Bereichen. Zur Stärkung bedarf es nur einer Bündelung und Koordination dieser vielfältigen Aktivitäten - sowohl außerhalb wie innerhalb der Stadtverwaltung. Oder anders gesagt: Einfach machen!

Schade, dass die Kolleginnen und Kollegen der CDU sich in dieser Sache gegenüber dem Bündnispartner nicht durchsetzen konnten. Ich darf aus der Pressemitteilung der CDU-Fraktion vom 10.03.2017 - vor gerade einmal drei Wochen - zitieren:

Um die regionalen Aufgaben und Zukunftsprojekte zu meistern, braucht es dringend eine zentrale Steuerung. Daher schlagen wir vor,

- also die CDU -

eine Stabstelle für Interkommunale und Regionale Zusammenarbeit bei der Oberbürgermeisterin anzugliedern.

Wir meinen: keine schlechte Idee von der CDU. Oder gilt bei der CDU hier etwa der Satz von Konrad Adenauer: „Was stört mich mein Geschwätz von gestern“?

(Hans-Werner Bartsch [CDU]: Oh!)

In diesem Sinne laden wir Sie ein, unserem Antrag zuzustimmen. Die Hoffnung gebe ich nicht auf. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD, bei Teilen von CDU sowie Teilen von Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Am 22. September letzten Jahres haben SPD, CDU, Grüne und FDP hier im Rat zur Wohnungspolitik und insbesondere zur GAG Folgendes beschlossen - Zitat -:

... den Schwerpunkt ihres Tätigwerdens auf Kölner Stadtgebiet zu konzentrieren.

Das war die Reaktion auf unsere Kritik, 444 Wohnungen in Wesseling zu verkaufen. Die Kölner *StadtRevue* schrieb - Zitat -:

Wo bleibt die regionale Zusammenarbeit, die so oft in Sonntagsreden beschworen wird? Die Wohnungsnot wird man nicht innerhalb der Stadtgrenzen bekämpfen können, sondern nur im regionalen Verbund.

(Beifall bei Die Linke.)

Es blieb aber nicht, meine Damen und Herren, bei den 444 Wohnungen. Die GAG verkaufte weitere 110 Wohnungen in Wesseling, und zwar wieder an einen Privaten. Angebote der Stadt Wesseling und der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft GWG wurden ausgeschlagen. Vermittlungsversuche des Vorsitzenden des Kölner Mietervereins, Franz Corneth, wurden beiseitegeschoben. Das ist die arrogante Realität der regionalen Kooperation des Kölner Stadtrats, und damit, meine Damen und Herren, muss endlich Schluss sein.

(Beifall bei Die Linke.)

Wenn Köln der Metropolregion Rheinland beigetreten ist, muss die Stadt sich auch in diesem Rahmen jetzt einbringen. Dazu brauchen wir kein Konzept, sondern Offenheit, Ehrlichkeit und Respekt statt Hochnäsigkeit.

Ich glaube, wir sollten uns eine Scheibe davon abschneiden, wie der Stadtwerkekonzern regionale Kooperation handelt. Die Stadtwerke haben kooperiert und zum Beispiel die Gründung von örtlichen Stadtwerken im Umland unterstützt. Sie haben einen Dialog auf Augenhöhe geführt. Das ist auch zum Nutzen von Köln. Beispielsweise konnte die RheinEnergie den einen oder anderen Konzessionsvertrag auf dem Wege dazugewinnen.

Über den Vertrag und die Satzung der Metropolregion Rheinland haben die Kommunen im Rheinland über mehrere Jahre diskutiert.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Na, so lange auch nicht!)

Der Kölner Stadtrat dagegen hat diese Vorlage durchgewunken, obwohl unsere Oberbürgermeisterin im Wechsel mit dem Oberbürgermeister aus Düsseldorf den Vorsitz des Gremiums führt.

Herr Petelkau, Ihre Ausführungen zur Metropolregion Rheinland - „Es hat ja alles noch nicht angefangen!“, „Müssen wir erst einmal etwas allein machen!“ -, sind sozusagen der Ausdruck dafür, wie ernst Sie diese Metropolregion Rheinland nehmen.

(Martin Börschel [SPD]: Ja, das stimmt leider!)

Wir brauchen einen grundlegend anderen Stil und nicht schon wieder ein neues Konzept. Wir brauchen eine andere Politik.

(Beifall bei Die Linke. - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir wollen doch gar kein anderes Konzept!)

Frau Oberbürgermeisterin, wir würden uns freuen, wenn Sie zusammen mit der LVR-Landesdirektorin Frau Lubek, den Regierungspräsidentinnen Frau Walsken und Frau Lütkes sowie dem einzigen Mann in diesem Gremium, dem Düsseldorfer Oberbürgermeister Geisel, dazu beitragen würden, dass eine tatsächliche regionale Kooperation entwickelt wird und das regionale Geschacher beendet wird.

Wir haben diesen Änderungsantrag mit eingebracht, weil wir ein klares Bekenntnis zur Metropolregion Rheinland und klare Strukturen brauchen, die über das Amt des Oberbürgermeisters organisiert wird.

Ich glaube nicht, Herr Houben, dass wir zu einem gemeinsamen Änderungsantrag gekommen wären, weil Sie diese Metropolregion Rheinland meines Erachtens nicht ernst nehmen und dem nicht das Gewicht beimessen, wie wir das tun und wie das die SPD tut. Deswegen glauben wir, dass dieser Änderungsantrag, den wir eingebracht haben, von großer Bedeutung ist - mit den Gremien, die es jetzt gibt. Wenn langfristig - sagen wir einmal: in drei bis fünf Jahren - die Metropolregion Rheinland eine Art Landes- oder Regionalparlament werden könnte, wäre das von großem Interesse für uns. Auf dem Wege kann man wahrscheinlich schlussendlich erst richtig Probleme lösen und bearbeiten - so, wie das andere Regionen machen, wie Hannover, wie Aachen. Diesen Weg müssen wir gehen, dazu sollten wir uns bekennen, und zwar ganz klar

und nicht nur eben einmal hier die Satzung durchwinken. Das ist, glaube ich, die Realität, und davor verschließen Sie sich. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke. - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das machen doch alle Metropolregionen! - Bernd Petelkau [CDU]: Das hat er nicht verstanden!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann würde ich Ihnen gern noch einmal versichern, wie wichtig mir die Zusammenarbeit in der Region ist. Das gilt natürlich auch für die Landeshauptstadt Düsseldorf, die ich sogar hin und wieder aufsuche.

Die erste Sitzung der Metropolregion hat stattgefunden mit dem dortigen Vorsitzenden, und das Büro der Metropolregion wird in Köln sein. Das heißt, Köln wird Metropolstadt sein, Düsseldorf ist schon Landeshauptstadt, Aachen ist Kaiserstadt und Bonn ist Bundesstadt. Wir sind dann also nicht nur Domstadt, sondern auch Metropolstadt.

Ich bin auch schon einmal in meiner Amtszeit in Bergisch-Gladbach gewesen - wahrscheinlich, weil ich dort so bestaunt wurde als eine der ersten Stadtoberhäupter von Köln. Wir haben dort eine Pressekonferenz über Zusammenarbeit im Verkehrsbereich gemacht. Es ist sehr gut angekommen, dass auch die Oberbürgermeisterin von Köln an dieser Pressekonferenz in Bergisch-Gladbach teilnimmt und nicht immer nur umgekehrt. Ich glaube, die Region hat verstanden, -

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

- dass wir das sehr, sehr ernst meinen, und ich würde mich freuen, Ihnen bald davon zu berichten, was es da Neues gibt. Ich bedanke mich für die vielen guten Ratschläge zur Organisation der Verwaltung und lasse jetzt abstimmen zunächst über den Änderungsantrag von SPD und Linke.

Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion und Die Linke. Gegenstimmen? - Die Grünen, CDU, FDP, Herr Wortmann, pro Köln, AfD. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen von Ratsgruppe GUT und den Piraten ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den ursprünglichen Antrag von CDU, Grüne und FDP abstimmen. Wer

wünscht, diesem Antrag nicht zuzustimmen, also wer ist dagegen? - Das sind die SPD-Fraktion und Die Linke. Enthaltungen? - Es enthalten sich die Ratsgruppe GUT und die Piraten. Dann ist der Antrag angenommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

**3.1.2 Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten betreffend „Armutsfolgen abmildern - Köln-Pass ausweiten“
AN/0512/2017**

Ich bitte Herrn Paetzold nach vorn.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Stadt Köln und auch der Rat der Stadt Köln haben allen Grund, auf so einiges stolz zu sein, was wir in den vergangenen Jahren zu Wege gebracht haben. Eines davon ist der Köln-Pass, denn dieser Köln-Pass ermöglicht Menschen mit kleiner Geldbörse Teilhabe am sozialen Leben.

Sie verzeihen sicherlich ein bisschen, dass meine Fraktion besonders stolz auf diesen Köln-Pass ist, haben wir ihn doch vor zehn Jahren wieder eingeführt. - Wer hat ihn gerade noch einmal abgeschafft? Ich weiß es gar nicht mehr. Aber egal.

Auf jeden Fall konnten bislang Menschen, die ALG II beziehen, Leistungsbezieher und alle Menschen, die bis zu 30 Prozent mehr vom ALG II verdienen, den Köln-Pass beziehen und diverse Vergünstigungen in Anspruch nehmen. Das ist gut so, und daran wollen wir sicher festhalten.

Doch Stadtluft macht nicht nur frei, sondern ist auch teuer. Hier in Köln ist sie besonders teuer, und sie wird immer teurer. Deshalb meinen wir, dass es jetzt an der Zeit ist, den Bezieherkreis zu erweitern, den Kreis der Menschen, die den Köln-Pass in Anspruch nehmen können, zu erweitern auf Menschen, die maximal 40 Prozent mehr Einkommen haben als der aktuelle ALG-II-Satz.

Worüber reden wir überhaupt? Ich habe Ihnen einmal die Familie Mustermensch mitgebracht: Vater, Mutter und zwei Kinder, 8 und 10 Jahre. Wenn man die Miete und die Heizung abzieht - dafür rechnet das Job-Center 879 Euro -, bleiben ihnen 1.845 Euro zum Leben: Lebensmittel,

Klamotten, neue Möbel - alles, was man so braucht.

Mit diesem Familieneinkommen ist man sicher nicht arm, aber große Sprünge kann man damit nicht machen.

Über wen reden wir? Wir reden über eine ganz normale Familie, vielleicht einer mit einem guten Verdienst oder zwei mit einem durchschnittlichen Verdienst, die ihren Job machen, die Steuern zahlen und die dafür sorgen, dass die Kinder anständig groß werden.

So eine Familie wird sich den Zoobesuch dreimal überlegen, denn dieser schlägt für so eine Familie mit 57 Euro zu Buche. Das sind 3 Prozent des Monatseinkommens. Das Höhenbergbad bei uns um die Ecke ist auch nicht gerade billig: 28,50 Euro für einen Tag im Sommer. Auch das überlegt man sich, wenn die lieben Kleinen einmal gerade wieder aus den Klamotten herausgewachsen sind und der nächste Besuch bei C&A fällig ist. Das heißt, Zoo bleibt zu, Schwimmbad gibt es auch nicht. Spätestens da bekommen wir ein Problem mit der Gerechtigkeit.

Resümieren wir einmal: Die Stadt subventioniert die Köln-Bäder, die KVB, die Bühnen und vieles mehr - eben auch den Zoo -, um ihren Bürgern ein gutes Angebot für Mobilität und Freizeitgestaltung anzubieten. Das ist gut so.

Finanziert wird das mit den Steuern, die die Menschen hier in Köln erwirtschaften - mittelbar oder unmittelbar. Auch das ist gut so. Anders geht es auch gar nicht.

So weit, so gut, und so weit sind wir sicher auch alle einer Meinung. Doch hier beginnt unser Problem mit der Gerechtigkeit in dieser Stadt. Steuern zahlt nämlich auch meine Familie Mustermensch von dem Geld, das sie verdienen - Mehrwertsteuer, Versicherungssteuer, noch so einige andere Verbrauchssteuern, aber eben auch Einkommensteuer.

Auch mit diesen Steuern der Familie Mustermensch subventionieren und finanzieren der Staat und die Stadt alle möglichen öffentlichen Einrichtungen. Da ist es doch wirklich blöd und nicht wirklich gerecht, wenn meine Familie Mustermensch die Einrichtungen, die auch mit ihren Steuergeldern finanziert werden, gar nicht besuchen kann, weil das Familienbudget und der drohende Kauf der neuen Waschmaschine es einfach nicht hergeben. Da funktioniert doch irgendetwas mit dem Thema „Teilhabe“ in dieser Stadt nicht. Das halten wir nicht für fair.

Deshalb - damit es ein bisschen gerechter in dieser Stadt zugeht - schlagen wir Ihnen vor, wie schon gesagt, den Köln-Pass für Menschen zu öffnen, die ein verfügbares Einkommen von bis zu 140 Prozent des ALG-Satzes haben.

(Beifall bei Die Linke. und bei der SPD)

- Vielen Dank.

Dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, müsste die Familie Mustermensch nämlich nur noch 28,50 Euro zahlen, um den kleinen Elefanten zu sehen und auf dem schönsten Spielplatz von Köln herumtoben zu können, nämlich im Kölner Zoo. Auch der Besuch in ihrem, weil von ihren Steuergeldern mitfinanzierten Höhenbergbad, würde mit 12,35 Euro eine ganze Ecke billiger. Das ist Geld für so eine Familie.

Das ist zwar immer noch Geld, aber das kann man sich einmal leisten, auch mit dem Einkommen - nicht jede Woche, aber vielleicht ab und zu einmal, und zweimal im Jahr im Zoo ist auch schon ganz schön.

Das macht die Stadt ein Stückchen gerechter, wenn die Menschen, die mit ihrem Einkommen unsere Einrichtungen hier mitfinanzieren, sie auch besuchen können.

Jetzt höre ich natürlich schon die BWLer und die Financer unter Ihnen gemeinsam singen: Wer soll das bezahlen? Ich frage einmal die Kollegen zurück: Erklärt mir doch einmal, warum kostet das überhaupt etwas?

Ich sehe gerade, meine Redezeit ist fast vorbei; ich beeile mich jetzt ganz sehr.

Die Familie Mustermensch und ihre Freunde gehen in den Zoo, vielleicht 200 Leute. Sie zahlen weniger, aber sie zahlen etwas. Ansonsten wären sie gar nicht gekommen. Dieses Geld hat der Zoo einmal im Sack.

(Beifall bei Die Linke.)

Ich kann nicht verstehen, warum sich der Zoo durch 200 Leute, die da durchlaufen, abnutzt. Der Löwe frisst dadurch nicht viel mehr und die Seelöwen auch nicht.

Also, meine lieben Damen und Herren, helfen Sie uns mit, machen Sie mit uns zusammen diese Stadt ein Stückchen gerechter. Stimmen Sie unserem Antrag zu. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Die Linke. und bei der CDU)

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Seit dem 01.01.2007 ist der Köln-Pass ein Erfolgsmodell. Deshalb haben SPD, Grüne und Die Linke. 2009 den Berechtigtenkreis von 110 Prozent auf 130 Prozent vom Hartz-IV-Regelsatz angehoben. Waren es anfänglich 100.000 Nutzerinnen und Nutzer, sind es inzwischen fast 160.000.

Die Chefin der Kölner Arbeitsagentur wies in der letzten Woche darauf hin, dass der Mindestlohn von 8,50 Euro zum Leben nicht ausreicht. Insgesamt haben 22.299 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufstockende Sozialhilfe erhalten. Doch die Zahl der Geringverdiener, die den Köln-Pass nutzt, ist rückläufig. 2015 waren es noch 25.000, zwei Jahre später nur noch 22.000. Deswegen müssen wir hier gegensteuern und mehr armen Menschen den Zugang zu vergünstigten KVB-Karten und Rabatten bei kulturellen und sportlichen Angeboten der Stadt Köln ermöglichen.

(Beifall bei Die Linke.)

Wir schlagen Ihnen vor, künftig auch Geringverdienern, die 140 Prozent des Regelsatzes verdienen - also 10 Prozent mehr, als bisher erlaubt war -, einen Köln-Pass zu geben. Wir vermuten, das betrifft circa 10.000 Geringverdienerinnen und Geringverdiener in Köln. Wir glauben, dass dieser kleine Schritt die Lebensbedingungen vieler Menschen verbessern würde. Denn bei den hohen Kölner Mieten können Menschen mit geringen Einkommen keine großen Sprünge machen, insbesondere Familien mit Kindern.

Mit der neuen Obergrenze würde ein Alleinstehender mit Einkünften bis zu 1.094,60 Euro von den Angeboten des Köln-Passes profitieren. Bei einer Familie mit zwei Kindern, davon eines im Kindergarten und eines in der Grundschule, läge die neue Verdienstgrenze bei 2.706 Euro. Damit käme auch ein Alleinstehender, der nur 29 Wochenstunden auf Mindestlohn arbeitet, in den Genuss des Köln-Passes.

Die Erweiterung des Berechtigtenkreises kommt aber in erster Linie, meine Damen und Herren, Familien und Alleinerziehenden mit Kindern zugute, die in Teilzeit arbeiten. Insofern wäre dieser Schritt auch ein kleiner Beitrag im Kampf gegen Kinderarmut.

Wenn nur 5.000 Personen von den 10.000 den Köln-Pass zusätzlich beanspruchen, haben wir mit einer kleinen Belastung der städtischen Unternehmen und der Kultureinrichtungen für diese Menschen eine große Entlastung geschaffen, die

deutlich mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wahrnehmen können.

Beim aktuellen Bericht über Bildung und Teilhabe im Rechnungsprüfungsausschuss konnten wir erfahren, dass der Anteil der Leistungen beim BuT für Geringverdiener bei den einzelnen Bildungs- und Freizeitangeboten zwischen 20 und 90 Prozent gestiegen ist.

Wir freuen uns, dass die Verwaltung mit der engeren Zusammenarbeit verschiedener Ämter beim BuT auch die Beratung und Vermittlung von Anspruchsberechtigten für den Köln-Pass noch einmal deutlich verbessern will.

Auch die Bearbeitungsdauer für die Erteilung des Köln-Passes soll gesenkt werden. Die KVB arbeitet gerade an einer Chipkartenlösung für den Köln-Pass, bei dem auch Fahrradangebote genutzt werden können. Auch dies wäre eine deutliche Verbesserung des Köln-Passes.

Wir haben uns in dem vorliegenden Antrag nur auf eine maßvolle Erweiterung des Berechtigtenkreises und auf verbesserte Werbung beim Köln-Pass konzentriert.

Wir müssten uns in einem zweiten Schritt - das können wir in einigen Monaten oder Jahren tun - auch einmal über eine mittelfristige Verbesserung des Leistungsbezuges verständigen und darüber diskutieren. Wir haben zum Beispiel nicht bei allen Angeboten im Rahmen des Köln-Passes eine 50-prozentige Vergünstigung, was eigentlich einmal der Grundkern des Köln-Passes war.

Meine Damen und Herren, der Kölner Stadtrat kann das Einkommen von Geringverdienern nicht erhöhen, wir können Armut auch nicht abschaffen, aber wir können einen Beitrag dazu leisten, dass die Folgen der Armut abgemildert werden. Ich glaube, dies allein ist schon ein Ziel, worüber man nachdenken sollte und das man anstreben sollte.

Danke, Kolleginnen und Kollegen von SPD und Piraten, für diesen gemeinsamen Antrag. Vielleicht sollten sich die Grünen an ihre positive Rolle bei der Einführung des Köln-Passes, der von der CDU und von der FDP abgeschafft worden ist, erinnern und die CDU an ihre christliche Nächstenliebe, dann schaffen wir gemeinsam ein erweitertes Angebot für einige tausend Menschen. Es ist nicht viel, aber ein kleiner Schritt im Kampf gegen die Armut. - Danke.

(Beifall bei Die Linke. und den Piraten)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gerlach hat das Wort.

Lisa Hanna Gerlach (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Damen und Herren! Unser gemeinsamer Antrag soll den Köln-Pass mit seinen Möglichkeiten bekannter machen und es mehr Menschen ermöglichen, einen Köln-Pass zu erhalten. Meine beiden Kollegen haben dazu schon viel ausgeführt; ich will mich da nicht wiederholen.

Die Fragen, die Sie sich für Ihre Entscheidungsfindung stellen müssen, sind ganz einfach: Wie können wir gemeinsam zu einer gerechteren und inklusiveren Gesellschaft beitragen? Wie können wir Spaltung und Abgrenzung entgegentreten? - Die Anhebung der Grenzen des Köln-Passes von 130 auf 140 Prozent ist ganz sicher ein Schritt auf diesem Weg.

Wem kommt die Anhebung der Grenzen denn nun zugute? Ausschließlich Menschen, die arbeiten und fleißig sind, die aber mit ihrem niedrigen Lohn relativ nah an Hartz IV liegen, Menschen, die trotz aller Mühe durch ihr geringes Einkommen nur eine eingeschränkte gesellschaftliche Teilhabe erreichen werden; denn gesellschaftliche Teilhabe muss man sich leisten können.

Ich fordere Ihr Engagement deshalb für die Menschen, die sich gesellschaftlich abgehängt fühlen könnten, die in bildungsferne Schichten abdriften könnten und die Ihre und unsere Unterstützung verdienen.

(Beifall bei Die Linke. und Teilen der SPD)

Was tut der Köln-Pass? Durch ihn wird fast ausschließlich der Zugang zu meritokratischen Gütern erleichtert. Meritorische Güter sind Güter, deren Nachfrage staatlich erwünscht ist, aber deren Nachfrage zu gering ist. Konkret sollten wir also so viel wie möglich von diesen meritokratischen Gütern unter die Leute bringen, wie Zugang zur Stadtbibliothek, Zugang zu Museen. Das sollte unserer Meinung nach sogar gratis sein.

(Beifall bei den Piraten)

Es gibt die Möglichkeit, vergünstigt Sport zu treiben. Sport erhält die Gesundheit. Das senkt damit die Kosten der Krankenkassen. Leute, lasst sie alle schwimmen gehen; das ist doch prima!

Dann das Thema „Mobilität - KVB wird günstiger“: Ja, bitte, das bedeutet mehr gesellschaftliche Teilhabe, und das betrifft nahezu alle Aspekte. Seit Jahren plädieren wir Piraten deshalb für

einen fahrscheinlosen und umlagenfinanzierten ÖPNV.

Natürlich ist so eine Rede hier jetzt nicht dafür geeignet, über Gesellschaftskonzepte zu sprechen oder ein Gegenkonzept zur Arbeitsgesellschaft zu erörtern. Aber einem Denkanstoß sollte man sich nicht verweigern: Auch in Köln werden wir in den nächsten Jahren sehen, dass die moderne digitalisierte Arbeitswelt es unumgänglich macht, dass wir uns mit neuen Teilhabekonzepten auseinandersetzen.

(Beifall bei den Piraten)

Wir Piraten sind der Meinung, dass es ein bedingungsloses Grundeinkommen in Deutschland braucht. Machen wir uns nichts vor: Immer mehr Medien, Wissenschaftler, Institute, Städte und Staaten sympathisieren mit dieser Idee. Ein Existenzgeld ermöglicht eine neue Wertschätzung von Einsatz und Kreativität.

Wenn es jetzt für ein BGE noch nicht reicht, so sollten wir doch zumindest den Zugang zu mehr Bildung, Sport und Mobilität ermöglichen. Denkt daran, das sind Güter, die wollen wir für unsere Bürger haben, die wollen wir nachgefragt sehen - je mehr, desto besser -, und das sollte gerade die betreffen, die armutsgefährdet sind. Bitte nehmt unseren Antrag an. - Ich danke euch.

(Beifall bei den Piraten, bei Die Linke. sowie Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gärtner hat das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Der Antrag, über den wir gerade reden, ist in dreierlei Hinsicht besonders bemerkenswert: Die SPD tut sich hier mit der Linken zusammen, um ein von den Linken favorisiertes Thema voranzutreiben. Der Antrag kommt rein zufällig jetzt mitten im Wahlkampf, und die SPD versucht mal wieder, die Karte der sozialen Gerechtigkeit auszuspielen. Sie sind aber nicht die Partei der sozialen Gerechtigkeit.

(Zurufe von der SPD)

Nachdem Sie jahrzehntelang meist die Mehrheit in Stadt und Land hatten, stellen Sie jetzt einen Antrag nach dem anderen, durch den Sie selbst Zweifel am Ergebnis Ihrer bisherigen Politik äußern.

(Beifall bei der CDU - Niklas Kienitz [CDU]: Hört, hört!)

Nun aber zum Köln-Pass: Eigentlich sind in der Bemessung von Sozialhilfeleistungen - wie Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Kinder- und Jugendhilfe - auch viele Teilhabeleistungen des Köln-Passes bereits enthalten. Dennoch haben wir in Köln den Köln-Pass eingeführt, der zusätzliche Angebote und Ermäßigungen erhält, und wir haben den Personenkreis erheblich erweitert zum Beispiel um Bewohnerinnen und Bewohner von Senioren- und Behindertenheimen.

Aber nicht nur das. Wir haben nicht nur den Regelsatz zugrunde gelegt, sondern die Berechnungsgrenze sogar um 30 Prozent angehoben. Das ist in fast allen anderen Städten mit ähnlichen Angeboten nicht der Fall. Das heißt, wir nehmen hier schon eine Spitzenposition ein.

Nun wollen SPD und Die Linke, diese Leistung nochmals erhöhen, ohne dafür einen Deckungsvorschlag zu machen. Frage an Sie: Wollen Sie das benötigte zusätzliche Geld zum Beispiel bei Kitas oder bei Seniorennetzwerken einsparen? Wie kommen Sie denn auf 140 Prozent? Für wie gerecht werden das die Menschen halten, die 141 oder 142 Prozent über dem Regelsatz liegen?

(Peter Kron [SPD]: 143!)

Der Schnellschuss ist fehl am Platze. Lassen Sie uns stattdessen bis zu den Haushaltsplanberatungen prüfen, ob eine notwendige zusätzliche Bedarfslage besteht, wie hoch diese sein könnte und was uns welche Erhöhung kosten würde. Sie ist nämlich nicht zum Nulltarif zu haben und kann durchaus 1,5 Millionen Euro zusätzlich kosten.

Bei der engen Haushaltslage führt die Zusetzung von Mitteln an der einen Stelle im Regelfall zu einer Kürzung an einer anderen. Hier müssen wir Prioritäten setzen und beantragen daher eine Verschiebung in die Haushaltsplanberatungen, verbunden mit dem Auftrag an die Verwaltung, bis dahin die zusätzlichen Kosten, die hier in dem Antrag enthalten sind, zu ermitteln. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser, bitte.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ja, man kann mit Fug und Recht behaupten, dass der Köln-Pass ein Kölner Erfolgsmodell ist.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Über 150.000 Bürgerinnen und Bürger nehmen den Köln-Pass in Anspruch und können dadurch am gesellschaftlichen Leben dieser Stadt teilnehmen. In den letzten Jahren haben wir den Berechtigtenkreis stetig erweitert, zuletzt 2009 auf 130 Prozent der Sozialhilfe oder der jeweiligen Regelbedarfsstufe des SGB II. Dies war eine wichtige und richtige Entscheidung, die im Vergleich zu vielen anderen Kommunen immer noch Vorbildcharakter hat.

Befasst man sich jedoch mit der Inanspruchnahme des Köln-Passes, so fällt auf, dass sie mit insgesamt 65 unter 100 Prozent liegt. Die Verwaltung hat dazu im Jahr 2015 eine Auswertung für das Jahr 2014 vorgelegt, die zum Beispiel für den Rechtskreis SGB XII eine Inanspruchnahme von 64 Prozent und für SGB II von 66 Prozent aufzeigt.

Für 2014 heißt das, dass von über 196.000 Personen im Leistungsbezug insgesamt circa 127.500 den Köln-Pass in Anspruch nahmen, annähernd 69.000 aber nicht. Genau hier müssen wir ansetzen. Die Verwaltung muss einen Vorschlag unterbreiten, wie die Inanspruchnahme deutlich gestärkt werden kann. Teilhabe darf nicht von bürokratischen Hürden erschwert werden.

Ebenso brauchen wir Daten und Informationen zu einer möglichen Erweiterung des Berechtigtenkreises auf 140 Prozent. Wer wäre davon überhaupt in Köln betroffen, und wie definiert sich die von den Antragstellern genannte Gruppe der Geringverdiener? Wie viele Menschen in Köln sind armutsgefährdet oder liegen knapp über der Hälfte von 60 Prozent des Grundeinkommens? Welche finanziellen Auswirkungen würden sich durch die Ausweitung des Berechtigtenkreises ergeben, besonders im Bereich der Finanzierung des Mobil-Passes der KVB im VRS-Verbund? Wie finanzieren wir dann eine eventuell gebotene Erweiterung?

Wir können ohne grundlegende Daten und Informationen heute keinen Beschluss fassen. Wir möchten daher den Antrag - ebenso wie die CDU - in die Haushaltsplanberatungen verweisen und beauftragen die Verwaltung bis dahin mit der Beantwortung der oben genannten Fragen und

Darstellung der aktuellen Nutzung des Köln-Passes analog des Erfahrungsberichtes von 2007.

Ich möchte noch dazu sagen: Ein Vögelchen hat mir eben gezwitschert, dass die SPD sich in den Haushaltsplanberatungen 2015 gegen die Einführung der 140-Prozent-Grenze gewehrt hat.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Das waren die Grünen!)

Sie können glücklich sein, meine lieben Linken, dass diesmal die SPD mit auf den Antrag gegangen ist. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU sowie Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bevor ich zu dem Antrag komme, gestatten Sie mir, dass ich doch noch einmal einen Rückblick auf die Aktuelle Stunde gebe.

Ich weiß, wir sind in Wahlkampfzeiten, und ich weiß, in Wahlkampfzeiten wird ausgeteilt. Das ist heute hier auch schon passiert. Ich kann gut damit umgehen. Aber den Auftritt von Herrn Hegenbarth - das muss ich einfach sagen - halte ich für absolut inakzeptabel.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Das hat nichts damit zu tun, dass man auch Projekte der FDP kritisieren kann. Darum geht es

mir gar nicht, Herr Hegenbarth. Ich mache aber Sozialpolitik für die FDP, und den Vorwurf hier einfach einmal in den Raum zu werfen, wir würden jugendliche Straftäter in Heime wegsperren, dagegen verwahre ich mich. Das möchte ich Ihnen sehr deutlich hier sagen.

(Beifall bei Teilen der CDU - Zuruf von Thomas Hegenbarth [Piraten])

Auch in Wahlkampfzeiten, Herr Hegenbarth, sollte man doch ein bisschen bei der Wahrheit bleiben. Doch wissen Sie, Ihre Feststellung, dass Sie jetzt die liberale Partei seien, nehme ich relativ gelassen. Ich warte den 14. Mai ab, dann sehen wir, wer die liberale Partei ist.

(Beifall bei der FDP)

Nun zurück zu dem Antrag. Die Forderung von SPD, Linken und Piraten, die auch von Herrn Paetzold hier dadurch mit begründet worden ist, zu sagen, dass sich die Familie Mustermensch im Grunde genommen bestimmte Maßnahmen nicht leisten kann, weil die Steuern so hoch sind.

(Michael Paetzold [SPD]: Das habe ich nicht gesagt!)

- Ja, die Steuern sind auch hoch. Die Mehrwertsteuer ist hoch. Das ist alles richtig, Herr Paetzold. Aber auch das ist kein Thema für das kommunale Parlament.

(Michael Paetzold (SPD): Das habe ich nicht gesagt!)

Da müssen wir vielleicht einmal auf anderen Ebenen darüber nachdenken, wie wir das ändern können.

Wir Freien Demokraten werden der Forderung nach einer Ausweitung des Berechtigtenkreises des Köln-Passes von 130 auf 140 Prozent der Sozialhilfe bzw. der jeweiligen Regelbedarfsstufe des ALG II nicht zustimmen.

Ich möchte Ihnen das ganz exemplarisch an einer Leistung des Köln-Passes einmal darstellen. Köln-Pass-Inhaber erhalten den sogenannten Mobil-Pass. Bestimmt erinnern Sie sich auch daran, dass wir vor ungefähr drei Jahren hier im Rat in diesem Zusammenhang schon einmal eine Debatte geführt haben. Damals ging es um die Preisanpassung des Mobil-Passes. Die FDP hat sich damals gemeinsam mit der CDU dafür ausgesprochen, dass das sogenannte Kölner Sozialticket langfristig genau den gleichen Bedingungen unterliegen sollte wie die Umlandkommunen. Wir haben Ja zu einem Sozialticket gesagt, aber Nein zu einer Kölner Lösung, die eine nochmalige Preisreduzierung zur Folge hätte. Wir sind damals gescheitert. Ich erinnere mich aber noch sehr gut an die Rechnungen der KVB, die uns eindringlich gezeigt haben, welche Einnahmeverluste dieses Vorgehen für die KVB bedeutete.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Einnahmeverluste der KVB betreffen auch immer den städtischen Haushalt und müssen an anderer Stelle kompensiert werden. Mit dem heutigen Antrag werden die Einnahmeverluste der KVB noch einmal vergrößert.

Ich habe eben einmal kurz mit Herrn Fenske gesprochen. Er sagte mir unter Vorbehalt, dass es ungefähr 1 Million Euro wäre.

(Zuruf von der FDP: Oh!)

Das ist ungefähr die kleine Belastung, die uns eben Herr Detjen für den städtischen Haushalt aufführen wollte.

Für diese Einnahmeverluste, meine Damen und Herren von SPD, Linken und Piraten, müssen Sie dann auch bitte die Verantwortung übernehmen.

Meine Damen und Herren, obwohl sie nicht beschlossen wird, möchte ich an dieser Stelle doch auch noch einmal auf die Begründung eingehen. Es wird beklagt, dass sich die Situation von Geringverdienern in den vergangenen Jahren massiv verschlechtert hat. Die Armutsquote ist gestiegen, und ich könnte noch ergänzen, dass Nordrhein-Westfalen die höchste Kinderarmutsquote bundesweit verzeichnet.

Ja, meine Damen und Herren, an dieser Stelle sei auch einmal die Frage gestattet: Wer trägt denn in Düsseldorf und Berlin eigentlich Regierungsverantwortung?

(Beifall bei der FDP)

Dumm gelaufen, liebe Kollegen von der SPD. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren? - Bitte.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ich wollte den Kollegen Paetzold nur kurz darauf hinweisen: Von Ihrem Sitzplatz aus gesehen eine Bank nach vorn, zwei Plätze nach rechts sitzt der Aufsichtsratsvorsitzende des Kölner Zoos. Wenn ich die Aufsichtsratsköpfe richtig durchzähle, ist die SPD im Aufsichtsrat zusammen mit den Arbeitnehmern durchaus in der Lage, willens und auch fähig, Mehrheiten herzustellen. Insofern haben mich Ihre Ausführungen zum Kölner Zoo etwas irritiert, den Sie mehrfach erwähnt hatten. Ich empfehle einfach ein innerfraktionäres Gespräch mit dem Kollegen Dr. Ralf Heinen. Er kann da sicherlich als Aufsichtsratsvorsitzender für Aufklärung sorgen. Ich sagte das jetzt an der

Stelle, weil der Kollege eben nicht im Raum war, als Herr Paetzold geredet hat. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Lieber Kollege Dr. Unna, ich werde einen Teufel tun, mich in die Aufgaben des Aufsichtsrates des Kölner Zoos einzumischen. Ich würde mir auch jede Einmischung in unseren gemeinsamen Aufsichtsrat verbitten. Darum ging es auch gar nicht. Es ging um den Köln-Pass. Das ist ein anderes Paar Schuhe. Der Kölner Zoo gibt einen gewissen Rabatt für Inhaber des Köln-Passes. In den Kölner Zoo selbst muss ich mich nicht einmischen, da muss ich auch nicht den Aufsichtsrat in irgendeiner Weise beeinflussen wollen.

(Beifall bei der SPD und von Jörg Detjen [Die Linke.])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich frage noch einmal, ob es weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt gibt. - Das ist nicht der Fall.

Es liegt ein Verweisungsantrag in die Haushaltsberatungen vor. Ich bin froh darüber, weil in diesem Zusammenhang ich gern noch einmal - das wird wahrscheinlich in Zukunft häufiger vorkommen, weil wir uns alle auch dem Haushalt dieser Stadt verpflichtet fühlen, nehme ich an - daran erinnern möchte, dass die geltende Geschäftsordnung vorsieht, dass Anträge nur beschlossen werden können, wenn die notwendigen einmaligen oder laufenden Ausgaben zur Verfügung stehen und, wenn ein Antrag Mittel erfordert, die nicht in dem Haushalt vorgesehen sind, gleichzeitig ein Deckungsvorschlag enthalten ist. Das ist hier nicht der Fall.

Ich wollte das Ihnen nur noch einmal in Erinnerung rufen, weil wir - hoffentlich jetzt nicht mehr - so nicht weiter mit unserem Haushalt umgehen können, gleichwohl ich in der Sache großes Verständnis dafür habe und froh bin, dass das in die Haushaltsberatungen verschoben werden kann, wenn Sie dem Antrag zustimmen.

Ich rufe also zunächst den Verweisungsantrag auf. Wer ist dagegen, die Sache in die Haushaltsberatungen zu verschieben? - Das ist die SPD-Fraktion, das ist Die Linke., das ist die Ratsgruppe GUT und die Piraten. Gibt es Enthaltungen, meine Damen und Herren? - Dann ist

der Antrag in die Haushaltsberatungen verschoben.

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt:

3.1.3 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen: Ordnungsdienst vor Ort stärken - 100 zusätzliche Ordnungskräfte für die Veedel“ AN/0506/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke. AN/0553/2017

Ich rufe dazu Herrn Krupp auf.

Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine werten Damen und Herren! Objektive Sicherheitslage in Köln und auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger hängen maßgeblich von der Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst auf den Straßen Kölns ab.

Nach den schlimmen Ereignissen der Silvesternacht 2015/2016 hat die Polizei reagiert und die Präsenz - gerade hier im Innenstadtbereich - deutlich verstärkt, durchaus zum Wohle der Stadt und auch zum Wohle des Sicherheitsgefühls der Bürger.

Der städtische Ordnungsdienst hinkt dieser Entwicklung ganz eindeutig hinterher. Er ist unterbesetzt, er kann sozusagen seine Aufgabe nicht stemmen und schafft es nicht, in dem Maße präsent zu sein, wie es eigentlich seine gesetzliche Aufgabe wäre. Denn ein Blick in die ersten drei Paragraphen des Ordnungsbehördengesetzes zeigt, dass die Gemeinde für Sicherheit und Ordnung in Köln zuständig ist. Die Polizei hilft ihr nur dabei. Die Verhältnisse hier sind offensichtlich umgekehrt.

Dass das alles nicht ausreicht, zeigt ganz aktuell das Beispiel Rheinboulevard. Die Verhältnisse, die wir dort vor Ort haben und die wir alle der Zeitung entnehmen mussten, sind nur dadurch möglich, dass der Ordnungsdienst in der aktuellen Mannstärke bisher nicht in der Lage war, den Rheinboulevard regelmäßig zu bestreifen. Dass dies jetzt geändert werden soll, kann nur im Rahmen eines großen Kraftakts und unter Verzicht auf die Bestreifung anderer Bereiche geschehen, und das kann es ganz offensichtlich nicht sein.

Im Übrigen sei folgende Frage einmal angemerkt: Wenn wir jetzt über ein Shisha-Verbot am

Rheinboulevard diskutieren - wer soll das eigentlich kontrollieren, wo doch die Personalstärke ganz offensichtlich schon jetzt nicht ausreicht?

Im Kern ist aber auch das Anliegen des vorliegenden Antrags der SPD der Umstand, dass es nicht ausreicht, nur in der City und in der Innenstadt für Sicherheit und Ordnung zu sorgen. Das ist vielmehr ein Bedürfnis, das alle Menschen und Bewohner von Köln zu Recht haben. Sie erwarten zu Recht die Befriedigung dieses Bedürfnisses durch die öffentliche Hand.

Gerade in den Veedeln und Stadtbezirken stellen wir als Kommunalpolitiker vor Ort immer wieder fest, dass der Ordnungsdienst dort nicht präsent genug sein kann. Ich sage ausdrücklich „sein kann“, weil es mit der Mannstärke nicht möglich ist, und nicht etwa, weil sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsdienstes nicht redlich bemühen würden.

Daher haben wir als SPD schon im letzten Jahr vorgeschlagen, den Ordnungsdienst noch einmal um 100 weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu verstärken. Es ist auch ganz offensichtlich - wie gesagt, auch an den Stichpunkten, die ich hier genannt habe -, dass das dringendst nötig ist. Deswegen ist es heute auch wieder einer der Kernpunkte unseres Antrags, allerdings mit der ganz klaren Stoßrichtung, diese 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern noch einmal zusätzlich vor allem auch in den Veedeln vor Ort einzusetzen; denn dort wohnen die Menschen, dort haben sie auch einen Anspruch auf Sicherheit und Ordnung, und dort muss der Ordnungsdienst präsent sein.

Fragen Sie sich doch selbst einmal, wann Sie zuletzt den Ordnungsdienst in den Außenbezirken von Köln gesehen haben. Ich rede nicht vom Verkehrsordnungsdienst, der Knöllchen schreibt, sondern von dem, der die Gebiete bestreift. Ich habe jedenfalls schon lange keine Streifen mehr vor Ort bei uns im Rechtsrheinischen gesehen. Das hat maßgeblich etwas mit der mangelnden Personalstärke des Ordnungsdienstes zu tun.

Lassen Sie mich noch zum Änderungsantrag von Schwarz-Grün kommen, der heute zu unserem Antrag hineingeflattert ist. Es ist ganz offensichtlich, dass Schwarz-Grün sich beim Thema „Sicherheit und Ordnung“ und gerade bei der Verstärkung des Ordnungsdienstes nicht einig ist -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das ist ja ganz neu!)

- und dass diese ganzen Änderungsanträge nur ein Ziel haben: zu verdecken, dass die Grünen

hier Beton anrühren, mit dem sie die CDU an der eigentlichen Bearbeitung ihres Kernthemas „Sicherheit und Ordnung“ hindern, und dass über alles durch Änderungs- und Prüfaufträge, die noch und nöcher prüfen sollen, was nötig ist, Konzepte vorlegen etc., das Mäntelchen gelegt werden soll, um das zu verdecken.

Ich kann nur die Damen und Herren vom Kernbündnis aufrufen. Dass die Grünen immer ein Problem damit hatten, den Ordnungsdienst in dem Maße zu verstärken, wie wir es für nötig halten und wie es objektiv auch nötig ist, ist offensichtlich, da sind Sie konsequent, das ist Ihre Haltung, okay. Aber wie sich die CDU bei diesem Thema so vorführen lassen kann und immer wieder vor die Pumpe läuft, weil die Grünen sie dahin treiben - das kann ich nicht verstehen.

Ich kann Sie nur auffordern: Machen Sie hier und heute Schluss damit! Kein Prüfauftrag, sondern endlich Butter bei die Fische: 100 zusätzliche Ordnungskräfte, das ist mindestens nötig. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Gern, Frau Oberbürgermeisterin.

Meine Damen und Herren! Das ist ja eine lustige Legendenbildung, die wir jetzt gerade gemacht haben. Der Kollege Manfred Richter schüttelt immer noch den Kopf.

Zwischen uns passt gar kein Blatt, liebe Damen und Herren von der SPD.

(Beifall und Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf von der CDU: Der war gut!)

Kein Blatt passt zwischen uns, weil wir das Thema nämlich gemeinsam weiterentwickeln werden, zusammen mit unserem neuen Stadtdirektor und Ordnungsamtsleiter.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind sehr zuversichtlich, dass wir viel mehr hinkommen werden, als Sie in den letzten elf Jahren hinkommen haben. Ich will noch einmal an die Rede im November erinnern. Damals hatte ich schon gesagt: Ordnungsdienst fällt

nicht vom Himmel, er muss lange geplant und vorbereitet werden.

Wir sehen das jetzt bei den Einstellungsprozessen, meine Damen und Herren. Bislang haben wir erst 70 von 100 Personen einstellen können, obwohl das Verfahren bereits über ein Jahr läuft.

(Martin Erkelenz [CDU]: 50!)

Das heißt, das dauert sehr lange. Hätte die SPD in der Frequenz Anträge gestellt zu dem Zeitpunkt, als sie hier etwas zu sagen hatte in der Stadt, dann hätten wir das Ordnungsproblem überhaupt nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich möchte nun aber ganz kurz noch einmal zu meinem Redetext kommen.

Letztendlich ist das Thema „100 Ordnungsamtskräfte“, das Sie jetzt hier aufwerfen, nichts anderes als alter Wein in neuen Schläuchen. Wir haben dieselbe Debatte bereits mit dem alten Stadtdirektor im November des letzten Jahres geführt und haben damals auch verschiedene Dinge gesagt, die ich jetzt wiederholen muss.

Zunächst einmal haben wir gesagt: Es bringt gar nichts, neue Beschlüsse zu fassen, da neue Beschlüsse, die wir jetzt hier im Rat fassen, nicht die Verwaltungsprozesse bei der Einstellung neuen Personals beschleunigen. Das ist doch ganz klar.

Außerdem haben wir doch mehrfach von der Stadtverwaltung mitgeteilt bekommen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die derzeit aktiv Ordnungsdienst machen, die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einarbeiten müssen. Es gibt eben bei diesen Training-on-the-Job-Konzepten nur eine bestimmte Anzahl von Trainees, die man aufnehmen kann. Man kann nicht über Gebühr Leute einstellen. Das geht einfach nicht. Wenn wir die Qualität des Ordnungsdienstes hier in Köln aufrechterhalten wollen, können wir nicht einfach bedenkenlos neue Mitarbeiter in den Prozess „reinkicken“.

Eine andere Sache ist dieses lustige Konzept, das Sie jetzt hier vorstellen: Zehn Mitarbeiter in die Bezirke. Die bezirkliche Orientierung ist in der Tat neu, aber die Oberbürgermeisterin sagte bereits vor einem Jahr, dass die Ordnungspartnerschaft mit der Polizei weiterentwickelt wird und dass die Bezirke mitgenommen werden. Von daher sind wir da eigentlich auch, was die Beschlusslage anbelangt, auf der grünen Seite.

(Monika Schultes [SPD]: Genau!)

Wenn man einfach einmal zehn Ordnungsamtskräfte - so, wie Sie das wollen - jetzt auf den Bezirk Lindenthal oder Mülheim verteilt, meine Damen und Herren, und gleichzeitig fordert, dass sie eine 3-Schichten-Regel da machen sollen - sie sollen auch an Wochenenden, an Feiertagen, außerhalb der Dienstzeit anwesend sein -, dann kommt man mit diesen zehn Personen, die dort einen Ordnungsdienst machen, genau zu einer Zwei-Personen-Streife, die dann in einem Bezirk Streife laufen würde.

Wenn ich mir nun überlege, dass in Lindenthal oder in Mülheim 150.000 Menschen leben, dann frage ich mich wirklich, wie Sie das herstellen wollen, dass das Ordnungsamt ein Gesicht bekommt, wenn sich da eine Streife im großen Stadtbezirk verirrt.

(Zuruf von der SPD: Dann machen wir gar nichts?)

Letztendlich ist das Konzept so gar nicht umsetzbar, wie Sie das hier machen. Wir erhoffen uns von dem Stadtdirektor in den nächsten Monaten ein vernünftiges Konzept, das spätestens bei der Haushaltsplanberatung natürlich mit Personal hinterlegt werden muss.

Ich möchte zum Schluss meiner Rede noch einmal ganz kurz auf den Kontext zu sprechen kommen, in den Sie hier dieses ganze Verfahren stellen.

Wenn man sich einmal anschaut, wie der Antrag überschrieben ist: „Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen“, meine Damen und Herren - es geht um den Ordnungsdienst. Es setzt sich bis zum Ende des Antrages in der Begründung fort, dass über 20 Mal der Begriff „Sicherheit“, „Sicherheitskräfte“, „Sicherheitsinfrastruktur“ etc. auftaucht, meine Damen und Herren. Über 20 Mal taucht dieser Begriff auf.

An einer Stelle behaupten Sie sogar - ich zitiere jetzt aus Ihrem Antrag -:

... mehr Verantwortung für die Einhaltung von Sicherheit ... im öffentlichen Raum

- muss die Stadt Köln übernehmen, meine Damen und Herren. Das ist wirklich ein starkes Stück.

Herr Krupp, Sie sind doch Mitglied im Polizeibeirat. Herr Krupp, Sie sind sogar stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses Allgemeine Ver-

waltung und Recht. Sie müssten es doch besser wissen.

Für die innere Sicherheit, meine Damen und Herren, ist niemand anderes hier in Köln verantwortlich als die Polizei.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und bei Die Linke.)

Wenn Sie die innere Sicherheit hier in Köln hätten verbessern wollen, meine Damen und Herren von der SPD, dann hätte Ihr Fraktionsvorsitzender den Antrag, den Sie jetzt hier gestellt haben, irgendwann in den letzten sieben Jahren einmal im Landtag stellen können.

(Beifall bei der CDU)

Streiche „Ordnungskräfte“, setze „Sicherheitskräfte und Bezirksbeamte“, und schon hat man einen veritablen Antrag, mit dem selbst der fehlbesetzte Innenminister vielleicht eine Idee zur Verbesserung der inneren Sicherheit hier in unserer Stadt hätte generieren können. So würde ein Schuh daraus. Das, meine Damen und Herren, würde die Verantwortung da allokalieren, wohin sie gehört, nämlich beim Land.

Den Tenor Ihres Antrags, die Stadt solle da in die Bresche springen - das ist der letzte Satz, Frau Oberbürgermeisterin -, wo das Land seiner Verantwortung nicht nachkommt, lehnen wir strikt ab. Das Ordnungsamt unserer Stadt hat weder die behördliche Kompetenz noch die Ausbildung oder die Ausrüstung, für die Sicherheit unserer Stadt zu sorgen. Das muss die Polizei machen.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächstes hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn das Thema „Sicherheit in Köln“ nicht so ein ernstes Thema wäre, wie gerade die Ereignisse auf dem Rheinboulevard zeigen, könnte der neue SPD-Antrag eine weitere Folge sein in der Reihe: „Unseriös, aber eine Schlagzeile produziert!“

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In ihrem Drang und Ehrgeiz, die Sicherheitspartei in Köln zu sein, hat die KölnSPD jegliches Maß und Mitte verloren.

Mein geschätzter Kollege Gerrit Krupp muss hier immer in die Bütt und die unlogischen Anträge mit viel Verve dann noch vertreten, obwohl er ganz genau aus dem AVR weiß, dass sie sachgrundlos begründet sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Dr. Ralph Elster [CDU])

So kommt die Botschaft, dass in allen Kölner Vierteln die Kölner Bürgerinnen und Bürger nicht mehr die Sicherheit haben, hinauszugehen, und wir einen flächendeckenden Ordnungsdienst brauchen; in der nächsten Ratssitzung kommen Sie wahrscheinlich mit einer flächendeckenden Videoüberwachung nicht nur am Kölner Hauptbahnhof, sondern auch im ganzen Kölner Viertel. So ist Ihr Gedankengut zurzeit. Das ist sehr schade.

(Zuruf von der CDU: Das wird technisch aber schwierig!)

- Ja, das auch.

Man könnte auch darüber hinweggehen, wenn nicht Ihre Profilierung und Ihre Pressekonferenzen auf die Rücken der Ordnungsdienstkollegen gingen, die einen harten, guten Job machen, und mit den Befürchtungen der Kölner und Kölnerinnen spielen würden, die durch Schlagzeilen verwirrt und auf eine falsche Fährte gelockt werden. Das alles tun Sie nur, um irgendeinen imaginären Keil zwischen Schwarz-Grün zu treiben, obwohl Sie die Faktenlage kennen.

(Peter Kron [SPD]: Wie beim Wahlkampf!)

Wie sieht die Faktenlage aus? Wie sieht sie aus? Bereits im Stellenplan 2015 haben wir 100 weitere Ordnungsdienste gestückelt beschlossen. Um keine Legendenbildung zu machen: Antreiber für dieses Thema war damals die CDU vor zweieinhalb Jahren und nicht die SPD. Wir - Rot-Grün damals - haben es dann gestückelt beschlossen, um langsam im Ordnungsdienst zu wachsen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Damit verbunden war nicht nur eine reine Aufstockung des Personals, sondern auch eine Konzeptentwicklung für den Bezirksordnungsdienst. Das ist heute noch nicht da, aber wird bald kommen. Damit verbunden war auch eine Auswertung im Jahre 2017, dieses Jahr, wenn die neuen Kräfte da sind.

Wie sieht es jetzt aus? Im letzten AVR war die Mitteilung, wie viele Stellen besetzt sind. Bei Herrn Dr. Elster war der Wunsch Vater des Ge-

dankens: Es sind bisher 54 Stellen besetzt, nicht 70.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ich bin eine Woche weiter!)

- Ja, gut.

Nach über 3.300 Bewerbungen, über 1.800 Auswahltests, über 500 Gespräche haben wir nach den richtigerweise strengen Auswahlkriterien für den Ordnungsdienst bisher 54 Plätze besetzt. Das ist die Realität. Diese Fakten kennen Sie alle. Dennoch stellen Sie diese unseriösen Anträge, als ob mit weiteren 100 Kräften irgendetwas erreicht wäre.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der vorliegende Änderungsantrag von CDU und Grüne geht mit dem Thema seriös und besonnen um. Wir stellen an das Konzept für den Bezirksordnungsdienst klare Anforderungen und keine Luftschlösser. Das Konzept soll ein Zielbild für 2020 entwickeln. Es soll den realen Personalbedarf aufzeigen, nachdem die letzten 40 Stellen auch besetzt worden sind, und - ganz wichtig - für die bestehenden Kolleginnen und Kollegen sollen Entwicklungsperspektiven aufgezeigt werden.

Bei den ganzen Maßnahmen - ein Gruß an Die Linke. - ist es auch wichtig, die Ordnungspartnerschaften im Bezirk als wichtigen Beitrag für die Befriedung von Konflikten zu sehen. Ich erinnere an ein Beispiel aus dem Bezirk Nippes, was Herr Börschel und Herr Weisenstein kennen aus dem vergangenen Jahr. Dort war ein Raum mit sehr vielen aggressiven Verhaltensauffälligkeiten. Das konnte gelöst werden - nicht mit mehr Ordnungsdienst, sondern mit Streetworkern, mit sozialen Trägern. Wir haben bis heute dort eine ruhige Situation. Ein blankes Law-and-Order-Aufbauen von Ordnungsdienst hätte da nicht zum Erfolg geführt. Das ist einmal mit zu bedenken. In unserem Änderungsantrag wurde das mit „Ordnungspartnerschaft“ formuliert, wodurch die Streetworker und die sozialen Partner immer mit bedacht wurden, auch in den anderen Anträgen - das nur als Botschaft zur Erläuterung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsdienstes machen einen guten Job bei neuen Anforderungen. Unsere Beschlüsse - auch der heutige - geben einen klaren Rahmen für die nächsten Monate.

Weitere Populistenanträge, beginnend mit dem Satz: „Die Silvesternacht 2015 ...“ - bitte nicht mehr hier in diesem Rat.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Hernetta Reker: Frau Tokyürek, bitte.

Güldane Tokyürek (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bevor ich auf die Einzelpunkte des SPD-Antrages komme, sollte noch einmal vergewahrt werden, was der Stadtrat bisher im Themenfeld „Sicherheit und Ordnung“ beschlossen hat.

Die Einstellung von 100 Ordnungskräften ist Beschlusslage. Bisher wurden 60 Ordnungskräfte eingestellt. Weitere 40 sollen folgen. In der Sitzung am 22.09.2016 beschloss der Rat - ich zitiere aus dem Antrag der CDU und der Grünen, dem wir zugestimmt haben -, dass die Verwaltung beauftragt wird:

... die Ordnungspartnerschaften zwischen Stadt und Polizei auszubauen. Dieses sozialraumorientierte und kooperativ vernetzte Konzept hat zum Ziel, dauerhafte, vernetzte Kommunikation und Kooperation mit anderen Behörden, sozialen Einrichtungen, Schulen, bürgerschaftlichen Organisationen und Religionsgemeinschaften in definierten Stadtvierteln aufzubauen.

Bevor überhaupt alle Ordnungskräfte eingestellt sind und ihre Arbeit aufgenommen haben, bevor auch das Konzept von sozialraumorientierter Polizeiarbeit, überhaupt von sozialraumorientierter Arbeit umgesetzt wird und ausgebaut werden konnte, beantragt die SPD weitere 100 Ordnungskräfte.

Wir als Die Linke. sehen nach wie vor die sozialraumorientierte Polizeiarbeit, aber auch die sozialraumorientierte Arbeit als wesentliche und angemessene Strategie zur weiteren Verbesserung der Sicherheit des öffentlichen Raumes im Alltag.

(Beifall bei Die Linke.)

Der SPD-Antrag hingegen möchte weitere 100 Ordnungshüter haben, ohne sich mit dem Thema „sozialraumorientierter Arbeit“ im Detail zu beschäftigen.

Ja, es ist richtig, dass der Ansatz der sozialraumorientierten Arbeit in der Begründung des Antrages zu finden ist. Aber, liebe SPD, verstanden haben Sie diesen Ansatz nicht.

(Beifall bei Die Linke. und Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Richtig ist, dass die Kriminalprävention gerade im Hinblick auf sich verändernde Gegebenheiten ein wichtiger Aspekt ist. Die praktische Umsetzung vieler kriminalpräventiver Maßnahmen braucht jedoch integrierende Ansätze, vor allem auch den Raumbezug im Quartier. Der einzelne Stadtbezirk ist die zentrale räumliche Ebene für die konkrete Umsetzung der Kriminalprävention. Im Vordergrund sollte und muss die sozialraumorientierte Arbeit bzw. Polizeiarbeit stehen und nicht die weitere Aufstockung von Ordnungskräften.

Die sozialraumorientierte Arbeit darf hier nicht der Annex zu den Ordnungskräften sein, sondern genau umgekehrt. Das muss es sein. Nur das kann Erfolg haben. Ansonsten können Sie, liebe SPD, jedes Mal weiter aufstocken. Das allein wird aber nicht helfen.

(Beifall bei Die Linke.)

In diesem Zusammenhang sollten die kriminalpräventiven Räte durchaus reaktiviert und initiiert werden, liebe SPD. Weshalb aber der Rat darüber beschließen soll und die Bezirksvertretungen das selbst entscheiden sollen, erschließt sich mir und der Linken überhaupt nicht.

Wenn die SPD hier argumentiert, dass es Sicherheit für alle geben muss, wird es ganz befremdlich. Wie nennen Sie das? - Bei dem Thema darf es keine Zwei-Klassen-Verhältnisse geben. - Es gibt hier doch keinen Wettbewerb um mehr Sicherheit. Das ist wirklich nicht nachvollziehbar.

Es sollte auch nicht der Eindruck entstehen, dass für andere Stadträte und Stadträtinnen, die hier sitzen, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Köln nicht wichtig genug wäre.

(Beifall bei Die Linke. und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es kann aber auch nicht sein, dass das Allheilmittel weiterer Ordnungskräfte sind. Die Linke sieht daher kein Erfordernis für weitere Ordnungskräfte in den Stadtbezirken. Zuvorderst müssen die bereits beschlossenen Beschlüsse umgesetzt werden, bevor man da weiter agiert.

Jetzt möchte ich ganz kurz noch zu dem Änderungsantrag der CDU, der Grünen und der FDP kommen. Eben hat Herr Krupp die CDU hier gescholten und gefragt, wie sie auf den Prüfantrag kommen. Da frage ich die Grünen: Wie konnten Sie diesen Antrag machen? Sie prüfen ja weiter.

Im Grunde sagt dieser Antrag, dass Sie weiter prüfen, ob Personal erforderlich ist. Eigentlich müssten Sie den Antrag der SPD einfach ablehnen und dürften nicht mit so einem Änderungsantrag kommen. Wenn Sie von Sozialraum und dieser Polizeiarbeit reden - das erwähnen Sie gar nicht. Ganz zuletzt, im letzten Satz steht:

... „rund um die Uhr“, dessen Vernetzung mit allen maßgeblichen Akteuren, aber auch die notwendige Finanzierung der Einsätze von Bedeutung.

Es geht doch um die Vernetzung der maßgeblichen Akteure. Das ist leider auch durch diesen Änderungsantrag nicht gegeben. Es gibt eine Beschlusslage. Das haben Sie so beschlossen. Wir waren auf dem Antrag.

Bei diesem Antrag gehen wir nicht mit. Wir werden den Antrag der SPD und auch den Änderungsantrag ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen sowie Zuschauerinnen und Zuschauer und online! Liebe Kölner SPD, -

(Lachen bei der CDU)

- wie frech muss man sein, hier und heute eine personelle Verstärkung des Ordnungsdienstes in den Stadtteilen zu fordern, wo doch die Kölner Sozialdemokraten in diesem Hause die Ausweitung der Ordnungspartnerschaft auf Stadtteile außerhalb der Innenstadt immer wieder verhindert haben, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei Die Linke.)

Liebe SPD, ihr fordert in der Überschrift des Antrages: „Mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen“. Ich sage euch: Kölner Straßen und Plätze könnten längst sicherer sein, hättet ihr es

mit eurem Nein nicht immer wieder verhindert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und bei Die Linke.)

Die schlimmen Ereignisse rund um den Rheinboulevard mit Bedrohung von Passanten, Diebstahl und Gewalttaten, die diesen wundervollen Ort zu einem Angstraum werden lassen, belegen hochaktuell, wie dringend wir den Ausbau von Ordnungspartnerschaften, von Polizei und Ordnungsdienst über die City-Streife hinaus benötigen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Köln könnte - nein, meine Damen und Herren, Köln müsste hier schon viel weiter sein.

Über zehn Jahre habt ihr, liebe SPD, den Haushalt bestimmt. Über zehn Jahre habt ihr bei der Ausweitung des Ordnungsdienstes auf Stadtteile nichts gemacht, sondern habt Vorschläge abgelehnt. Liebe SPD, kommt mir jetzt bitte nicht mit den Grünen, die euch bei mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen gehindert hätten. Das muss man doch einmal sagen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist völlig unbelegt! Das ist eine völlig unbewiesene Behauptung!)

Denn das, was ihm - Ihnen, Martin Börschel - wichtig war und er haben wollte, hat er doch in den Jahren auch bekommen, meine Damen und Herren.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Genau so war es!)

Oder, liebe SPD, wollt ihr eurem Fraktionsvorsitzenden fehlendes Durchsetzungsvermögen mit diesem Antrag attestieren?

(Martin Börschel [SPD]: Wie reizend! - Lachen bei der CDU)

Zweitens. Dass die Ausweitung der Ordnungspartnerschaft auf alle Stadtteile und damit logischerweise auch die personelle Aufrüstung des Ordnungsdienstes nicht an den Grünen allein gelegen haben kann, zeigt doch der nun vorliegende Antrag von CDU, FDP und Grünen, der das nun schriftlich hier vorsieht, meine Damen und Herren. Es geht doch, nur braucht man dazu den Willen und die Überzeugung für die Sache - gerade, wenn man die Gestaltungsmehrheit in den Händen hält, und nicht erst, wenn diese Mehrheit schmerzlich entglitten ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Jetzt will sich die SPD plötzlich korrigieren, was sie an mehr Sicherheit auf Kölner Straßen und Plätzen versäumt hat. Zu spät!

Nun, liebe SPD, könntet ihr aus Verdruss bei der Aufdeckung eures Versagens dazu verleitet werden - das habe ich gerade schon gehört -, meine Ausführungen als reines Wahlkampfgetöse, gar als Diffamierung bzw. neudeutsch Fake News abzutun.

(Michael Frenzel [SPD]: Hört, hört!)

Jetzt wird es für euch, liebe SPD, aber ganz bitter: Ich kann den Ausbau des Ordnungsdienstes, den ihr verhindert habt, belegen. Außer die Beschlussprotokolle des Rates und der Ausschüsse sind schon Teil von Verschwörungstheorien. Jedoch will ich das meiner lieben SPD nicht unterstellen, meine Damen und Herren.

Bevor ich gern zur Beweisführung ansetze, möchte ich hier noch einmal klarstellen - das steht auch in dem Antrag, weshalb die FDP auch mit darauf ist -: Wir waren für die Ausweitung des Ordnungsdienstes auf alle Stadtteile, wir sind für die Ausweitung auf die Stadtteile, und mit diesem Antrag kommt auch die Ausweitung. Das ist nämlich kein Prüfauftrag, sondern die Beauftragung.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie Verständnis dafür, dass wir diesen Antrag zusammen mit der CDU und den Grünen stellen, denn wir setzen dabei auf unsere Oberbürgermeisterin und auf ihren Stadtdirektor und sicherlich nicht auf die Verhinderungs-SPD, die das immer nicht gemacht hat, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich zeige Ihnen jetzt: Auf dem Antrag der FDP vom 15. Februar 2011 - ich darf zitieren, Frau Oberbürgermeisterin -,

Der Rat möge beschließen: ... Die Stadtverwaltung ist darum aufgefordert, mit ihrem städtischen Ordnungsdienst die sichtbare Präsenz von Ordnungskräften im öffentlichen Raum mit zu steigern. Der gemeinsame Streifen dienst von Polizei und städtischen Ordnungsdienst ist deshalb auf alle Stadtteile und auf den ÖPNV auszudehnen.

Von der SPD abgelehnt, meine Damen und Herren. Das war 2014.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Das Gleiche haben wir am 22. September 2004 im AVR beantragt. Was macht die SPD? Sie hat das abgelehnt. Sie hat die Ausweitung auf die Stadtteile abgelehnt - das, was sie jetzt hier gerade fordert, meine Damen und Herren. So sieht doch wohl Glaubwürdigkeit nicht aus.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Börschel, Sie können das - ich komme zum Schluss - jetzt gern einmal nachbelegen. Ich habe die Belege, was in den Beschlussprotokollen steht, dass Sie genau diese Ausweitung zweimal abgelehnt haben - das, was Sie jetzt hier fordern, dass wir das so tun. Dann mache ich lieber selbst einen Antrag mit der CDU und mit den Grünen zusammen, damit wir auch vorankommen, meine Damen und Herren. Das ist mir sicherer. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch hier liegt wieder kein Deckungsvorschlag vor. Ich möchte nur daran erinnern, dass wir uns in Zukunft auch an die Geschäftsordnung, die wir uns selbst gegeben haben, halten.

Ich habe eine Wortmeldung von Bezirksbürgermeister Wirges. Es ist auch eine bezirkliche Angelegenheit in meinen Augen, deswegen sind die Bezirke zu hören.

Josef Wirges (Bezirksbürgermeister Ehrenfeld): Verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren des Rates! Ich bin seit gut 20 Jahren Vorsitzender des Kriminalpräventiven Kreises unserer Bezirksvertretung, für den Stadtbezirk Ehrenfeld, und vorweg gesagt: Die beste Präventionsarbeit - das ist meine Erfahrung nach 20 Jahren - ist eine gute Sozialarbeit. Das nur einmal vorweggeschickt.

(Beifall bei Die Linke. und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich halte es aber für gut, dass auch die SPD-Ratsfraktion sagt: Jawohl, wir brauchen noch mehr Stellen. Ich kann das aufgrund meiner Erfahrung unterstützen. Ob der eine sagt: „Damals wurde anders diskutiert“ - ich schaue nach vorn.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich bin der Meinung, es ist gut, dass wir in den Bezirken - Pi mal Daumen neun Bezirke, sagen wir einmal, zehn Leute, da haben wir 90 plus 10 zum Ausgleich - zusätzliche Kräfte haben. Denn eines hat sich auch herausgestellt, meine Damen, meine Herren: Die Einsatzreaktionszeiten beispielsweise eines Streifenwagens der Kölner Ordnungsverwaltung - je nachdem, wo sie sind - sind sehr, sehr lang. Es wird angerufen, er kommt aber nicht, und wenn er dann kommt, haben sich die Ruhestörung oder andere Geschichten vielleicht bereits aufgelöst oder die Leute sind frustriert, rufen die Polizei an, und die Polizei sagt: Moment, wir haben erst 22.30 Uhr, wir sind noch nicht zuständig, wir übernehmen noch nicht.

Gut, wir haben den Lärmwagen an den Wochenenden. Wir haben den Lärmwagen auch in Ehrenfeld eingeführt, bestehend aus einem Streifenwagen und unserer Landespolizei mit einem Polizeibeamten, der den Wagen führt, und einem Mitarbeiter des Ordnungsamtes. Nur, die haben auch genügend zu tun - gerade in unseren Veedeln. Da dauert es trotzdem noch sehr lange.

Deshalb sollte man überlegen, den Bezirksordnungsdienst in den Bezirken aufzustocken. Wir haben in unserem Rathaus drei Mitarbeiter und einen Wagen, darunter steht auch: Bezirksordnungsamt Ehrenfeld.

Das Problem ist nur: Die haben viel zu tun die Woche über. Freitags um 14 Uhr ist Dienstende. Der Wagen wird auf dem eigenen Parkplatz geparkt, und am Montagmorgen gegen, sagen wir, 7.30 Uhr wird er wieder in Bewegung gesetzt.

Die Zeit an den Wochenenden können wir besser nutzen. Wir können dort ein oder zwei Teams mit einem Dienstgruppenleiter einrichten. Das heißt, die DGL sitzen nicht in der Zentrale im Ordnungsamt, sondern dezentral in den Bezirksrathäusern. Dann wird sich auch für den Bürger vieles verbessern. Die Einsatzreaktionszeiten vom Anruf der Melderin oder des Melders bis hin zum Eintreffen unserer Mitarbeiter des Ordnungsamtes werden sich deutlich verringern - so, wie das auch bei der Polizei üblich ist. Dann werden wir sehen, die Akzeptanz wird in der Bevölkerung steigen, unsere Mitarbeiter können Vorfälle schneller klären, und die Anrufer sind nicht frustriert.

Ich denke, all das wird nur mit mehr Personal möglich sein. Deshalb meine Bitte, kreativ nachzudenken. Bei uns in der Präventionsarbeit sitzen auch Damen und Herren der einzelnen Fraktionen der Bezirksvertretung, die gesagt haben:

Das ist ein gutes Mittel, um bestimmte Maßnahmen schnell und konsequent in Ansatz zu bringen, wenn man früh genug vor Ort ist.

Kurzum: Das ist eine Maßnahme, die auch auf positiven Rückhalt in der Bevölkerung stößt. Deshalb meine Bitte an den Rat: Jawohl, wir brauchen mehr Personal. Es bringt nichts, zu sagen, die Fraktion habe dann und dann und dann gesagt: Das wollen wir nicht, können wir nicht.

Im Übrigen kann ich vieles, was in dem Änderungsantrag steht, natürlich auch nachempfinden und finde es gut, aber es geht nicht anders, wenn wir nicht mehr Personal einstellen und letztendlich dezentral zum Einsatz bringen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Danke, Frau Oberbürgermeisterin.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Börschel.

(17.55 Uhr - Frau Oberbürgermeisterin Reker verlässt den Sitzungssaal)

Martin Börschel (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich will ich das eine oder andere hier Gesagte nicht unkommentiert stehen lassen. Sie haben sich darauf gefreut und das erwartet.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Das weiß ich, und meistens möchte ich Ihren Erwartungen gerecht werden. Wenn es so einfach ist, umso lieber.

Herr Kollege Dr. Elster, Sie haben in einem Punkt darauf hingewiesen, dass in der Frage „öffentliche Ordnung, subjektives und objektives Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger“ zwischen die CDU und die Grünen kein Blatt passe.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Genau!)

Das nehme ich hier sehr gern zur Kenntnis und möchte alle Kolleginnen und Kollegen noch einmal daran erinnern, wie der Kollege Richter auf diesen Antrag und auf all unsere vorherigen Versuche, die leider an der Mehrheit dieses Rates gescheitert sind, eingegangen ist, nämlich mit Hohn und Spott, offensichtlich beim Versuch, mit

im Ergebnis zwar missglückter, aber feiner Ironie einfach das Bedürfnis nach objektiver und subjektiver Sicherheit der Kölner Bevölkerung ins Lächerliche zu ziehen.

Liebe Kölner Grünen und noch vielmehr liebe Kölner CDU, ich will Ihnen das ganz deutlich sagen: Das wird Ihnen noch im Halse stecken bleiben, in dieser wirklich arroganten Art und Weise mit dem Bedürfnis der Kölnerinnen und Kölner nach Wohlfühlen, nach Sicherheit im öffentlichen Raum umzugehen. Das wird ein Rohrkrepierer, davon bin ich fest überzeugt. Die Grünen spüren diese völlige thematische Fehlleitung aktuell gerade sehr deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Der Kollege Richter - das bringt mich zu dem Schlüsselsatz, Herr Elster, dass kein Blatt zwischen Sie passe -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Genau!)

- hat in einem Satz schlüsselhaft zusammengefasst, wie er auf unseren Antrag und auf unsere vergeblichen Versuche der vergangenen Monate und Jahre eingehen will. Das war nämlich das Zitat: „als ob mit weiteren 100 Kräften irgendetwas erreicht wäre“. Zitat Ende. Das hat er eben wörtlich gesagt.

Das bedeutet doch - Herr Dr. Elster nickt -, -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das stimmt nicht!)

- die Grünen wollen diese 100 weiteren Ordnungskräfte nicht. Sie glauben nicht, dass sie irgendetwas zur Problemlösung beitragen. Das ist ein fataler Irrtum, eine fatale ideologische Verblendung, die Sie hier an den Tag legen. Dass die CDU das mitmacht, hätte ich mir in meinen besten und kühnsten Träumen nicht vorstellen können.

Die Grünen ziehen die CDU am Nasenring durch die Manege in dieser Frage, und das müssen Sie sich hier vorhalten lassen.

(Beifall bei der SPD - Niklas Kienitz [CDU]: Wahlkampfgetöse!)

Die Art und Weise, wie sich die Mehrheit der Kolleginnen und Kollegen hier im Rat mit unseren Vorschlägen auseinandersetzt - mehr noch die Art und Weise als der Inhalt -, zeugt doch wirklich von veritablem schlechten Gewissen, -

(Lachen bei der CDU)

- wenn der Kollege Breite mit Beschlüssen aus dem Jahr 2004 anfangen muss.

Die Frau Oberbürgermeisterin - huch, jetzt ist sie gar nicht mehr da; -

(Lachen bei der CDU)

- ich wollte mich eigentlich nicht erschrecken, sondern habe es nur zur Kenntnis genommen - hat zu Recht auf die Bedeutung von Deckungsvorschlägen hingewiesen, die selbstverständlich die FDP zu keinem Zeitpunkt eingebracht hatte.

Deswegen: Wenn es Ihnen auch nur halbwegs ernst wäre mit Ihrer inhaltlichen Befassung dessen, was wir heute vorgetragen haben, dann müssten Sie zumindest die Dinge, die wir gar nicht unmittelbar zur Einstellung, sondern zur Konzepterstellung und baldmöglichen Umsetzung vorgeschlagen haben, in die Haushaltsberatungen verweisen. Nicht einmal das tun Sie.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Das habe ich gesagt!)

- Ja, was Sie gesagt haben, -

(Zuruf von der CDU: Das hat er gesagt!)

- ist das eine. Was Sie gleich tun werden, ist das andere.

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

Niemand wird aber bestreiten können, dass sich in den vergangenen Jahren sowohl vom objektiven als auch vom subjektiven Bedürfnis der Bevölkerung die Welt geändert und weiterentwickelt hat. Die Welt heute ist doch nicht mehr die des Jahres 2004. Das gilt nicht nur global, sondern auch lokal.

Deswegen will ich auf die Punkte, die Herr Dr. Elster hier gesagt hat, noch einmal ausdrücklich hinweisen. Sie haben eben beklagt, dass das Kölner Ordnungsamt weder die Kompetenz noch die Ausbildung und Ausstattung habe, um überhaupt die aktuellen Erfordernisse umzusetzen,

(Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

wie wir sie haben und wie sie übrigens nach dem Gesetz den Kölner Ordnungsbehörden zugebilligt werden.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Nein, das habe ich nicht gesagt, Herr Börschel!)

Dann frage ich mich, warum Sie in einer der letzten Ratssitzungen denn genau unseren Antrag, für Ausstattung, Ausbildung und Unterbringung

zu sorgen, abgelehnt haben. Das, was Sie heute in Ziffer 2 Ihres Antrags selbst beantragen, haben Sie noch vor einigen Wochen als Antrag der SPD im Rat der Stadt Köln abgelehnt. Immerhin haben Sie sich an der Stelle ein bisschen gewandelt; wollen das aber natürlich nicht zugeben, wie Ihnen das so zu eigen ist.

Zweitens. Herr Dr. Elster, Sie haben ausdrücklich dazu aufgefordert, wir sollten doch im Land mal initiativ werden und das Stichwort „Ordnungskräfte“ durch „Sicherheitskräfte“ ersetzen.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ja, bitte, bitte!)

Da will ich Sie noch einmal ganz kurz daran erinnern, dass es die aktuelle rot-grüne Koalition auf Landesebene war, die die Einstellungszahlen der Polizei seit Regierungsantritt im Jahre 2010 fast verdoppelt hat auf Basis der schwarz-gelben Zahlen. Das ist die Wahrheit, die Sie heute hier verkleistern wollen, aber da Sie mich schon freundlich dazu aufgefordert haben, will ich das sagen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Dr. Ralph Elster [CDU])

Im Gegensatz zum Landesparteitag der CDU, auf dem alle Bemühungen, konkrete Zahlen, künftige Polizeieinstellungszahlen in ihr Landeswahlprogramm hineinzuschreiben, von oben torpediert wurden - und jetzt schreibt die CDU keine Zahl hinein -, bekennt sich die SPD klipp und klar in ihrer Programmatik dazu, jedes Jahr 2.300 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter in Nordrhein-Westfalen einzustellen - mehr als je zuvor. Das will die SPD. Die CDU lehnt es ab. Das ist die Wahrheit, die man hier sagen muss.

(Beifall bei der SPD)

Der letzte Punkt, auf den ich hinweisen möchte, -

(Lachen von Dirk Michel [CDU])

- ist wirklich eine Verdrehung von Aufgaben und Geschichtsklitterung sondergleichen: Sie haben sich tatsächlich auch heute, nachdem Sie doch so lange die Chance gehabt hätten, sich damit zu beschäftigen, noch einmal hier hergestellt, um zu sagen, für die objektive öffentliche Sicherheit und Ordnung auf Kölner Straßen und Plätzen sei nicht die Stadt Köln, sondern die Landespolizei zuständig.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Genau so!)

Genau das sagt der Kollege Dr. Elster. Um Himmels willen! Ich weiß gar nicht, wie ich in meiner

Verzweiflung damit umgehen soll. Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

(Heiterkeit bei der SPD)

Man muss ganz eindeutig sagen, dass Sie das an dieser Stelle wirklich verinnerlichen müssen: Originär zuständig für die öffentliche Sicherheit und Ordnung ist nach dem Ordnungsbehörden-gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen die Stadt Köln und nur subsidiär die Polizei.

Ich möchte Ihnen auch sagen - das gehört zu den 95 Prozent der Dinge, die der Parlamentarische Untersuchungsausschuss zur Silvesternacht, übrigens einvernehmlich, festgestellt hat -: SPD, CDU, Grüne, FDP und Piraten, alle waren gemeinsam der Meinung, dass folgender Satz richtig sei. Es ist nämlich so, dass das Ordnungsamt der Stadt Köln faktisch nicht in der Lage war, seinen originären Aufgaben nachzukommen, und deswegen die Polizei eigentlich subsidiär, aber faktisch in eigener Zuständigkeit im Kölner Stadtgebiet tätig war.

Diese Auffassung vertreten CDU, Grüne und FDP auf Landesebene, nur nicht im Rat der Stadt Köln. Das ist beschämend.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Bitte kommen Sie zum Schluss.

Martin Börschel (SPD): Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön, Herr Börschel. - Herr Petelkau, bitte.

Bernd Petelkau (CDU): Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich glaube, es wird Zeit, dass der Wahlkampf irgendwann ein Ende findet, lieber Kollege Börschel. Das ist wieder einmal ein Versuch, von den Versäumnissen der SPD-geführten Landesregierung abzulenken.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie in das Polizeigesetz unter „Aufgaben der Polizei“ hineinschauen: Die Polizei hat die Aufgaben, Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren. Das ist das Thema „Gefahrenabwehr“. Das steht ganz klar drin.

(Martin Börschel [SPD]: Was ist denn Satz 2, Herr Kollege?)

Wir haben anders als in Hessen keine Stadtpolizei, sondern wir haben an dieser Stelle eine klare Kriminalitätsbekämpfungsaufgabe. Nur darum geht es hier. Es geht nicht darum, Falschparken zu kontrollieren, sondern es geht hier darum, Gefahren gegen das Eigentum oder Leib und Leben entsprechend zu bekämpfen. Dafür ist die Polizei zuständig.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Niemand sonst!)

Ich scheue mich auch nicht davor, zu sagen, dass in Köln mindestens 300 Polizisten fehlen. Wir haben seit Anfang letzten Jahres - Gott sei Dank - eine Einsatzhundertschaft im innerstädtischen Bereich, die dafür gesorgt hat, dass die Kriminalitätsrate in der Innenstadt deutlich gesunken ist. Doch genau das fehlt in den Vorortbezirken.

Ich sage Ihnen daher ganz klar eine Zahl für Köln: Wir brauchen mindestens 300 zusätzliche Polizisten in Köln. Wir brauchen nicht nur die generelle Frage: Welche Leute müssen wir einstellen? Sie wissen ganz genau, dass die 2.000 Polizisten, die derzeit ausgebildet werden, nicht ausreichen, sondern lediglich die Kolleginnen und Kollegen ersetzen, die aus Altersgründen ausscheiden. Das ist doch der entscheidende Punkt.

Jetzt kommen wir zu den städtischen Aufgaben. Hätte Ihr Stadtdirektor, der Ihr Parteibuch von Anfang an gehabt hat, seine Hausaufgaben gemacht und dafür gesorgt, dass die Kolleginnen und Kollegen auch einen Arbeitsplatz hätten, dann wären wir an der Stelle schon ein ganzes Stück weiter. Zum Thema Schulung hat ihm wohl auch keiner gesagt, er dürfe die Leute nicht entsprechend schulen und weiterentwickeln. Auch dazu ist nichts gekommen.

Wir versuchen jetzt einmal, die Wahlkampfrhetorik herauszunehmen und an dieser Stelle dafür zu sorgen, dass tatsächlich etwas in dieser Stadt passiert. Das Konzept werden wir mit unserem neuen Stadtdirektor umsetzen, was natürlich auch eine gewisse Zeit benötigt. Es zeigt sich einmal mehr bei den 100 Leuten, die Sie vor einem Jahr gefordert haben. Wir haben noch nicht einmal die 100, die wir beim letzten Mal beschlossen haben, zwischenzeitlich einstellen können, weil wir keine Plätze haben.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch kein Argument! Dafür weitere Voraussetzungen zu schaffen, ist umso wichtiger!)

Das sind die Punkte, die Ihr Stadtdirektor nicht hinbekommen hat. Das ist doch genau der Punkt, Herr Börschel.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage einmal: Wenn der Wahlkampf vorbei ist, haben wir hoffentlich hier auch wieder normale Zeiten. Wir sollten dann gemeinsam im Landtag schauen, dass wir endlich zusätzliche Polizisten in Köln einstellen, sodass wir nicht weiterhin die rote Laterne bei den Kriminalitätszahlen tragen und egal, ob Raub, Einbruch oder andere Dinge, die traurige Spitzenreiterposition einnehmen. Deshalb, meine Damen und Herren, muss etwas passieren.

Hören Sie doch bitte auf mit diesen Showanträgen. Das bringt alles nichts. Wir brauchen mit unserem Stadtdirektor eine wichtige Weiterentwicklung der Kölner Zuständigkeiten. Gleichzeitig würde ich mich darüber freuen, wenn Sie im Landtag - da hätten Sie die Chance gehabt - zusätzliche neue Polizeikräfte zusetzen und nicht nur die bestehenden ersetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU - Martin Börschel [SPD]: Doppelt so viele wie ihr!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Petelkau. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Börschel hat das hier eindrucksvoll noch einmal gezeigt, und man könnte fast glauben, dass die SPD schon immer für die Ausweitung des Ordnungsdienstes in den Stadtteilen war, wenn es da nicht die Protokolle gäbe - wie zum Beispiel von der AVR-Sitzung am 28.03.2011.

Die Dame, die neben Herrn Börschel sitzt, Frau dos Santos Hermann, auch Landtagskandidatin, hat zu der Sache und zu dem Antrag gesagt - ich darf zitieren -:

Frau dos Santos-Herrmann betont, dass die SPD-Fraktion die Inhalte des Antrags

- da ging es wieder um die Erweiterung -

in weiten Teilen als erledigt betrachtet. Die Gesamtbilanz ergebe trotz einiger

Rückschläge in wichtigen Bereichen entscheidende Fortschritte und positive Entwicklungen. Eine Fortsetzung der zwischen Polizei, Stadt und Justiz getroffenen Vereinbarungen stehe außer Frage.

Es kam zur abschnittsweisen Abstimmung. Dabei ging es auch genau um den Punkt, den Herr Börschel hier angesprochen hat:

Darum bekräftigt der Rat, die Sicherheitspartnerschaft von Kölner Polizei und Stadtverwaltung weiterzuführen und auszubauen.

Wie sieht das Abstimmungsergebnis aus, meine Damen und Herren? - Nach dem Vortrag von Herrn Börschel muss klar sein, dass die SPD hier klar zugestimmt hätte. Doch:

mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen CDU, FDP und Pro Köln abgelehnt

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört, hört!)

Die SPD hat es abgelehnt. Dann kann man sich nicht hier hinstellen und sagen, man hätte sich dafür immer eingesetzt.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Ich muss zur Geschichte sagen, das war Frau dos Santos Hermann. Ich habe auch noch Ihre Reden hier aus dem Rat, was für ein Quatsch das alles sei. „Alles Showanträge“ haben Sie gesagt. Sie kommen doch selbst mit dem Antrag und sagen bei der Forderung: Herr Breite, Sie machen doch nur Showanträge, man kann Sie gar nicht ernst nehmen.

Jetzt verlangen Sie, dass wir Sie ernst nehmen. Haben Sie bitte Verständnis für die FDP-Fraktion, dass wir, wenn Sie damals so mit uns umgehen - 2011 und 2014 -, dann in der Form sagen müssen: Nein, meine lieben Damen und Herren, so geht es jetzt nicht, mit dieser Forderung umzugehen.

(Beifall bei der FDP - Susana dos Santos Hermann [SPD]: Das ist doch jetzt nicht sachlich!)

Jetzt von Bedürfnissen der Menschen zu sprechen - gab es diese Bedürfnisse nicht schon 2011? Gab es diese Bedürfnisse nicht schon 2014?

(Beifall bei der FDP)

Warum hat die SPD es damals abgelehnt? Jetzt passt es aber ins Konzept, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

So geht man nicht mit den Bedürfnissen unserer Kölner Bürgerinnen und Bürgern um, meine Damen und Herren. Das muss hier ganz deutlich gesagt werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von Martin Börschel [SPD] und Susana dos Santos Hermann [SPD])

- Ich gebe Ihnen recht, auch das muss man tun.

Manche von Ihnen sind ja schon ein bisschen länger hier: 2004 war die SPD noch Opposition, als sie das auch schon gefordert hat. Damals war sie leider durch andere Mehrheiten nicht dabei, aber als sie nachher selbst Mehrheit war - das kritisiere ich -, hatte sie nicht den Mut und die Durchsetzungskraft, das umzusetzen.

Hätten Martin Börschel 2004 - seine Unterschrift ist hier dabei - zusammen mit dem damaligen Fraktionsgeschäftsführer die Durchsetzungskraft gehabt, dann müssten wir heute darüber nicht diskutieren, meine Damen und Herren. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Jetzt, wenn er Opposition ist, kommt er damit. Das wollte ich hier nur in der Form richtigstellen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Breite - Herr Richter, bitte.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Um ein bisschen Ruhe hineinzubringen, haben wir jetzt, glaube ich, zum dritten Mal denselben Ablauf bei den Anträgen: erst der Kollege Gerrit Krupp, dann die ganze Palette, und dann kommt der Spielführer von der SPD und macht noch einmal alles parat, dann noch einmal die ganze Palette, und dann wird abgestimmt.

(Martin Börschel [SPD]: Es ist schön, dass Sie wieder mitmachen, danke schön! - Heiterkeit bei der SPD)

Es ist zum dritten Mal hier die klare Botschaft: Die grüne Fraktion nimmt die Befürchtungen der Kölnerinnen und Kölner in Sicherheitsfragen sehr ernst.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Hört, hört!)

Sehr ernst nehmen wir das. Wir wollen klare und faktenwerte Antworten darauf geben. Das, was wir weniger ernst nehmen, sind Ihre wiederkehrenden Anträge. Das ist der Punkt.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist Ihr Problem!)

Wie ist die Faktenlage? Das ist auch nicht so schwer zu verstehen. Wir haben 100 weitere Stellen im Ordnungsdienst schon bewilligt. Davon sind rund 60 besetzt. Wir haben noch 40 freie Stellen nach einem immensen Auswahlverfahren.

Ihr Antrag suggeriert, dass durch 100 Stellen gleich 100 Menschen da sind. Das ist unseriös. Sie meinen, dadurch irgendetwas in der Stadt zu beantworten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Was ist daran so schwierig zu sehen? Wir haben noch 40 freie Stellen.

(Martin Börschel [SPD]: Umso wichtiger muss man sich doch auf weitere vorbereiten!)

- Nein! Das sagen Sie schon seit anderthalb Jahren, -

(Martin Börschel [SPD]: Eben!

- verehrte Kollegen, Herr Börschel.

(Martin Börschel [SPD]: Und Sie sind immer dagegen! So ist es! Danke schön!)

Auch bei der Freigabe der weiteren Stellen sind wir nicht weiter, als wir es in 2015 waren. Sie wiederholen sich immer, weil Sie genau wissen, dass es nur eine Botschaft ist, aber nicht zur Realität wird.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist Ihr Problem!)

Das ist nicht seriös, so mit den Befürchtungen der Kölnerinnen und Kölner umzugehen.

(Martin Börschel [SPD]: Sie sind dagegen! Sie wollen das nicht! Geben Sie es doch zu! Das wissen die Menschen! - Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommen wir zu der Frage, was passiert, wenn die 100 Stellen besetzt sind.

(Martin Börschel [SPD]: Dann wollen Sie anfangen, zu denken?)

Dann muss man schauen: Sind die Ziele erreicht worden?

(Martin Börschel [SPD]: Ja, ganz in Ruhe!)

Sind damit die Punkte erreicht worden, die wir im Bezirksordnungsdienst, im zentralen Ordnungsdienst, im Zusammenspiel Ordnungsdienst/Polizei/Sozialpartnerschaften usw. wollten? Die Menschen müssen da sein, sie müssen produktiv sein, und sie müssen arbeiten.

(Martin Börschel [SPD]: Schreiben Sie doch gleich: Ziel für 2030!)

Pauschal „100 weitere“ zu sagen, ohne eine Faktenlage zu haben und auch zu wissen, -

(Martin Börschel [SPD]: Ja, noch mehr davon!)

- dass sie gar nicht besetzt werden, das ist nicht seriös. Damit geben Sie eine Botschaft des Nichtstnehmens an die Kölnerinnen und Kölner.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen - Martin Börschel [SPD]: Diese Überheblichkeit wird Ihnen noch zum Verhängnis!)

Noch einmal: Unser Änderungsantrag baut auf der gemeinsamen Beschlusslage des Rates auf, weitere 100 Stellen zu besetzen, auszuwerten, ob die Ziele erreicht worden sind, den akkuraten Personalbedarf zu ermitteln, und nicht zu sagen: 100 mehr.

Warum sagen Sie nicht 200 mehr oder 50 mehr oder 70 mehr? Das ist doch alles aus der Luft gegriffen. Warum? Weil „100 mehr“ so schön griffig ist.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Keine Basis! - Martin Börschel [SPD]: Es reicht, ja, ja!)

Das hat keine Basis. Das muss von der Verwaltung kommen, dann kommt die Vorlage, vielleicht reichen auch die 200, alles gut. Das ist seriöse Sicherheitspolitik und kein Spiel mit Ängsten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Richter. - Es gibt keine wei-

teren Wortmeldungen, wie ich sehe. Dann würde ich gern über den Änderungsantrag abstimmen lassen.

Wer ist gegen den Änderungsantrag? - Das sind die SPD und Die Linke. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist dieser Änderungsantrag angenommen. Damit erübrigt sich der ursprüngliche Antrag der SPD.

Dann rufe ich jetzt auf

3.1.4 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Luft verbessern - Braunkohleverbrennung in Merkenich beenden“ AN/0511/2017

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen AN/0545/2017

Dazu gibt es Wortmeldungen von Frau Akbayir, Die Linke., bitte.

Hamide Akbayir (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Gäste auf der Zuschauertribüne! Es zeigt sich heute, dass es gut ist, dass Die Linke. diesen Antrag gestellt hat, denn nur so kommen Bewegung und Wandel in die Kölner Energieversorgung.

(Beifall bei Die Linke.)

Bereits 1958 hat am Standort Köln-Merkenich mit zwei Dampfkesseln die Dampf- und Stromversorgung begonnen. Wurde Merkenich anfangs noch mit Schweröl betrieben, kam es im Laufe der Zeit immer wieder zu Modernisierungen. Derzeit wird Gas und Braunkohle verbrannt.

Mit unserem heutigen Wissen ist es Zeit, wieder zu modernisieren. Die Braunkohle ist ein Brennstoff der Vergangenheit, denn sie ist der schmutzigste unserer Primärenergieträger. Wir wollen auch bei der RheinEnergie Arbeitsplätze und eine bedarfsgerechte Energieversorgung mit Zukunft auf Grundlage erneuerbarer Energien und setzen dabei nicht auf Technik von gestern.

So, wie sich vor 30 Jahren die RheinEnergie in Merkenich vom Schweröl verabschiedet hat, soll sie sich jetzt von der Braunkohle verabschieden - nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei Die Linke.)

Das ist das, was wir fordern, liebe Kolleginnen und Kollegen. CDU, Grüne und SPD beschreiben das in ihrem Änderungsantrag nur mit eigenen Worten - frei nach dem Motto: Die Linke. hat recht, aber das dürfen wir nicht zugeben.

(Beifall bei Die Linke.)

Für die Abschaltung von Kohleheizkraftwerken gibt es Vorbilder in anderen Städten Deutschlands. In Berlin beispielsweise geht der Braunkohleblock des Heizkraftwerks Klingenbergs von Vattenfall schon bald, am 24. Mai 2017, nach langjährigen Protesten von Einwohnerinnen und Einwohnern vom Netz.

Was in anderen Städten möglich ist, stoßen wir heute auch in Köln an und bitten um Unterstützung unseres Antrags.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in unserem Antrag steht als Umschaltdatum der 01.01.2018, denn wir müssen den beschleunigten Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Braunkohle forcieren, und das aus mehreren Gründen. An erster Stelle muss für uns die Gesundheit der Menschen stehen. So führen sowohl die Braunkohleverbrennung in Merkenich als auch die Braunkohlegewinnung in den nahegelegenen Tagebauen zu erheblichen Gesundheitsschäden der Atemwege und des Kreislaufs durch Feinstaub, Stickoxide und Schwermetalle, wie zum Beispiel Quecksilber.

Jede Tonne Braunkohle, liebe Kolleginnen und Kollegen, die nicht verbrannt und somit auch nicht abgebaut werden muss, ist echte Gesundheitsvorsorge. Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Sie doch da auf den Weg gebracht, uns nicht mehr mit betriebswirtschaftlichen Rechnungen zu kommen, wie viel teurer das alles würde. Die volkswirtschaftlichen Kosten für die Allgemeinheit dürfen ja nie vergessen werden. Wir wollen nicht, dass sich unsere RheinEnergie sagen lassen muss, dass statistisch gesehen die Braunkohleemissionen in Merkenich zu 20 vorzeitigen Todesfällen im Jahr führen.

(Lachen bei der FDP)

Niemand von uns möchte den Menschen erklären, dass sie schlechte Luft atmen müssen, damit wir den Haushalt ausgleichen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht in unserem Antrag unter anderem auch um Umschaltung auf Erdgas. Mit einer Umstellung von Braunkohle auf Erdgas werden rund 270.000 Tonnen CO₂ eingespart. Das unterstützt auch die Stadt bei der Erreichung ihrer Klimaziele.

Zu den Kosten für die RheinEnergie und damit indirekt für die Stadt Köln sage ich jetzt nichts weiter, denn der Erhalt der Gesundheit und der Umwelt kann eben nicht in Geld aufgewogen werden.

Dass die Kostenrechnungen der RheinEnergie trotz Nachfragen von uns im Umweltausschuss intransparent bleiben, ändert daran auch nichts. Gute Politik war schon immer eine Frage des Stils. Das gilt heute mehr denn je. Die Politik hat ohne Wenn und Aber die Pflicht, die Menschen transparent und sachlich zu informieren und die Gesundheit der Menschen zu schützen. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Zustimmung. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Frau Akbayir. - Herr Struwe, bitte.

(Bernd Petelkau [CDU]: Könnte die Verwaltung dazu Stellung nehmen? Herr Dr. Steinkamp? - Rafael Struwe [SPD]: Soll Herr Steinkamp erst einmal etwas sagen? - Zuruf von der FDP: Das können Sie doch auch!)

- Du hast jetzt das Wort.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Er ist doch nicht Herr Steinkamp! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Er sieht ihm nicht einmal ähnlich! - Zurufe)

Rafael Struwe (SPD): Klonen kann sich lohnen. Das reimt sich wenigstens.

Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Linkspartei! Frau Akbayir, Sie haben es schon gesagt, und ich will Ihnen da gar nicht widersprechen. Zu einem sehr, sehr großen Teil sind wir, glaube ich, alle hier im Raum mit Ihnen völlig einer Meinung.

Doch - vielen Dank für das Stichwort, Herr Kollege - der ganz entscheidende Punkt in Ihrem Antrag ist der, dass Sie quasi schon zum 1. Januar 2018 die Braunkohleverfeuerung in Merkenich alternativlos stilllegen wollen. Da müssen wir sagen: Das ist leider unrealistisch, unwirtschaftlich und auch klimapolitisch eher fragwürdig.

Wir haben in der heutigen Sitzung durchaus schon angemerkt, dass wir uns mitten im Wahlkampf befinden. Vielleicht ist der Antrag auch ein bisschen dieser Situation geschuldet. Ich weiß

es nicht. Dennoch sind wir der Meinung, dass man bei dem Thema - bei wirklich aller Notwendigkeit zum Handeln und natürlich auch um die Menschen zu schützen - nicht in blinden Aktionismus verfallen darf, sondern wohlüberlegt vorgehen muss.

Die Anlage in Merkenich ist immerhin im Laufe der Jahre immer wieder modernisiert worden. Es ist eine Kraft-Wärme-Kopplungsanlage. Sie liefert also Strom, Wärme und zusätzlich noch Prozessdampf für die Industrie im Kölner Norden. Das heißt also, sie hat dazu geführt, dass auch viele Unternehmen ihre eigenen Anlagen quasi außer Betrieb genommen haben. Da, das muss man noch einmal sagen, müssen wir dann auch wirtschaftliche Argumente wieder gelten lassen. Da gibt es natürlich auch Verträge, sodass man nicht einfach plötzlich „Adieu“ sagen kann.

Im Übrigen gibt es auch Grenzwerte für die Schadstoffe, die selbstverständlich bei dieser Anlage nicht nur eingehalten, sondern sogar unterschritten werden.

Noch ein Stichwort zum Thema Luftreinhaltung: Wir haben das Thema intensiv diskutiert, werden es auch gleich noch einmal auf der Tagesordnung haben. Wir wissen, dass ein großer Teil der Stickoxidbelastung in Köln nun einmal leider auf das Konto dieser sogenannten Hintergrundbelastung geht, an der aber diese Anlage, wie wir zumindest aus den uns bekannten Zahlen wissen, keinen wirklich nennenswert messbaren Anteil hat.

Insofern sind wir uns, wie gesagt, völlig einig, dass die Braunkohle selbstverständlich keine Technologie von morgen ist und dass selbstverständlich alles dafür getan werden muss, um auch aus dieser Technologie auszusteigen. Nur - uns als SPD ist das ganz besonders wichtig - darf das natürlich nicht auf Kosten von Arbeitsplätzen geschehen. Das muss sozialverträglich funktionieren.

(Hamide Akbayir [Die Linke.]: Wir machen das aus anderen Gründen - das haben wir gesagt!)

- Ja, deswegen widerspricht unser Änderungsantrag hier auch in großen Teilen des Antrages gar nicht so sehr, sondern nur an diesem einen entscheidenden Punkt. Deswegen können wir da nicht mitgehen.

Natürlich müssen wir als Kommune auch vorangehen, was die Gestaltung der Energiewende angeht. Die RheinEnergie tut das auch. Ich kann durchaus sagen, dass das Thema da eine sehr,

sehr zentrale Rolle spielt. Herr Dr. Steinkamp ist heute anwesend und wird vielleicht gleich noch einmal ein paar Worte dazu sagen, dass die RheinEnergie sich durchaus als Gestalterin der Energiewende versteht. Insofern freut es uns sehr, dass das Thema auch da bereits auf der Agenda ist. Es wird schon nach Alternativen gesucht. Es gibt schon Überlegungen, wie man alternative Brennstoffe zum Einsatz bringen kann. Das ist gut und richtig und soll auch unbedingt weitergehen. Es soll auch unbedingt weiter an Konzepten gearbeitet werden, wie man möglichst mit einem realistischen Zeithorizont aus der Braunkohleverfeuerung dort aussteigen kann.

Insofern, wie gesagt, haben wir uns mit der CDU und den Grünen entschlossen, diesen Ersetzungsantrag einzubringen, der - abgesehen von der Forderung, am 1. Januar 2018 Schluss zu machen - die wesentlichen Punkte Ihres Antrages beinhaltet. Wie gesagt, aus unserer Sicht dürfen wir da nicht in blinden Aktionismus verfallen, sondern müssen wohlüberlegt vorgehen, um eine realistische Perspektive zu entwickeln und die Kölnerinnen und Kölner vor Luftbelastung zu schützen. - Ich darf mich für die Aufmerksamkeit bedanken und bitte um Zustimmung.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Struwe. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde jetzt Herrn Steinkamp das Wort geben. Das trägt vielleicht zur Klärung bei.

Dr. Dieter Steinkamp (RheinEnergie): Ich werde mich bemühen.

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte vorwegschicken, dass im Konzept und der Strategie der RheinEnergie an oberster Stelle steht, dass wir mit unseren Möglichkeiten und unseren Mitteln natürlich auch klimaorientiert das Unternehmen weiterentwickeln wollen. Das gilt insbesondere für unseren Erzeugungsteil, das gilt aber natürlich auch für die Produkte, die wir vertreten.

Um es konkreter zu sagen: Die Braunkohlewirbelschichtanlage in Merkenich ist keine Anlage aus den 50er-Jahren, sondern stammt aus der zweiten Hälfte der 80er-Jahre. Sie ist also, wenn man sich deutsche Kraftwerke anschaut, die noch am Netz sind, vergleichsweise modern. Sie

ist sicherlich nicht die modernste Klasse, aber es ist kein Uralkraftwerk.

Es ist ein Kraftwerk in Kraftwärmekopplung - das ist schon gesagt worden. Das macht schon einen entscheidenden Unterschied zu den Beispielen, die Sie genannt haben, Frau Akbayir. Das sind reine stromproduzierende Anlagen gewesen. Da ist das Thema „energieeffizienter Einsatz und Klimaschutz“ im Konzept ganz anders angelegt, und damit sind auch die Daten und Fakten, die in Ihrem Antrag stehen, einfach nicht zutreffend auf unseren Standort Merkenich.

Ich möchte an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Die Anlage in Merkenich, der Standort an sich mit einer älteren GuD-Anlage, also auf Gas basierend, und dem Braunkohlewirbelschichtkessel, ist die wichtigste Anlage für den gesamten Kölner Norden. Wir versorgen 20.000 Haushalte in der Neuen Stadt, in Chorweiler, in Seeberg, Heimersdorf und auch in Bocklemünd. Aber was mindestens genauso wichtig ist, wofür dieser Anlagenkomplex auch steht: Wir versorgen die großen Industrieunternehmen im Kölner Norden mit Prozesswärme und Prozessdampf. Das ist technologisch eine ganz andere Herausforderung und hat mit der klassischen Fernwärmeproduktion und Stromproduktion nur am Rande zu tun.

Dieser Prozessdampf versorgt Ford, INEOS, und zwar 365 Tage im Jahr. Das heißt also, was Versorgungssicherheit angeht, was die Qualitäten der Wärmeauskopplung, eben Prozesswärme und Prozessdampf mit ganz anderen Temperaturen angeht, die permanent für die Produktion dort erforderlich sind, ist dieser Standort von extremer Bedeutung. Das einfache Abschalten würde bedeuten, dass diese Unternehmen im Grunde genommen ihre Produktion morgen zumachen können.

Wir haben mit 220.000 Tonnen Dampfauskopplung am Tag auch im Industrievergleich mit Abstand die größte Anlage hier im Umfeld. Die Unternehmen haben ihre eigenen sehr viel älteren Erzeugungsanlagen in den letzten Jahren sukzessive stillgelegt und vertrauen auf die Versorgung mit unserem Wärmelieferungskonzept.

Dass die RheinEnergie aber auch selbständig denkt, können Sie daran ablesen, dass wir uns natürlich auch mit diesem Standort beschäftigen. Nachdem wir im vergangenen Jahr unser neuestes Kraftwerk in Niehl, Niehl 3, in Betrieb genommen haben - auch Kraftwärmekopplung, da gasbasiert -, hat unsere Projektierung und unser Engineering begonnen, sich den Standort Mer-

kenich intensiv vor die Brust zu nehmen, wenn ich das einmal so etwas flapsig sagen darf.

Wir gehen zweistufig vor. Wir versuchen derzeit, möglichst viele alternative Brennstoffe in dem vorhandenen Kessel mit zu verbrennen. Das werden nicht 50 Prozent Ersatz von Braunkohle sein können, sondern da sind wir hoffnungsfroh, dass wir vielleicht zwischen 10 und 15 Prozent Braunkohle ersetzen können, zum Beispiel durch Holz oder Klärschlamm.

Sie werden aber auch an der Stelle erkennen: Das liest sich schnell, erklärt sich auch schnell, ist vom Engineering und vom Umbau der Anlage jedoch nicht trivial.

Das würde bedeuten, dass wir sehr schnell wenigstens eine Teillösung schaffen, ohne die Versorgungssicherheit unserer Kunden zu gefährden.

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass es auf Sicht auch sehr notwendig ist, gleichzeitig die Wirtschaftlichkeit mit im Auge zu behalten, denn weder die Industrieunternehmen noch die Fernwärmekunden sind gewillt, wesentlich mehr für den Energiebezug zu bezahlen. Das heißt also, wir müssen Wirtschaftlichkeit und Technik in Einklang bringen.

Wenn alles gutgeht und die Konzeptidee, mit der wir gestartet sind, sich technisch und wirtschaftlich realisieren lässt, dann würden wir mit dem Planungs- und Genehmigungsvorlauf, der dafür erforderlich ist, voraussichtlich Ende dieses Jahrzehnts, also voraussichtlich erst gegen das Jahr 2020, in den operativen Betrieb gehen können. Das muss man realistisch einfach so akzeptieren, denn allein für die Genehmigungsläufe benötigt man inzwischen so viel Zeit.

Wir haben im Unternehmen festgelegt, dass wir uns unmittelbar danach mit einem Gesamtkonzept ohne Braunkohle an dem Standort beschäftigen werden. Ich hoffe jedoch, dass nach dem zuvor Ausgeführten einigermaßen deutlich geworden ist, dass das ebenfalls nicht von heute auf morgen geht.

Ich sage Ihnen eindeutig: Eine Gesamtlösung muss technisch machbar sein - das wird gehen -, sie muss aber auch wirtschaftlich in den Markt hineinpassen, sodass mit Planungen und Genehmigungen frühestens Mitte des nächsten Jahrzehnts für den gesamten Standort eine ganz neue Lösung darstellbar sein wird. Bis dahin werden wir mindestens mit dem heutigen Konzept dem Grunde nach leben müssen. Das be-

deutet also, dass für uns in den nächsten Jahren für eine ausreichende Versorgung die Braunkohle nicht komplett ersetzbar ist.

Erlauben Sie mir noch ein oder zwei Anmerkungen zur Wahrheit: Die Stickoxidwerte, die dort permanent gemessen werden, werden ausnahmslos in ihren Grenzwerten immer eingehalten. Die Grenzwerte entstammen der 13. BImSch-Verordnung. Das ist die übliche Immissionsverordnung für all diese Anlagen. Wir halten selbstverständlich die Staubemissionswerte ein und unterschreiten die zulässigen Werte für unsere Anlage um den Faktor 10.

Wenn man sich den Luftreinhalteplan der Stadt Köln anschaut, sieht man, dass im Jahr 2008 - neuere Daten liegen uns derzeit nicht vor - rund 56.000 Tonnen Stickoxide aus genehmigungsbedürftigen Anlagen emittiert wurden, 48.600 Tonnen daraus aus Kraftwerken und vergleichbaren Energieerzeugungsanlagen. Unsere Anlage ist mit 300 Tonnen pro Jahr bezogen auf diese 48.600 Tonnen im Kölner Norden daran beteiligt gewesen.

Auch daran sieht man: Es ist ein Symbolakt, über den wir hier reden. Damit will ich das nicht kleinreden, ich habe vorhin etwas zu unseren Konzeptfestlegungen gesagt. Wir werden alles daran tun, die Braunkohle zu ersetzen, sobald das technisch, genehmigungstechnisch und wirtschaftlich möglich ist. Die Zeiträume habe ich genannt. Bis dahin emittieren wir, was die relevanten Stickoxide angeht, unter 1 Prozent des Jahreswertes. Auch daran sehen Sie, dass man da ein bisschen die Kirche im Dorf lassen sollte.

In der Zielsetzung sind wir uns absolut einig. Deshalb habe ich im Endeffekt mit den Anträgen kein grundsätzliches Problem. Das Abschalten morgen früh wird nicht gehen, und wir werden perspektivisch - dazu sind wir als Unternehmen verpflichtet - natürlich auch die Interessenlagen unserer Kunden mit im Blick behalten. Das werden wir hoffentlich schnell zum Ausgleich bringen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Herzlichen Dank, Herr Steinkamp, für die sachkundige Erklärung. - Herr Brust bitte zu Wort.

(Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, Herr Petelkau zu erst. Wir sind gemeinsamer Antragsteller!)

- Sie hatten sich nicht gemeldet.

(Bernd Petelkau [CDU]: Doch, doch, doch!)

Herr Brust, Entschuldigung.

Bernd Petelkau (CDU): Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich würde gern, nachdem Herr Dr. Steinkamp viele Fakten jetzt noch einmal auf den Tisch gelegt hat, auf zwei Dinge eingehen. Das Erste ist die Konkretheit der Forderungen bzw. Beschlussvorschläge, die Die Linke hier entsprechend unterbreiten.

Hieran zeigt sich einmal mehr, dass der Wille vielleicht gut gemeint war, der Umsetzungsvorschlag aber voll danebenging, denn gerade Ihr Vorschlag, den Braunkohlekessel entsprechend hoch- und herunterzufahren, ist technisch in der Form überhaupt nicht darstellbar, sodass der Vorschlag an der Stelle praktisch nicht umsetzbar ist und damit natürlich auch nicht beschlussfähig.

(Beifall von Teilen der CDU)

Das, was mich an diesem Antrag insgesamt stört, ist der Eindruck, dass unser städtisches Unternehmen weiterhin zu sehr den alten Technologien verhaftet ist. Das ist gerade nicht der Fall. Die RheinEnergie hat in den letzten Jahren eine hohe Summe Geld investiert, um auch mit erneuerbaren Energieträgern in den nächsten Jahren noch besser aufgestellt zu sein. Wir produzieren bereits heute mit der RheinEnergie einen nicht zu kleinen Prozentsatz über erneuerbare Energien - sowohl Photovoltaik als vor allem auch Windenergie. Das muss man an der Stelle auch einmal festhalten.

Auch die von Herrn Dr. Steinkamp angesprochene Errichtung des neuen Heiz- und Wärmekraftkopplungskraftwerks in Niehl ist für die Stadt und für die CO₂-Belastung oder -Emission, die in Köln produziert wird, ein deutlicher Fortschritt. Das heißt, die RheinEnergie hat in den letzten Jahren und wird auch in den nächsten Jahren einen ganz erheblichen Anteil dazu beitragen, dass die CO₂-Belastung in Köln weiter zurückgeht. Doch all diese Dinge brauchen auch einen gewissen Vorlauf, neue Anlagen müssen genehmigt werden, und es ist natürlich auch immer wichtig, dass man den neuesten Stand der Technik nimmt.

Dieses Kraftwerk, das jetzt im Fokus steht, ist aus den 80er-Jahren. Letztes Jahr ist ein ultramodernes in Betrieb gegangen. Die Technologie

wird sich in den nächsten vier oder fünf Jahren weiterentwickeln. Momentan gibt es noch einen Engpassfaktor, der verhindert, dass wir vollkommen auf erneuerbare Energien umsteigen können: Das ist die Speichertechnologie.

Wir werden aber auch da sehen, dass die Beschleunigung der technischen Entwicklungszyklen weiter zunimmt, sodass wir hoffen können, in den nächsten vier oder fünf Jahren weitere Fortschritte zu haben, sodass vielleicht auch die Strategie des Investments in erneuerbare Energien noch einmal etwas weiter beschleunigt werden kann.

Ansonsten kann ich nur dafür werben, den Änderungsantrag zu unterstützen, da wir eben nicht etwas fordern, was technisch nicht umsetzbar ist, sondern etwas, was zurzeit in der RheinEnergie so weit schon in Vorbereitung ist, nämlich den konkreten Ersatz von alten Brennkesseln in neue mit erneuerbaren Energiequellen. Vor diesem Hintergrund glaube ich, dass diese Passage auf jeden Fall zielführender ist, als die Kessel hoch- und herunterzufahren.

Des Weiteren, wie ich eben bereits sagte, ist die RheinEnergie hinsichtlich ihrer Strategie zu erneuerbaren Energien per se auf einem guten Weg. Ich denke, wir haben an dieser Stelle noch einmal eine Aufforderung dazu gegeben, diesen Weg fortzusetzen. Ich glaube, dass darüber sowohl in den Aufsichtsgremien wie auch im Vorstand eine einheitliche Auffassung besteht, sodass wir hier gemeinsam daran arbeiten, die CO₂-Belastung in dieser Stadt weiter herunterzufahren, um auch unseren Kindern und Enkelkindern eine vernünftige Zukunft zu gewährleisten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Petelkau. - Jetzt Herr Brust bitte.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Hamide, du hast in einem Punkt recht: Die Braunkohle ist ein Brennstoff von gestern. Wenn wir die Beschlüsse vom Klimagipfel in Paris vom letzten Jahr ernst nehmen, wenn wir das Ziel der Weltgemeinschaft, die weitere Erderwärmung um maximal 1,5 Grad zu begrenzen, wirklich anpacken wollen, dann müssen wir schnellstmöglich aus der Braunkohlenverstromung aussteigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Die Linke.)

Wie schnell das geht, hat Greenpeace vorletztes Jahr untersuchen lassen in der Studie „Klimaschutz: Der Plan“. Darin ist in der Zusammenfassung nachzulesen:

Neben dem Ausstieg aus der Atomkraft, kann bereits schrittweise mit dem Ausstieg aus der Braunkohle bis zum Jahr 2030 und dem Ausstieg aus der Steinkohle bis ... 2040 begonnen werden.

Das ist die engagierteste Studie, die ich zu dem Thema kenne. Greenpeace setzt 2030 als Ziel, bis wann wir vollständig aus der Braunkohle ausgestiegen sein können. Dazu ist aber notwendig, dass die Rahmenbedingungen auf Bundesebene völlig geändert werden müssen. Die letzten Jahre unter Wirtschaftsminister Gabriel waren in der Beziehung leider verlorene Jahre, weil er alles dafür getan hat, den Ausbau erneuerbarer Energien zu bremsen und zu deckeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir haben in diesem Herbst die Chance, wenn die neue Bundesregierung gewählt wird, dafür zu sorgen, dass wir eine Bundesregierung bekommen, die Voraussetzungen dafür schafft, die Braunkohle aus der Verstromung herauszunehmen, indem erst einmal die Alternativen aufgebaut werden. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien muss dem vorausgehen, damit wir die anderen Altanlagen abschalten können.

Die Grünen haben dazu einen Vorschlag unterbreitet, nämlich einen Ausstiegsplan aus der Braunkohle. Bisher habe ich von keiner Partei gehört, dass sie diesen Ausstiegsplan unterstützt. Das wäre schön, -

(Zuruf von der CDU)

- wenn ihr das macht.

Von der SPD habe ich bisher noch nichts gehört, dass ihr bereit wäret, in der neuen Bundesregierung einen Braunkohlenausstieg sozialverträglich jetzt zu beschließen und bis 2030 gezielt vorzunehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Wenn uns das gelingen sollte, dann ist es aber auch nicht egal, in welcher Reihenfolge wir die Kessel abschalten. Zuerst müssen natürlich die schlechtesten Braunkohlekessel vom Netz genommen werden, da sie die Umwelt aufgrund ih-

res schlechten Wirkungsgrades am meisten belasten.

Wie schon gesagt, der Kessel in Merkenich gehört aufgrund seiner Größe und auch aufgrund seiner Technik nicht dazu, weil er eben Kraftwärmekopplung und ungefähr den doppelten Wirkungsgrad aller anderen, auch der modernsten RWE-Braunkohlekraftwerke hat. Von daher eilt es nicht ganz so sehr mit diesem Kessel. Trotzdem wäre es natürlich für die Umwelt und für das Klima sinnvoll, wenn wir eine Lösung finden würden, den Brennstoff in diesem Kessel zu ersetzen.

Ich habe deswegen als Mitglied im Aufsichtsrat der RheinEnergie schon im vorletzten Jahr dem Vorstand vorgeschlagen, zu untersuchen, ob man die Braunkohle teilweise oder auch ganz durch andere klimaneutrale Brennstoffe - wie zum Beispiel Holzhackschnitzel - ersetzen kann. Ich freue mich darüber, dass die RheinEnergie mittlerweile diese Untersuchung macht und wir bald ein Ergebnis haben werden.

Parallel dazu gibt es eine Studie der StEB, der Stadtentwässerungsbetriebe. Die Stadtentwässerungsbetriebe müssen neue Entsorgungsmöglichkeiten für den Klärschlamm aus Stammheim und den anderen Klärwerken finden und haben sich deswegen mit den anderen Verbänden der Abwasserreinigung zusammengeschlossen. Sie erarbeiten zurzeit eine Studie, wie man demnächst Klärschlamm sinnvoll verbrennen und möglichst Phosphat aus der Asche zurückgewinnen kann. Das wird eine Forderung der neuen Düngemittelverordnung sein.

Auch dazu habe ich dem Verwaltungsrat vorgeschlagen, dafür zu sorgen, dass man den Standort Merkenich mit untersucht, ob man entweder den Braunkohlekessel des Kraftwerks Merkenich dafür nutzen kann, den Klärschlamm zu verbrennen, oder an der Stelle eventuell eine andere Anlage für diesen Klärschlamm bauen sollte. Diese Studie wird zurzeit bearbeitet.

Ich habe leider von der Linken in dieser Richtung bisher keinerlei Aktivitäten gesehen und wundere mich deswegen heute über euren Schnellschuss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich sage deshalb „Schnellschuss“, da ihr, wenn ihr euch ernsthaft mit diesem Kraftwerk beschäftigt hättet, gewusst hättet, dass das ein Wirbelstichtkraftwerk ist.

(Gisela Stahlhofen [Die Linke.]: Na klar!)

Darin werden also zig Tonnen Asche im Kreis gefahren. Bei jedem Abschalten fallen diese Mengen an Asche, dieses Wirbelbett, zusammen, und es dauert mehrere Tage, bis man diese Anlage abgefahren hat und wieder anfahren kann. Das ist also keine Anlage, die geeignet ist, um - so, wie ihr das vorschlagt - mal eben an einem Tag hinzugeschaltet zu werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Für den Fall, dass wir keine vernünftige Lösung finden, den Brennstoff zu ersetzen, haben wir in unserem Antrag in Punkt 2 vorgesehen, dass dann die RheinEnergie zügig an eine Alternativplanung für diesen Standort geht, um die Braunkohle durch andere Anlagen oder eventuell auch in der Verbindung mit dem Innenstadtnetz bei der Fernwärme zu ersetzen.

Ich denke, das ist der richtige Weg. Die Versorgungssicherheit für das Fernwärmenetz und die Industrie im Kölner Norden muss gesichert sein, und wir müssen für diesen Kessel dann neue Anlagen aufbauen.

Ich möchte zum Schluss noch ganz kurz auf euren Punkt 2 eingehen. Ihr fordert in Punkt 2 einen Ausstieg aus der Gasnutzung am Standort Merkenich. Ich möchte dazu ein Zitat vorlesen.

Den Einsatz von Blockheizkraftwerken (BHKW) und anderen Formen der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) als hocheffiziente Brückentechnologie wollen wir besser fördern, um ihren Anteil bis 2020 auf 25 Prozent an der Bruttostromerzeugung zu erhöhen.

Das ist ein Zitat aus dem Entwurf zum Bundestagswahlprogramm der Linken.

Vielleicht wäre es sinnvoll, euren Mitgliedern einmal eine kleine Programmschulung zugutekommen zu lassen.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD):
Schönen Dank, Herr Brust. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin Herr Brust, der mit mir im Aufsichtsrat der RheinEnergie sitzt, sehr dankbar dafür, dass er hier noch einmal deutlich gemacht hat, welche technischen Erfor-

dernisse es eigentlich geben müsste, um das Kraftwerk abzuschalten oder nicht. Daran sieht man schon, dass dieser Antrag ein Schnellschuss ist.

Mir gefällt dabei auch nicht, dass man die Menschen, die dort wohnen, dadurch verunsichert, dass man angibt, es würden 20 Menschen im Jahr durch diese Verbrennung dort sterben. Sie haben die Zahl „20 Menschen“ genannt. Dadurch werden Menschen verunsichert.

(Zurufe von Die Linke.)

- Sie haben die Zahl „20 Menschen“ genannt! Sie müssen dabei bleiben, wenn Sie das gesagt haben. Damit verunsichern Sie die Menschen, und das macht man nicht. Darum hat Herr Steinkamp das hier deutlich gemacht.

(Zuruf von der CDU - Gisela Stahlhofen [Die Linke.]: Es ist die Realität!)

- Sie sagen, das sei die Realität. Ich sage Ihnen, Sie können so etwas nicht behaupten, weil Sie so etwas nicht beweisen können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Da können Sie auch nicht sagen, das sei die Realität. Wenn Die Linke behauptet, es sei Realität, dass 20 Menschen hier sterben, dann haben Sie kein Verständnis dafür, wie verantwortungsvoll in diesem Unternehmen mit allen Energiequellen umgegangen wird, die sie haben, und dafür alles einsetzen.

Wenn ich mir einmal erlauben würde, Ihren Antrag so, wie Sie ihn formulieren, Ihren Parteifreundinnen und Parteifreunden im Lausitzer Braunkohlerevier zu geben, dann wäre ich einmal gespannt, was sie dazu sagen würden, da sie sich gerade für die Kumpel einsetzen, was Sie hier nicht machen. Denn Sie gefährden hier, wie wir auch von Herrn Steinkamp gehört haben, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, meine Damen und Herren. Das darf nicht sein.

Wir sollten daher meiner Meinung nach den Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen noch um einen Punkt erweitern. Diese Erweiterung, Frau Bürgermeisterin, haben Sie jetzt nicht vorliegen. Ich gebe sie Ihnen aber gleich, das geht ganz schnell. Das wurde in den Ausführungen von Herrn Steinkamp nochmals deutlich, und ich halte das für sehr wichtig, dass wir in dem Punkt 2 nach „Untersuchungen negativ verlaufen sollten,“ einfach „soweit technisch machbar und wirtschaftlich vertretbar“ einführen sollten, meine Damen und Herren.

Denn das war die Botschaft: Wir machen alles, versuchen die CO₂-Reduzierung, aber bitte, bleiben wir auf dem Teppich! Das haben wir ja gerade von Herrn Brust gelernt: Es muss technisch machbar sein und, wie ich glaube, auch wirtschaftlich vertretbar sein. Denn es geht um eines der wichtigsten Unternehmen, die wir hier haben, und die darf man nicht mit solch einem Antrag schädigen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Daher bitte ich darum, dass man diese Ergänzung mit hineinnimmt. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Herzlichen Dank, Herr Breite. - Jetzt geht es in die zweite Runde. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich ganz herzlich dafür bedanken, dass sich die Rhein-Energie vertreten durch Herrn Dr. Steinkamp, aber auch die drei großen Fraktionen im Rat so intensiv mit unserem Änderungsantrag beschäftigt haben.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Selbstverständlich, lieber Michael!)

- Selbstverständlich? Okay. Es ist ja schön, wenn das selbstverständlich ist.

Wir haben - da bin ich mir sehr sicher - mit unserem Antrag, den wir gestellt haben, eine Diskussion hier im Rat angestoßen, sodass fast alle, die hier im Rat vertreten sind, die Problematik Braunkohle noch einmal auf dem Schirm haben.

Es gibt ja auch den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grüne, den wir sehr gern übernehmen würden. Wir sehen damit ein weiteres Stück in Richtung Braunkohleausstieg in Köln. Das zunächst einmal als Einstieg in die Diskussion von meiner Seite aus.

(Susana dos Santos Hermann [SPD]: Okay, noch einmal gerettet!)

Wir haben gerade verschiedene Wortbeiträge gehört, in denen es um technische Dinge ging, und ich möchte ein bisschen den Eindruck zerstreuen, Herr Petelkau und Herr Brust, dass wir uns im Vorfeld nicht mit den technischen Begebenheiten auseinandergesetzt haben. Ich kann natürlich nicht sagen, dass ich Maschinenbauingenieur bin und alles im Einzelnen weiß. Ich

weiß nicht, wer von Ihnen sich das anmaßen kann.

Wir haben mitnichten behauptet, dass wir jeden Tag den Braunkohlekessel hochfahren und herunterfahren wollen. Uns ist sehr wohl bewusst, dass insbesondere in den Wintertagen dieser Braunkohlekessel auch wegen der Versorgung mit Industriedampf oder Prozessdampf eine große Bedeutung hat.

Es ist jedoch so, dass man zumindest einmal darüber nachdenken muss, ob dieser Braunkohlekessel heruntergefahren oder reduziert werden kann in Perioden, in denen es klar ist, dass wir eine langanhaltende Wärmeperiode haben. Das wäre ein Punkt, über den man unserer Meinung nach nachdenken müsste.

Ein weiterer Punkt ist, dass wir in unmittelbarer Nähe von Merkenich auch die Müllverbrennungsanlage haben, die in der Lage ist, Prozessdampf zu produzieren, die bereits Prozessdampf produziert und an kalten Tagen, soweit ich das recherchieren konnte, diesen Prozessdampf an die RheinEnergie verkauft, der dann weiter an die Industrieabnehmer geht.

Das bedeutet, wir müssen doch jetzt - das ist doch die eigentliche Intention dieses Antrages - das Know-how von allen zusammentragen und einen politischen Auftrag auf den Weg geben, dass noch einmal intensiv darüber nachgedacht wird, wie wir Schritt für Schritt diese Braunkohle aus dem Energiemix in Merkenich ganz herausdrängen können. Dass das nicht zum 01.01.2018 möglich ist, das mag sein, aber wir müssen mit Hochdruck daran arbeiten.

Herr Brust, Sie haben vorhin gefragt, ob wir denn nicht wüssten, dass Greenpeace sagte, dass 2030 und 2040 die möglichen Ausstiegsszenarien seien. - Das haben wir sehr wohl. Wir wissen aber auch, Herr Brust, dass das globale Geschichten sind. Wir sind da voll bei Ihnen: Wir müssen immer global denken. Wir müssen aber auch lokal handeln.

(Beifall bei Die Linke.)

Das heißt, wir dürfen uns jetzt nicht in Ruhe hinsetzen und sagen: Greenpeace hat gesagt, bis 2030 sind alle so weit gut, so lange lassen wir Merkenich laufen. - Nein, so geht das nicht. Wir als Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker haben nur auf diesen Kessel Einfluss, also müssen wir uns auch um diesen Kessel kümmern und können uns nicht hinter Greenpeace verstecken und sagen: Na ja, wenn die das sa-

gen, dann wird das schon richtig sein. So einfach tickt die Welt nicht, Herr Brust.

Es gibt einen wichtigen Einwand von Herrn Struwe und von Herrn Breite, der jetzt leider gerade nicht da ist.

(Ulrich Breite [FDP]: Doch!)

- Entschuldigung, ich habe auf Ihren Platz geschaut, Herr Breite, ich habe Sie nicht gesehen.

Das ist natürlich ein sehr wichtiges Argument. Ich bin auch gern bereit, mir anzuhören, was die Kolleginnen und Kollegen und die Genossinnen und Genossen in der Lausitz dazu sagen.

(Ulrich Breite [FDP]: Ja, ja!)

- Natürlich, dem müssen wir uns stellen. Das sehe ich ganz genauso. Von daher bin ich Ihnen für diesen Hinweis dankbar.

Ich möchte nur auch darauf hinweisen, dass in unserem Antrag steht, dass diese Umstellung nicht mit betriebsbedingten Kündigungen oder einer Schlechterstellung der Beschäftigten insgesamt zu tun haben darf. Deswegen würde ich noch einmal bei den Fraktionen dafür werben, die den Ersetzungsantrag gestellt haben, ob nicht dieser Spiegelstrich bezüglich der Arbeitsverhältnisse noch mit in den Änderungsantrag aufgenommen werden kann.

Den Änderungsantrag, den Herr Breite mit der Wirtschaftlichkeit da hineingebracht hat, finden wir nicht gut, denn wir müssen in dieser Frage eine ökologische und auch eine arbeitsrechtliche Komponente einfügen - Herr Breite, da gebe ich Ihnen recht -, aber wir sollten das nicht noch mit Wirtschaftlichkeit überfrachten. - Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Die Linke.)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Weisenstein. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön, Herr Frank.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ja, weil es jetzt am Schluss etwas verwässert war: Verstehe ich es richtig, dass Die Linke, dem Änderungsantrag beitrifft? Dabei bleibt es?

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: So, wie er jetzt vorliegt!)

- Wir haben aber, wie eben erklärt wurde, diesen Einschub, der auf die Rede von Herrn Steinkamp zurückgeht, auch übernommen, und zwar die Frage der technischen Machbarkeit und der wirtschaftlichen Vertretbarkeit.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Soll ich das vorlesen?

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Das würden Sie dann auch akzeptieren? „Wirtschaftlich vertretbar“ heißt ja auch, dass es auch für die Arbeitnehmer vertretbar ist.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Die technische Machbarkeit ist ja logisch, das würden wir natürlich übernehmen. Es ist ja Voraussetzung, dass etwas technisch machbar ist, wenn man es machen möchte.

Die wirtschaftliche Komponente hätten wir hingegen ungern darin enthalten, weil wir der Auffassung sind: Es muss hier die Priorität bei der Ökologie und beim Gesundheitsschutz gesetzt werden. Das, was wir sehr gern übernehmen würden - das habe ich eben gesagt -, wäre natürlich die Frage der Arbeitsplätze, die Herr Breite und Herr Struwe dankenswerterweise noch einmal ins Gedächtnis gerufen haben.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Jedoch steckt das genau in dem Begriff drin. Damit wir das klar haben, sonst müssten wir gegeneinander abstimmen. Das ist einfach eine Frage. Man muss sich als Antragsteller festlegen, damit wir jetzt wissen, wie wir abzustimmen haben.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Das klang ja gerade sehr deutlich an, Herr Frank, dass „wirtschaftlich vertretbar“ nicht von den Linken mitgetragen wird, sondern nur die technische Voraussetzung werde mitgetragen; der zweite Halbsatz nicht.

(Ulrich Weisenstein [Die Linke.]: Genau!)

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Dann werden wir getrennt abstimmen müssen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Okay. Vielen Dank trotzdem, Herr Frank. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Die sehe ich nicht.

(Zuruf von der CDU: Hier sind noch ein paar Fragezeichen!)

- Fragezeichen oder Wortmeldungen?

Michael Weisenstein (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin, ist es denn möglich, dass wir vielleicht zwei bis drei Minuten Beratungspause haben, also nicht weglaufen - so lange werden wir nicht brauchen -, aber zwei bis drei Minuten?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Ja. - Herr Steinkamp wollte, glaube ich, noch etwas dazu erklären, Herr Weisenstein. Wenn Sie einen Moment noch warten würden, Kolleginnen und Kollegen. - Bitte schön, Herr Steinkamp.

Dr. Dieter Steinkamp (RheinEnergie): Ich werde jetzt, was die genaue Formulierung angeht, keinen Beitrag leisten. Mir ist nur wichtig: Natürlich ist die Müllverbrennungsanlage mit Strom- und Wärmelieferung Teil der gesamten Einsatzoptimierung am Standort. Die Wärmeauskopplung aus der Müllverbrennung ist aber von der Temperatur her nicht hoch genug, um die Industrie zu versorgen, und sie ist nicht gesichert, weil wir schwankenden Output haben. Das haben wir natürlich im Kontext im Blick.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Okay. Schönen Dank, Herr Steinkamp. - Dann machen wir jetzt zwei Minuten Pause. Danke schön.

(kurze Unterbrechung
von 18.56 bis 18.59 Uhr)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich darf Sie darum bitten, Platz zu nehmen. Wir können jetzt über den ursprünglichen Antrag abstimmen, und zwar in der geänderten Fassung, wie eben schon vorgetragen. Ich sage es aber noch einmal.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, wir haben eine andere Fassung! Deswegen haben wir uns gemeldet.)

Ach so, okay. - Dann Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Alle Antragsteller - ich nenne sie sicherheitshalber noch einmal -, die Ursprungsantragsteller SPD, CDU und Grüne sowie zusätzlich Die Linke. und die FDP, einigen sich auf einen gemeinsamen Text. Der gemeinsame Text ist der vorliegende Ursprungsantrag von SPD, CDU und Grüne, jedoch mit einer Ergänzung in Ziffer 2, die wie folgt im Text lautet:

... negativ verlaufen sollten, soweit technisch machbar, ökologisch sinnvoll und wirtschaftlich vertretbar, wird RheinEnergie aufgefordert, unverzüglich ...

Das ist der Textzeitschub. Darauf haben wir uns verständigt, somit wäre das dann gemeinsamer Antrag von allen Genannten.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Dann versuchen wir es jetzt noch einmal. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lasse jetzt über den Antrag so abstimmen, wie gerade von Herrn Frank vorgetragen. Es sind dabei die SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke. in geänderter Form Ziffer 2. Ich darf verlesen:

Für den Fall, dass diese Untersuchungen negativ verlaufen sollten,

- jetzt kommt der Einschub -

soweit technisch machbar, wirtschaftlich vertretbar und ökologisch sinnvoll ...

(Jörg Detjen [Die Linke.]: „Ökologisch“ vor „wirtschaftlich“, aber egal!)

Darüber streite ich jetzt nicht mehr. Inhaltlich ist alles drin, was vorgegeben war.

Über diesen Antrag lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist gegen die vorgetragene Fassung? - Da sehe ich niemanden, der sich dazu meldet. Gibt es Enthaltungen? - Auch keine Enthaltungen. Dann ist dieser Antrag 3.1.4 in dieser Fassung, wie vorgetragen, angenommen. - Herzlichen Dank.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der Gruppe Piraten betreffend „Köln wird korporatives Mitglied bei Transparency International“ AN/0507/2017

Herr Hegenbarth für die Piraten. - Bitte schön.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg vielleicht - verzeihen Sie mir das - ein Wort, weil Sie, Frau Hoyer, mich vorhin direkt angesprochen haben. Ich glaube Ihnen persönlich das natürlich in der Form, wie Sie das gesagt haben, aber das, was Ulrich Breite - er ist jetzt leider nicht da - vorhin gesagt hat, bestätigt doch genau das, was ich vorhin gesagt habe, wofür eure Politik steht. Das war es dann auch mit dem FDP-Bashing an der Stelle. - Danke.

Ich komme in einer Rede über Transparency International leider nicht darum herum, kurz über das Wort „Klüngel“ zu sprechen.

„Nehmt mich auf in Euren Klüngel!“, das sagte Kurt Rossa in seiner Antrittsrede als Oberstadtdirektor 1977 hier am gleichen Ort. - Ja, Herr Dr. Keller, das waren noch Zeiten. Ich glaube kaum, dass Sie sich das als Nachnachfolger heute so hätten vorstellen können.

Der Rat und die Stadt Köln waren damals übrigens begeistert. Da nehme ich Kurt Rossa wegen seiner durchaus selbstironischen und selbstkritischen Art im Umgang mit diesem Wort zu jener Zeit in Schutz.

Frank Überall definierte „Klüngel“ schon ganz clever vor Jahren in einem seiner Bücher in drei Stufen:

Erstens. Situative Kooperation.

Zweitens. Netzwerke - also so etwas wie Social Media, „Netties“, lokale Facebook-Gruppen, die gehören auch dazu.

Drittens. Korruption.

An dieser dritten Stelle „Korruption“ setzt unser Antrag ein. Wir wollen, dass Köln kooperatives Mitglied bei Transparency International wird.

Zitat:

Der Zweck des gemeinnützig tätigen Idealvereins ist die weltweite Bekämpfung von Korruption sowie die Prävention von Straftaten, die mit Korruption im Zusammenhang stehen.

So kurz und knapp steht es in Wikipedia.

Bei Transparency International stehen eben nicht wie so oft die spektakulären Einzelfälle im Vordergrund. Ich hoffe in der Redefolge auf keine populistischen Trittbrettfahrer, die meinen, aktuelle oder vergangene Fälle uns hier präsentieren zu müssen.

Uns und Transparency International geht es um viel mehr: um grundsätzliche Schwachstellen in Gesetzen, grundsätzliche Fehler in Institutionen oder Systemen und wie man diese aufdeckt und für Reformen sorgt durch sachlichen Diskurs und hartnäckige Arbeit - was ich persönlich ausgesprochen sympathisch finde.

Die Umsetzung muss natürlich kontrolliert werden, und die Nichtbeachtung von Regeln muss Konsequenzen haben. Diese Regeln sind gar nicht so unübersichtlich.

Die Selbstverpflichtungserklärung für Kommunen als kooperative Mitglieder von Transparency International zählt auf:

Erstens. Klares und sichtbares Bekenntnis von Rat und Verwaltungsleitung. - Das sollte einfach sein.

Zweitens. Vorbildverhalten der Führungskräfte im Umgang mit Interessenkonflikten. - Okay, das sollte eigentlich auch gehen.

Drittens. Die Minimierung des Korruptionsrisikos in allen Fachbereichen durch präventive Organisationsmaßnahmen bei Zuständigkeiten, Befugnissen, Berichtspflichten, Auswahl von Mitarbeitern, Führungskräften und - das ist uns besonders wichtig - beauftragten Gutachtern und Unternehmen.

Viertens. Alle Fachbereiche umfassende Kontrollen, insbesondere von korruptionsgefährdenden Verwaltungs- und Geschäftsprozessen. - Auch das sollte gehen.

Fünftens. Die umfassende Aufklärung und Schulung sowie Verpflichtung der in unserem Auftrag tätigen Gutachter und Unternehmen.

Sechstens. Die gezielte Unterstützung der Aufdeckung und Vermeidung von Verstößen durch Hinweisgebersysteme.

Siebtens - letzter Punkt. Das konsequente Einschreiten in Verdachtsfällen und Sanktionieren von Verstößen durch rechtliche und disziplinarische Maßnahmen.

Halle, Leipzig, Hilden und - eine unserer Lieblingsnachbarstädte - Bonn sowie viele Unternehmen und Organisationen, zum Beispiel die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Eschborn, die Deutsche Lufthansa AG, Frankfurt am Main, das Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, Kiel, die Bundesagentur für Arbeit und Nürnberg haben diese Selbstverpflichtungserklärung bereits unter-

zeichnet. Wir würden uns darüber freuen, wenn auch Köln hier mit aufgeführt werden kann und das eben nicht durch ein „Wir haben das doch alles schon irgendwie geregelt“ weggebügelt wird.

Transparency International ist ein unabhängiger, neutraler und hartnäckiger Mahner im Kampf gegen die Korruption. Uns würde es gut stehen, sie an unserer Seite zu haben und so ganz nebenbei den Begriff „Kölscher Klüngel“ weiter ein Stück zu entdämonisieren. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Piraten)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD):
Schönen Dank, Herr Hegenbarth. - Ich erteile jetzt Herrn Hemsing das Wort, bitte.

Hans-Jochen Hemsing (Rechnungsprüfungsamt): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema „Korruptionsprävention“ ist ein wesentliches Thema meines Amtes, nämlich des Amtes des Rates der Stadt Köln, und wir beschäftigen uns seit circa 15 Jahren mit diesem Thema.

Auch wenn Sie gesagt haben, das sollte nicht weggebügelt werden, muss ich doch darauf hinweisen, dass der Rat schon vor 15 Jahren einen Maßnahmenkatalog beschlossen hat aufgrund schlechter Erfahrungen, die die Stadt mit diesem Thema gemacht hat. Wir hatten nämlich Korruption, und wir wollten zukünftig nicht mehr korrupt sein und haben deswegen einen Maßnahmenkatalog beschlossen und umgesetzt in der Verwaltung, der, glaube ich, auch beispielgebend in den letzten 15 Jahren war.

Mit Transparency International haben wir bisher nur sehr wenig Kontakt gehabt als RPA. Unsere Kontakte beschränken sich im Prinzip auf den Deutschen Städtetag, auf das Landeskriminalamt oder auch auf andere Strafverfolgungsbehörden. Da findet unser Austausch statt.

Trotzdem kann natürlich auch eine Mitgliedschaft bei Transparency International möglich sein. Das schließe ich nicht aus.

Ich glaube auch, dass die Kriterien, die Sie gerade genannt haben, durchaus von der Stadt erfüllt werden. Man müsste sich das jedoch sicherlich einmal genauer anschauen, ob das in allen Facetten so der Fall ist. Ansonsten müsste sich die Stadt selbst verpflichten, diese dann auch noch umzusetzen.

Ich würde dafür plädieren, sich das noch einmal genauer anzusehen und dann zu entscheiden, ob man Mitglied werden will oder nicht. - Danke.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön, Herr Hemsing. - Herr Detjen, bitte.

Jörg Detjen (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Hemsing, vielen Dank für Ihren Beitrag.

Herr Hemsing ist der einzige Amtsleiter, den wir selbst wählen können. Es ist sozusagen unser Amtsleiter vom Rechnungsprüfungsamt. Das ist unser Amt. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen.

Lieber Kollege Hegenbarth, auf Grundlage der Anregung von Herrn Hemsing muss man sagen, dass dies keine Ablehnung ist, sondern dass er versucht, das im Kontext von verschiedenen anderen Sachen darzustellen.

Die großen Parteien im Rat der Stadt Köln, für die ich jetzt spreche, wären dafür, diesen Antrag in den Rechnungsprüfungsausschuss, in den AVR und in den Finanzausschuss zu verweisen, sodass wir das noch einmal in Ruhe und komplex diskutieren können und diesen Weg dann auch gehen können.

Frau Klug ist auch Mitglied dieser Vereinigung. Insofern werden Sie da auch noch einmal einen Fürsprecher haben. Deswegen der Vorschlag, dass in die Ausschüsse zu verweisen. Es wäre schön, Herr Hegenbarth, wenn Sie dem zustimmen könnten. Ich glaube, dass wir uns im Rechnungsprüfungsausschuss - dafür kann ich sprechen - auf jeden Fall intensiv mit dem Thema beschäftigen können. Es wäre schön, wenn Sie dann auch zu dem Tagesordnungspunkt kommen können. - Danke schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Detjen, für diesen Vorschlag. Ich sehe schon Zustimmung, beantrage jetzt dennoch die Abstimmung.

Wer gegen den Verweisungsantrag in den Finanzausschuss, RPA und AVR ist, der möge sich jetzt bitte melden. - Ich sehe niemanden. Wer enthält sich? - Dann ist das somit erledigt. Der Verweisungsantrag steht fest. Damit hat sich der Antrag - wie vorhin erwähnt - erledigt.

Wir kommen zu

3.1.6 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Neugestaltung der westlichen Domumgebung“ AN/0509/2017

Dazu erteile ich das Wort an Herrn Frenzel bitte.

Michael Frenzel (SPD): Vielen Dank, Frau Bürgermeisterin Scho-Antwerpes.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Ihnen kurz unseren Antrag vorstellen, den wir als SPD Ihnen hier vorgelegt haben.

Unsere Oberbürgermeisterin, Frau Reker, hat vor etwa drei Stunden gesagt: Wir sind Domstadt. Köln ist die Domstadt. Das zeigt auch die Identifikation der Bürger dieser Stadt mit einer der großartigsten Kathedralen in Europa.

Ich weiß, dass das nicht bei allen so ist. Der eine oder andere kann mit dem Dom nichts anfangen. Sogar ein Ehrenbürger der Stadt Köln, der inzwischen verstorbene Heinrich Böll, mochte den Dom überhaupt nicht und hat sich immer sehr despektierlich über dieses aus seiner Sicht preußische Machtsymbol geäußert. Ich glaube aber, die meisten Kölner mögen den Dom sehr gern. Nichtsdestotrotz müssen wir heute alle, glaube ich, konstatieren, dass mit dem Dom - wie der Kölner das ganz gern macht - nicht adäquat umgegangen wird.

Das betrifft insbesondere die direkte Umgebung des Doms. Wenn man Touristen dorthin gehen sieht, dann machen Sie beispielsweise gern Fotos von der Kreuzblume. Wenn man aber ein Stück weiter weggeht, beispielsweise in die Straße Burgmauer, dann merkt man auf einmal, dass man in einem Raum ist, von dem man gar nicht denken würde, dass er in der Nähe eines so großartigen Gebäudes ist.

Frau Dr. Schock-Werner, die ehemalige Dombaumeisterin, die auch uns als sachkundige Einwohnerin im Stadtentwicklungsausschuss berät, hat einmal gesagt: Direkt in der Umgebung des Doms, am Dom-Parkhaus, wird das antike Erbe Kölns mit Füßen getreten.

(Zuruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

In der Tat ist das so. Wenn man eine der eindrucksvollsten Reste der antiken Stadtmauer dieser 2.000 Jahre alten Stadt betrachten möchte, dann muss man sich zunächst durch einen Haufen von Fahrrädern durcharbeiten. Hinter ei-

ner Blechtür in einem Parkhaus ist dieses großartige Erbe versteckt.

Ich war vor zwei Jahren in Straßburg, als die 1.000-Jahrfeier der Kathedrale von Straßburg mit einem wunderbaren Fest gefeiert wurde. Da konnte man sich vor dem Portal in zahlreiche Straßencafés setzen. Wenn ich das mit dem vergleiche, was wir am Fuße des Doms, rund um den Kardinal-Höfner-Platz und an der Straße Burgmauer feststellen, dann muss ich sagen: Es ist sehr schade, wie wenig wir in Köln aus diesem enormen Potenzial machen.

Wir haben mit Unterstützung von Frau Dr. Schock-Werner auch einen Vororttermin wahrgenommen, um uns die ganze Gegend einmal anzusehen. Es gab aus der Bezirksvertretung verschiedene Initiativen, den ganzen Raum barrierefreier zu gestalten. Wir hatten die Konflikte im Bereich des Domgässchens mit den Fahrradfahrern, die dort durchrauschen, die gleichzeitig auch noch barrierefreier Zugang zur Domplatte sein soll. Wir haben versucht, in diesem Vororttermin einmal zu überlegen: Was könnte man tun, um diesen Platz attraktiv zu gestalten? Sie finden das sehr schön und sehr übersichtlich aufgelistet in unserem Antrag.

Ich möchte noch einmal an die Worte des Dombaumeisters Peter Füssenich erinnern, der kürzlich sagte, dass der Dom als Gesamtkunstwerk von höchster Kraft und Qualität im öffentlichen Raum stehe, doch wenn sich der Besucher umdrehe, entdecke er eine zufällige Versammlung von Treppen, Schildern, Pollern, Fahrradständern, Mülleimern usw., den kaum noch ins Auge fallenden Taubenbrunnen, die Kreuzblume, die Bimmelbahn usw.

Das sind genau die neuralgischen Punkte, die wir mit unserem Antrag aufgegriffen haben. Wir meinen, die Domumgebung verdient mehr Strahlkraft. Sie verdient mehr Qualität im Stadtbild, mehr Aufenthaltsqualität, weniger Barrieren und mehr Respekt gegenüber dem historischen Erbe.

In diesem Sinne möchte ich Sie darum bitten, unseren Antrag zu unterstützen, um hier einen Auftakt zu geben, dass der Rat der Stadt Köln diese Situation anpackt und die Domumgebung attraktiv gestaltet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Frenzel. - Ich darf dem Beigeordneten Höing jetzt das Wort erteilen. Bitte.

Franz-Josef Höing (Dezernat Stadtentwicklung, Planen und Bauen): Sehr geehrte Bürgermeisterin Frau Scho-Antwerpes! Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Frenzel! Wir mögen den Dom auch ziemlich gern. Wir haben, glaube ich, alles an Fotos gemacht, die dort zu machen sind. Wir haben uns, glaube ich, unendlich oft umgedreht in diesen Räumen. Uns ist das alles bekannt.

Ihr Antrag hat ein bisschen etwas von einem Protokoll unseres Lenkungsausschusses „Masterplan“, -

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der FDP)

- in dem wir just vorgestern noch einmal gemeinsam geschaut haben, wie weit es mit der Via Culturalis gediehen ist, in dem wir just vorgestern gesehen haben, dass wir das - nicht nur vom Südportal des Domes nach Süden gedacht bis zu Sankt Maria im Capitol - sehr weit jetzt auch planerisch durchdrungen haben, sondern dass es ganz bewusst auch die Aussage in den bislang vorliegenden Plänen gibt, das nach Norden weiterzudenken.

Wir haben just vorgestern vorgestellt, welche Ideen es dazu gibt, und nicht nur Ideen, sondern auch konkrete Planungen, wie wir jetzt auch durch den Tunnel Johannisstraßen den Breslauer Platz erreichen können. Wir haben zum Breslauer Platz selbst sehr intensiv schon in einem ersten Aufschlag Eckpunkte definiert, in welche Richtung sich dieser Raum auch stadtentwicklungspolitisch weiterentwickeln soll.

Wir haben gemeinsam über eine Perspektive der Marzellenstraße diskutiert. Wir diskutieren als Verwaltung auch eng mit den Eigentümern und Anrainern der Marzellenstraße, das Hotel Excelsior vorn an: Gibt es die Chance, dort eine Immobilien- und Standortgemeinschaft zu arrangieren und zu organisieren? Schaffen wir das möglicherweise bis zum Marzelltunnel, die Verknüpfung zum Eigelstein hinzubekommen?

Wir diskutieren sehr intensiv die Frage: Welche Rolle hat die Komödienstraße als Trittstein Richtung heutigem Standort Stadtmuseum? Wir haben erste Skizzen dazu gemacht, dass der Grünanteil in diesem Raum deutlich vergrößert

wird. Heute ist das ein linearer Abstellplatz für Autos und Busse.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Pfui!)

Dieser Raum könnte eine ganz andere Aufenthaltsqualität haben.

Wir diskutieren im Lenkungsausschuss zum Masterplan intensiv darüber, eine neue Maßstabsebene einzuführen. Sogenannte Lupenräume haben wir definiert, zu denen die Komödienstraße zählt und in die auch die Burgmauer einbezogen ist.

Wir diskutieren das weiter bis zum Appellhofplatz, der ursprünglich ein fantastischer Platz einmal war, gefühlt unendlich weit vom Dom entfernt liegt und heute eigentlich nur noch eine von mehr oder weniger schönen Häusern gesäumte Abfahrt zu einer Tiefgarage des WDR ist.

Wir diskutieren auch über die Gürzenichstraße: Wie viele Bäume verträgt sie? Wir diskutieren das auch an vielen anderen Stellen und sozusagen an den Nahtstellen zu den angrenzenden Quartieren.

Ich möchte damit eigentlich sagen: Ich wüsste nicht, welchen Fleck wir nicht auf dem Radar hätten. Und in Teilen sind wir da planerisch sehr weit gediehen. Sie wissen, wir bekommen Bundesmittel aus diesem Programm „National wichtige Städtebauprojekte“, immerhin 5 Millionen Euro. Wir haben das im Haushalt kofinanziert.

Lange Rede, kurzer Sinn: Ich glaube, keiner kann etwas gegen diese Anliegen haben. Wir haben sie aber alle im Moment planerisch auf unseren Tischen, und wir diskutieren sie in vielerlei Runden auch gemeinsam. Insofern: Innerlich absolut d'accord, doch ich frage mich, ob man noch einmal beschließen muss, dass die Verwaltung sich in Gang setzt. Da hätte ich ein gewisses Störgefühl. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Höing. - Herr Kienitz, bitte.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Frenzel, wir haben ja heute noch andere Themen, die wir aus stadtentwicklungspolitischer Sicht auf den Weg bringen wollten, deswegen

zeige ich das nur kurz einmal hoch. Das ist eine Speisekarte von Imperia Express. Das ist ein Schnellimbiss, der unter anderem italienische, mexikanische, chinesische und indische Speisen serviert.

Jetzt fragen Sie sich: Was erzählt er für einen Blödsinn? - So kommt mir Ihr Antrag vor. So ein paar städtebauliche Beliebigkeiten und Selbstverständlichkeiten, die Sie hier formulieren, und dann gießen Sie noch in Ihrer Kleinteiligkeit zum Schluss - das ist wahrscheinlich der Lieferservice - die Bürgerbeteiligung darüber. Man fragt sich nur, warum. Ihr wisst doch alles besser; ihr schreibt da hinein, dass da irgendwelche Quader verschwinden sollen, ihr schreibt da „Barrierefreiheit“ hinein, die völlig selbstverständlich ist. - Herr Höing hat es gerade ausgeführt.

Das ist also ein Sammelsurium, was man hier irgendwie online oder per Telefon bestellen kann. Das reißt keinen vom Hocker.

Ganz ehrlich, auch, was den Umgang miteinander betrifft: Wir sitzen gestern stundenlang im Lenungskreis „Masterplan“ zusammen und diskutieren gerade darüber, wie wir noch einmal dieses Thema „Via Culturalis“ anders in der Öffentlichkeit verorten, wie wir das transportieren können, wie wir das kommunizieren können, damit das einer breiteren Öffentlichkeit Spaß macht oder dass das verstanden wird, was für eine Mystik - da zitiere ich Sie, Herr Kollege Frenzel - und welche Spannung in diesem historischen Band liegt.

Ganz ehrlich, Ihr Antrag wird seitens der Verwaltung bearbeitet und hat sich daher aus meiner Sicht erledigt. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Frau Pakulat, bitte.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Mein Dank erst einmal an Herrn Höing für die Darstellung der existierenden Beschlüsse und Vorgänge zur Domumgebung. Es ist dadurch auch sehr deutlich geworden, wie intensiv sich Rat und Verwaltung in den letzten Jahren mit dieser sehr komplexen städtebaulichen Herausforderung beschäftigt haben und wie viele Arbeitsaufträge und Konzepte es dazu schon gibt.

Nun könnte ich auch noch ein Dankeschön an die SPD anschließen, die alle Komponenten und Probleme zu diesem Thema so wunderbar zusammengefasst hat - „schön aufgelistet“, wie Herr Frenzel ganz richtig gesagt hat, und das sogar ganzheitlich. Die SPD hat jetzt das Wort „ganzheitlich“ entdeckt.

Vier Seiten Inhaltsangaben aus bereits laufenden Vorgängen und Konzepten. Wenn der Rat Fleißkärtchen zu vergeben hätte, dann hätte die SPD nun sicher eines verdient.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Allerdings fragt man sich schon, wo sich die SPD eigentlich während all dieser langen Sitzungen herumgetrieben hat, in denen über Teilaspekte der westlichen Domumgebung diskutiert worden ist. Ich bitte Sie, mit dem Thema „Komödienstraße und Reisebusse“ beschäftigen sich Ratsausschüsse und Verwaltung doch schon seit Jahren, jedenfalls sehr viel länger, als ich Mitglied in diesem Gremium bin. Im Masterplan Innenstadt ist sie zu einer der beschriebenen Lupenräume geworden. Und dann der barrierefreie Zugang zur Domplatte: Dazu gab es noch im Dezember 2016 einen Beschluss im Sozialausschuss.

Das große Rätsel bleibt: Warum weiß die SPD das alles nicht mehr? Wo war die SPD während all dieser laufenden Beratungen und Planungen, oder was hat sie eigentlich währenddessen gemacht, dass sie anscheinend nicht mitbekommen hat, was so alles in der Stadtentwicklung läuft? Oder ist es gar Absicht, dass Sie all Ihre Energie dafür verwenden, bestehende Beschlussvorlagen des Rates zu einem bestimmten Thema zusammenzufassen und mit anderen Worten oder sogar den gleichen Worten noch einmal zu beschreiben und das Ganze dann einen Antrag zu nennen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der Schule heißt so etwas „Nacherzählung“.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/ Die Grünen)

Das war dann aber Meilen entfernt von einem kreativen Aufsatz.

Liebe SPD, wir verstehen ja alle - das wurde heute auch schon öfter gesagt -, es sind Wahlkampfzeiten und ihr wollt euch mit irgendetwas profilieren.

(Peter Kron [SPD]: Erzählt mal etwas Neues, mein Gott!)

Aber könnt ihr euch nicht einmal etwas Neues ausdenken, statt unser aller Zeit damit zu verschwenden, laufende Vorgänge als eigene Ideen auszugeben und als Anträge zu deklarieren?

(Zuruf von der SPD: Würde es Ihnen was ausmachen, mal inhaltlich etwas zu sagen?)

Beschlüsse werden nicht dadurch besser oder wahrhafter, dass man sie zweimal fasst. Im Gegenteil. Wir würden unsere eigene Ratsarbeit ad absurdum führen, wenn wir so vorgehen würden.

Kurz und gut, mehr möchte ich jetzt gar nicht dazu sagen:

(Beifall und Zurufe der SPD)

Für uns hat sich der Antrag - wenn ich aber noch ausreden dürfte - durch die bereits bestehenden Beschlüsse und Konzepte erledigt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und Teilen der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Frau Pakulat. - Herr Weisenstein, bitte.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Ich mache das einmal hier vom Platz aus.

Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe antragstellende SPD-Fraktion! Ich will jetzt nicht mit solchen starken Worten wie meine Vorrednerinnen und Vorredner hier auftreten, -

(Peter Kron [SPD]: Ganz stark!)

- sondern ich möchte versuchen, die Debatte in eine konstruktive Bahn zu lenken.

Dieser Antrag hat ja den einen oder anderen sehr interessanten Aspekt, der unserer Auffassung nach auch noch einmal genau beleuchtet werden müsste. Andererseits ist doch wirklich eindeutig feststellbar, dass so ein komplexer und detaillierter Antrag für dieses Gremium nicht unbedingt geeignet ist. - Das Thema haben wir nachher noch einmal. Nachher rege ich mich auf, jetzt bin ich ganz locker.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich würde darum bitten, dass man diesen Antrag jetzt nicht direkt für erledigt erklärt, sondern dass man das, was Herr Höing soeben gesagt hat,

noch einmal in einem Vortrag im Stadtentwicklungsausschuss darlegt.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir waren doch gestern erst zusammen!)

- Ja. Dann müsste man sich überlegen: Was ist an diesem Antrag tatsächlich noch einmal so wertvoll, so wichtig, dass man ihn tatsächlich - dann allerdings im Stadtentwicklungsausschuss - bearbeiten und diskutieren kann?

Lange Rede, kurzer Sinn: Wir beantragen, diesen Antrag in den Stadtentwicklungsausschuss zu überweisen.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön. - Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Frau Bürgermeisterin, ich mache das auch direkt von hier.

Es ehrt Sie ja, Herr Weisenstein, dass Sie versuchen, der SPD noch etwas herüberzuretten, aber leider ist es eher so, wie Frau Pakulat es dargestellt hat: Das ist so ein Antrag, zu dem man sich denkt: „Herr Lehrer, ich weiß etwas!“, und dann wurde alles zusammengeschrieben, worüber wir - Herr Höing hat das dargestellt - schon häufig gesprochen haben.

Wenn man so als Anekdote hier herauszitiert: Der barrierefreie Zugang zur Domplatte und die Verlagerung der Touristenbusse von der Komödienstraße - Sie können wahrscheinlich jeden draußen fragen, auch jeden Ihrer Kollegen aus welchem Ausschuss oder welcher Bezirksvertretung auch immer -, das sind Probleme, die man besprechen muss; dafür brauchen wir keinen derartigen Antrag.

Wir haben in diesen Bereichen, was die Gestaltung der Domumgebung angeht, eben kein Beschlusdefizit, sondern wir haben ein Umsetzungsdefizit. Dafür kann noch nicht einmal die Verwaltung etwas. Es fehlt Personal, es fehlt Geld. Deswegen sind wir froh, dass wir jetzt für die Via Culturalis Mittel des Bundes bekommen haben, die wir hier einsetzen können. Ansonsten - Herr Höing hat das gesagt - sind die Ideen zahlreich, was man machen kann, aber eine solche Zusammenfassung brauchen wir hier sicherlich nicht.

Wenn es einzelne Aspekte gibt, die man noch einmal in irgendeiner Debatte verstärken kann, hat man im Stadtentwicklungsausschuss, in der

Lenkungsgruppe „Masterplan“, in der Bezirksvertretung Innenstadt ausreichend Möglichkeiten dazu, sodass wir jetzt hier die Verwaltung nicht in der weiteren Arbeit mit so einem Beschluss hemmen müssen. Deswegen halte ich ihn auch für erledigt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Sterck. - Herr Frenzel, bitte.

Michael Frenzel (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das war ja heute wieder ein tolles Schauspiel von Debattenkultur. Das sollte man sich eigentlich draußen an den Bildschirmen nicht ansehen müssen.

Sehr geehrter Herr Höing, ich habe Sie immer geschätzt für Ihre hanseatische Gelassenheit, für Ihre Beredtheit. Ich stelle nun noch eine weitere Qualität an Ihnen fest, die ich bisher so noch gar nicht kannte: Sie verkörpern auch durchaus kölsche Prinzipien. Das eine ist: Das haben wir schon immer so gemacht! Das Zweite ist: Das brauchen wir nicht! Und das Dritte ist: Was soll denn der Driss?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Und fort damit!)

- Und fort damit, ja.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, das hat er gar nicht gesagt!)

Ich bin wirklich erstaunt, Herr Höing. Wenn Sie jetzt von dieser Aufzählung sprechen - ich kann das ja verstehen, Sie haben da auch eine lange Aufzählung gegeben, Sie haben viel zu tun, und ich habe mir auch noch einmal herausgesucht, was das alles ist. Dazu gibt es ja diese Karte, die wir alle heute auf den Platz bekommen haben.

Das Interessante an dieser Karte ist: Wir reden nicht von der östlichen Domumgebung - die haben wir tatsächlich schon gemacht. Wir reden hier in diesem Antrag von der westlichen Domumgebung. Die ist genau auf der anderen Seite.

(Lachen und Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Die liegt hier auf dem Plan genau zwischen dem Punkt 1 und 6. - Alles, was die Verwaltung bereits macht, ist hier drin gut abgebildet.

(Niklas Kienitz [CDU]: Moment, wo ist jetzt Norden? - Zuruf: Immer an derselben Stelle!)

Da ist nämlich kein Punkt an der Stelle, für die wir den Antrag gestellt haben.

(Beifall bei der SPD - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Wahrscheinlich war es nicht zum Masterplan!)

Insofern, meine Herrschaften, ich wundere mich wirklich über diese Vorträge wie von Herrn Kienitz mit dem Pizzaservice. Ich gehe lieber statt mit Pizzaprospekten mit dem Masterplan herum.

(Zurufe beim Bündnis 90/Die Grünen: Oh! - Beifall bei der SPD)

So, wie der Pizzaservice sieht auch die Domumgebung westlich des Doms heute aus, Herr Kienitz. Ich muss Sie an einer Stelle korrigieren: Wir haben dazu bisher keine Beschlusslage. Wir haben - auf Seite 45 des Masterplans können Sie das nachlesen - eine Kernzone mit Via Culturalis, Via Sacra, Kulturdiagonale, Einkaufsrundgang, archäologische Zone.

Der Tunnel Johannisstraße zum Breslauer Platz ist wieder östlich, nicht westlich, wovon wir in unserem Antrag sprechen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Wo ist Norden?)

Und, Frau Pakulat, die Komödienstraße mit den Reisebussen ist tatsächlich darin, die haben wir aber der Vollständigkeit halber mit aufgenommen, weil wir denken, dass sie in unserem Konzept etwas zu suchen hat. Natürlich wissen wir das, liebe Frau Pakulat. Wir waren ja auch mit Ihnen in den Gremien. Doch so, wie Sie das dargestellt haben, dazu kann ich nur noch sagen: Es ist wirklich eine Arroganz der Macht, mit der Sie hier mittlerweile argumentieren, die sich nicht mehr inhaltlich mit Argumenten auseinandersetzt, -

(Beifall bei der SPD - Dr. Ralph Elster [CDU]: Das sagen die Richtigen hier!)

- und das ist auch etwas, was die Bürger dieser Stadt nicht mehr verstehen.

Wenn eine ehemalige Dombaumeisterin, Frau Barbara Schock-Werner, mir noch auf diesen Antrag hin schreibt: „Das ist toll“ und „findet meine volle Unterstützung“, dann kann ich mich nur darüber wundern, wie Sie sich hier aufführen.

(Zuruf von Bernd Petelkau [CDU] - Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Köln muss sein antikes Erbe, aber auch das Mittelalter und selbst die preußischen Domtürme achten.

Frau Dr. Schock-Werner hat einmal gesagt: „Das Tolle in Köln ist, dass man mit dem Fahrstuhl in die Römerzeit fahren kann“, und hat an das Buch von Rudolf Pörtner aus ihrer Jugendzeit erinnert. Ich habe das Buch auch gelesen als Jugendlicher, und ich muss sagen, ich war davon auch begeistert. Ich wusste gar nicht, wo das ist, dass das hier direkt am Rathaus ist. Viele Menschen wissen nicht, was hier für Schätze in der Erde sind. Das, glaube ich, müssen wir mit der Gestaltung des öffentlichen Raumes tatsächlich wieder vernünftig herauskehren.

Die Domumgebung - ich sage das noch einmal - verdient mehr Strahlkraft, sie verdient mehr Qualität im Stadtbild, mehr Aufenthaltsqualität, weniger Barrieren und mehr Respekt gegenüber dem historischen Erbe und auch bei den Wortbeiträgen, wenn wir darüber diskutieren. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Frenzel. - Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Vielleicht, bevor ich den Geschäftsordnungsantrag noch einmal konkret stelle, noch zwei Anmerkungen.

Das Erste ist, dass wir doch eigentlich glücklich sein sollten, Herr Frenzel, wenn sich Beigeordnete in Köln integrieren. Ich meine, wir wären für Integration.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist doch ein Lob für ihn.

Jetzt einmal ernsthaft: Alle Gegenstände, die Sie in Ihrem Antrag genannt haben, sind längst in Planungen der Verwaltung, in diversen Mitteilungen, Stellungnahmen und Vorlagen über die letzten Jahre beinhaltet. Man muss nur lesen können. Insofern ist das, was Sie machen, ein Plagiat. Nicht mehr und nicht weniger.

(Niklas Kienitz [CDU]: Richtig! - Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb haben die Kollegen das auch ausgeführt und kritisiert. Wir haben uns inhaltlich damit

auseinandergesetzt. Es ist auch keine Arroganz der Macht, wir leiden nicht unter Demenz -

(Lachen und Beifall bei Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen und Beifall bei der CDU)

- und müssen sozusagen ständig beschließen, was wir schon letzten Monat beschlossen haben. Weil das so ist, ist es auch angebracht, nach § 17 Abs. 1b den Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt hiermit zu beantragen. Das beantrage ich hiermit, weil es in dieser Frage keiner Beschlüsse bedarf.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Frank. - Das mit der Demenz, das möchte ich irgendwie gestrichen haben. Das passt nicht so ganz, weil man darüber keine Witze macht. Das steckt dahinter.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das sind auch keine Witze!)

- Nein, das ist auch nicht witzig.

Der Antrag auf Erledigung wurde gestellt.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Übergang zum nächsten Tagesordnungspunkt!)

- Das ist dasselbe.

Ich lasse jetzt abstimmen über die Erledigung des Antrags. Wer ist dagegen? - Das ist die SPD, das ist die Linke. Wer enthält sich? - Das sind die Freien Wähler, Herr Hegenbarth und die Piraten. Dann ist diesem Antrag auf Erledigung stattgegeben.

Dann war es das.

Dann kommen wir zu den Anfragen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Gruppe Piraten betreffend „Zusammenarbeit der Stadt mit DITIB“ AN/0257/2017

Antwort der Verwaltung vom 21.03.2017 0851/2017

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es noch Nachfragen dazu? - Das, sehe ich, ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zu

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Transferaufwendungen ‚Antirassismus-Training‘ im Haushaltsplan 2016/2017“ AN/0505/2017

Antwort der Verwaltung vom 03.04.2017 1008/2017

Dazu liegt auch die Antwort vor. Gibt es dazu noch Nachfragen? - Da sehe ich keine Wortmeldungen.

4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Kostensteigerungen bei Großprojekten“ AN/0514/2017

Die Beantwortung braucht noch etwas Zeit. Die Antwort wird daher zur nächsten Sitzung kommen. - Bitte schön.

Jörg Detjen (Die Linke.): Das ist immer eine traditionelle Anfrage. Die Fragen sind der Verwaltung bekannt, deswegen gehen wir davon aus, dass wir in der Mai-Sitzung die Antworten erhalten. Alles andere wäre nicht schön.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Detjen. - So war es auch vorgebracht.

Dann kommen wir zu

4.5 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Verzögerungen bei der Radverbindung Niehler Gürtel“ AN/0513/2017

Antwort der Verwaltung vom 03.04.2017 1053/2017

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Herr Weisenstein hat eine Nachfrage. - Bitte schön.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Frau Bürgermeisterin, ich habe tatsächlich zwei Nachfragen.

Die Verwaltung antwortet auf unsere Frage, dass die Radweg- und Fußwegplanung auf dem Niehler Gürtel im Frühjahr dieses Jahres vorliegen wird. Wir haben im Frühjahr nur eine Verkehrsausschusssitzung und eine Ratssitzung. Können wir uns denn darauf verlassen, dass tatsächlich

im Mai die Vorlage kommen wird? Denn danach ist Sommer.

Dann hätte ich noch eine Frage, und zwar wurde am 10.05. hier beschlossen, dass eine Planung für einen Rad- und Fußweg vorzulegen ist. Das Büro wurde aber erst am 15.08., also geschlagene drei Monate später, mit der Planung überhaupt erst beauftragt. Kann man das erläutern, warum drei Monate vergehen, wenn der Ratsbeschluss da ist?

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Herr Weisenstein. - Frau Abgeordnete Blome, möchten Sie die beiden Fragen jetzt beantworten?

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Sie ist Beigeordnete! - Niklas Kienitz [CDU]: Wir sind nicht im Bundestag!)

- Die Beigeordnete. Sie hat mich richtig verstanden, und sie antwortet jetzt.

Andrea Blome (Dezernat Mobilität und Verkehrsinfrastruktur): Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Weisenstein, das Frühjahr geht durchaus bis in den Juni, bis zum Sommeranfang. Damit möchte ich ausdrücken, dass die Vorlage im Mai noch nicht kommen wird.

Zu der anderen Frage: Die Verwaltung hat dazu geantwortet. Das steht darin. Darüber hinaus kann ich Ihnen nichts weiter sagen. Der Vorgang befindet sich noch in der amtsinternen Bearbeitung.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön, Frau Blome.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Warum steht „Frühjahr“ drin, wenn jetzt schon klar ist, dass es im Sommer kommt? Das ist nicht nachvollziehbar!)

Dann kommen wir zu

4.6 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Rechtsberatung OB Reker“ AN/0522/2017

Die Anfrage wird zur nächsten Ratssitzung beantwortet.

Dann kommen wir zu

4.7 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Unterhaltung und Pflege des öffentlichen Raums aus einer Hand“ AN/0526/2017

Dazu gibt es auch keine Nachfragen. Die Antwort kommt auch zur nächsten Sitzung.

4.8 Anfrage der Piraten Gruppe betreffend „Hate-Speech, Mobbing und Hasskriminalität in Köln“ AN/0529/2017

Die kurzfristig eingegangene Anfrage wird voraussichtlich zur nächsten Ratssitzung beantwortet. Gut.

Dann kommen wir zu 5.1., den Anregungen.

(Jörg Detjen (Die Linke.): 4.9! - Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie hat gesagt, es wird zur nächsten Sitzung beantwortet! - Niklas Kienitz [CDU]: Das war 4.8!)

- Entschuldigung, ich habe eine nicht aktuelle Fassung.

4.9 Anfrage der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion betreffend „Rheinboulevard - verkommt Kölns Flaniermeile zum Krawall-Brennpunkt?“ AN/0552/2017

Dann bitte ich jetzt Herrn Stadtdirektor Dr. Keller die Anfrage der Fraktionen CDU/, Bündnis 90/Die Grünen zum Rheinboulevard unter 4.9 zu beantworten.

Stadtdirektor Dr. Stephan Keller: Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Anfrage ist sehr kurzfristig gestellt worden, deshalb kann ich sie an dieser Stelle noch nicht ausführlich beantworten. Wir werden das selbstverständlich nachreichen für die nächste Sitzung.

Ich würde aber, weil gerade heute Morgen ein Abstimmungsgespräch mit der Polizei stattgefunden hat und dazu die Verwaltung auch eine Reihe von Presseanfragen im Laufe des Tages beantworten musste, Ihnen die Ergebnisse dieses Termins gern hier bekannt geben. Wir können, wie gesagt, nicht auf die Fragen im Einzelnen eingehen. Ich denke aber, die Informationen sollte die Verwaltung auch dem Rat nicht vorenthalten, weil wir, wie gesagt, sie auch im Laufe

des Tages aufgrund der vielen Anfragen an die Presse kommunizieren mussten.

Wir haben uns mit der Polizei darauf verständigt, dass wir die Präsenz in diesem Bereich massiv erhöhen werden und dass wir auch gemeinsam zwischen Polizei und Ordnungsdienst entsprechende Streifen einrichten werden. In welchen Schichtmodellen und in welcher Intensität, das wird in den nächsten wenigen Tagen noch konkretisiert werden.

Stadt und Polizei waren aber beide der Auffassung, dass wir hier sozusagen deutlich Präsenz zeigen müssen, um eine Verfestigung der Zustände, die wir dort zurzeit anzutreffen haben, zu vermeiden.

Wir werden Abfallbehälter aufstellen. Wir werden für eine ausreichende Ausleuchtungsmöglichkeit der Treppensituation sorgen und das zunächst temporär, aber mittelfristig auch über eine dauerhafte Beleuchtungsanlage. Wir werden uns um das Thema öffentliche Toiletten in diesem Bereich kümmern, weil auch das ein Problem ist, das uns von vielen Anwohnern gespiegelt worden ist, und wir werden zu guter Letzt auch als flankierende Maßnahme im Wege einer Allgemeinverfügung ein sogenanntes Shisha-Verbot an dieser Stelle verhängen.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden sozusagen an den Zugängen zum Rheinboulevard auch durch entsprechende Hinweisschilder auf die „Hausordnung“, eben darauf, was erlaubt und was nicht erlaubt ist, hinweisen.

Das ist sozusagen das Päckchen oder Paket - wie man es auch immer nennen will -, das wir heute Morgen gemeinsam geschnürt haben. Wie gesagt, die Anfrage, die schriftlich gestellt worden ist, werden wir selbstverständlich für die nächste Sitzung noch einmal ausführlich beantworten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Herzlichen Dank, Herr Stadtdirektor. - Dann gehen wir in der Tagesordnung weiter, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Neufassung der Satzung zur Verleihung des Heinrich-Böll-Preises der Stadt Köln 0593/2017

Da kann die Abstimmung wie im Kulturausschuss vollzogen werden. Sind alle damit einverstanden? - Ich sehe keine Wortmeldungen dazu. Gibt es Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist das so abgestimmt wie im Kulturausschuss.

Dann rufe ich Punkt 7 auf.

(Zuruf: Wir müssen noch einmal zurück! Die Gegenstimmen haben wir nicht abgefragt!)

- Na ja, ich habe positiv abgefragt. Da gab es keine Gegenstimmen. - Es gab keine Gegenstimmen bei 6.1.1?

(Niklas Kienitz [CDU]: Zutreffend!)

- Genau. Okay, das ist angekommen.

Ich rufe nochmals auf Tagesordnungspunkt

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für die Hj. 2016 und 2017 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltsatzung 2016 und 2017. 0373/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann nehmen wir das so zur Kenntnis.

Wir sind angekommen bei Tagesordnungspunkt

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW 2174/2016

Zu 10.1 gibt es keine Wortmeldungen. Da ist auch einstimmig zugestimmt worden von allen Seiten. Dann stimmen wir darüber ab. Gibt es Gegenstimmen? - Es gibt keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Die gibt es nicht. Dann ist 10.1 auch so positiv beschieden.

Ich rufe auf

10.2 Überörtliche Prüfung der Informationstechnik der Stadt Köln durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW

2178/2016

Da ist es genauso. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Wer ist dagegen? - Niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist auch 10.2 einstimmig angenommen.

Dann rufe ich auf

**10.3 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung zwei Jahre nach Inkrafttreten
2181/2016**

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke.

AN/0559/2017

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Plus Ergänzungsantrag!)

Dazu gibt es einen Änderungsantrag von SPD, CDU, Grüne und Linke. Dazu gibt es eine Wortmeldung -

(Zurufe: Oh nein!)

- von Herrn Weisenstein.

(Zurufe: Nein!)

Nein? - Dann nicht, okay. Dann stimmen wir über den Änderungsantrag zuerst ab.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist aber ein Ergänzungsantrag zum StEA! Das ist wichtig! Das wird angehängt! - Niklas Kienitz [CDU]: Ja, deswegen: Ergänzung!)

- Ja, richtig. Ergänzung zu StEA, Anlage 4. Ich lasse darüber abstimmen: Wer ist dagegen? - Die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Über die ursprüngliche Vorlage in der eben geänderten Fassung, Anlage 4 wie im StEA, lasse ich jetzt auch abstimmen. Wer ist dagegen? - Die FDP. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so abgestimmt.

**10.4 Geschäftsanweisung für das Finanzwesen der Stadt Köln (GAFin)
4378/2016**

Die 10.4 rufe ich auf. (Kenntnisnahme)

**10.5 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens
hier: Beschaffung von 250 Parkschein-**

automaten (PSA)

**2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes hier: Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6606-1201-0-1000 Maßnahmen zur Parkraumbewirtschaftung)
0273/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe keine. Dann lasse ich darüber abstimmen. Es war im Verkehrs- und Finanzausschuss einstimmig. Schauen wir hier: Gibt es Gegenstimmen? - Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? - Das ist die AfD. Dann ist dieser Antrag hier einstimmig zugestimmt.

**10.6 Teilnahme der Stadt Köln am kommunalen Förderprogramm „NRWeltoffen“
0655/2017**

Kollegen und Kolleginnen, gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Ich lasse darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.6 auch einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

**10.7 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017
0691/2017**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.7 einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf

**10.8 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Josef-Kallscheuer-Straße, 50999 Köln-Sürth, zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
0928/2016**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine Wortmeldungen. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist 10.8 einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf

**10.9 Fortführung Live-Streaming aus dem Rat der Stadt Köln
3494/2016**

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT

AN/0542/2017

Dazu gibt es einen Änderungsantrag der Fraktion Die Linke., der Gruppe Piraten und der Gruppe GUT. Gibt es Wortmeldungen dazu? - Ja, bitte schön, Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Wir haben heute ein lachendes und ein weinendes Auge. Wir freuen uns, dass es in Zukunft endlich - nachdem wir nun schon einige Jahre streamen - zu entscheidenden Qualitätsverbesserungen kommen wird. Wir hoffen endlich auf eine störungsfreiere Übertragung. Wir hoffen auf eine Untertitelung, die das Ganze barrierefreier macht. Wir hoffen auch auf eine bessere Verlinkung zur Tagesordnung, damit der Zuschauer sieht, wo wir eigentlich sind, wenn er den Stream betrachtet, und wir hoffen auch darauf, dass in Zukunft der Stream von der Stadt selbst deutlich besser beworben wird.

Das weinende Auge betrifft die weiterhin fehlende Archivierung des Streams. Es ist äußerst bedauerlich, dass die großen Fraktionen sich jetzt nicht darauf verständigen konnten. Das ist mir auch ein bisschen unverständlich.

Das einzige ernst zu nehmende Argument, das ich kenne, ist der Hinweis auf die Bildrechte der ehrenamtlichen Ratsmitglieder. Diese Bildrechte sind natürlich zu wahren - das ist ganz klar -, aber ich halte das Informationsbedürfnis von Kölns Bürgerinnen und Bürger für höherwertig als das Bildrecht eines einzelnen ehrenamtlichen Ratsmitglieds.

Wir haben auch heute wieder das Problem, dass die Ratssitzung an einem Werktag zu normalen Arbeits-, Büro- oder Geschäftszeiten beginnt, sodass viele Bürgerinnen und Bürger Kölns gar nicht die Gelegenheit haben, diesen Stream zu verfolgen, weil sie schlicht und einfach keine Zeit dafür haben, ihn sich anzuschauen.

Warum soll dieser Stream dann nicht in der Mediathek der Stadt Köln abrufbar sein? Die Verwaltung selbst hat dies in ihrer ursprünglichen Beschlussvorlage als Möglichkeit genannt. Es ist technisch möglich, und es ist einfach zu finanzieren. Warum machen wir das nicht? Andere Städte tun das. Das gibt es in Essen, das gibt es in Bonn, das gibt es in Wuppertal und in verschie-

denen anderen Städten auch. In Köln macht man es leider noch nicht.

Zu den Bildrechten: Ich nehme es durchaus ernst, wenn einzelne Ratsmitglieder sagen: Ich möchte nicht auf YouTube anschaubar sein. Das kann man natürlich auch weiterhin dadurch gewährleisten - so, wie es auch heute bereits gehandhabt wird -, dass man den Stream unterbrechen lässt, wenn man nicht gesehen werden möchte.

Daher haben wir unseren Änderungsantrag, der auch die Archivierung vorsieht, erneut eingebracht. Falls Sie dem heute noch nicht zustimmen können, hoffen wir, dass wir in ein oder zwei Jahren hier stehen und dann auch die Archivierung beschließen werden.

Die Archivierung hat nicht nur den großen Vorteil, dass Kölns Bürgerinnen und Bürger sich dann den Stream anschauen können, wenn sie Zeit haben, und gezielt den Tagesordnungspunkt auswählen können, der sie interessiert, sondern er ist zugleich eine ganz hervorragende Informationsquelle für den Rat selbst. Er ist auch eine gute Informationsquelle für die Presse, indem man einfach noch einmal nachschauen kann, was der- oder diejenige eigentlich wirklich gesagt hat. Denn wir wissen, dass wir auf die Wortprotokolle manchmal Wochen warten müssen und erst dann nachlesen können, was hier wirklich gesprochen wurde.

Die Archivierung ist ein technisch sehr einfach und sehr günstig zu habendes Plus, das uns bei der Berichterstattung über unsere Arbeit hier noch fehlt. Bitte stimmen Sie am besten heute schon unserem Änderungsantrag zu oder tun Sie das in der nächsten Runde in ein oder zwei Jahren. - Vielen Dank.

(Beifall bei Gute Wählergruppe Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Herr Zimmermann, herzlichen Dank. - Herr Richter, sind Sie damit einverstanden, wenn zuerst Frau Tokyürek von den Linken spricht?

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Vielen Dank. - Bitte schön.

Güldane Tokyürek (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Thor Zimmermann hat ja einiges schon vorweggenommen. Bevor es jetzt Überraschungen gibt,

warum wir diesen Antrag gestellt haben: Die Piraten und wir haben schon im AVR angekündigt, dass wir diesen Antrag stellen werden, da er uns ein besonderes Anliegen ist. Denn, meine Damen und Herren, diejenigen, die sich mehr Transparenz der Ratsarbeit gewünscht haben, werden enttäuscht sein über den Änderungsantrag der Fraktionen, der im AVR beschlossen worden ist, da die Beiträge nicht gespeichert, sondern nur live abrufbar sein werden. Die Idee, sich entlang der Tagesordnung des Rates gezielt die Reden anzuschauen, ist also vom Tisch.

Da die Ratsdebatten in ihrer zeitlichen Ausdehnung schwer zu kalkulieren sind, wird ein gezieltes Einschalten zum Thema kaum möglich sein. Das sehen Sie ja heute. Wir haben es fünf vor acht, und wir sind bei den 10er-Punkten angekommen. Ich glaube, man kann niemandem zumuten, dass er sich diese Stadtratssitzung bis zum Ende anhört. Wir werden wahrscheinlich bis Mitternacht hier sitzen. Insofern ist das sehr bedauerlich, dass diese Archivierung nicht kommen wird.

So viel zu dem Thema, Bürgerinnen und Bürger für die kommunalpolitische Arbeit in der Stadt Köln zu interessieren sowie mehr Transparenz über die parlamentarischen Prozesse zu schaffen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist gut, dass es einen Live-Stream gibt. Es ist gut, dass technische Verbesserungen von allen Fraktionen gefordert werden. Denn es ist richtig, dass das Verhalten der politischen Fraktionen und die Arbeit der Ratsmitglieder über einen Live-Stream besser verfolgt, verstanden und bewertet werden können.

Allerdings sehen wir die Archivierung dabei als einen zentralen Punkt an. Der Antrag beschränkt die Archivierung auf circa sechs Wochen. Das bedeutet, dass lediglich bis zur nächsten Ratsitzung archiviert wird.

Die sehr guten Argumente für die Archivierung möchte ich Ihnen selbstverständlich nicht vorenthalten und bitte Sie darum, sich diese genau anzuhören.

Erstens. Die Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, sich dann zu informieren, wenn sie Zeit haben, da viele von ihnen um diese Uhrzeit - wir haben um 15.30 Uhr begonnen - arbeiten und nicht die Gelegenheit dazu haben, sich den Stream anzuschauen.

Vergessen Sie auch nicht - das hat Thor Zimmermann bereits gesagt -, dass wir nachmittags beginnen. Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist es um diese Zeit gar nicht möglich.

Zweitens. Den Bürgerinnen und Bürgern ist es nicht zuzumuten, sich die vollständige Ratssitzung anzuschauen, um sich über ein bestimmtes Thema zu informieren. Die nach Tagesordnungspunkten sortierte Archivierung würde den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, sich gezielt über bestimmte Themen zu informieren. Zudem wäre es zeitsparend und somit für mehr Beteiligung förderlich. Wir möchten ja, dass sich die Menschen beteiligen. Das heißt, wir sind für mehr Bürgerbeteiligung. Ein Live-Stream kann das gut annehmen, und auch eine Archivierung sorgt dafür, dass sich die Menschen die Informationen schnell beschaffen können.

Drittens. Es gibt Themen, die für Bürgerinnen und Bürger von Interesse sind, allerdings in der Berichterstattung wenig oder kaum Erwähnung finden. Es ist auch kaum möglich, alle Themen irgendwo in der Berichterstattung zu finden.

Im Sinne der Transparenz und eines umfassenden Informationsflusses sollten diese scheinbar weniger interessanten Themen zur Verfügung gestellt werden.

Es wird immer wieder vorgebracht, dass Wortprotokolle zur Verfügung stehen. Dabei wird aber verkannt, dass es unglaublich lange dauert, bis diese vorliegen, und dass das für den Bürger und für die Bürgerin einen erheblich größeren Zeitaufwand bedeutet als das schnelle Abrufen der entsprechend archivierten Beiträge.

Ich habe mir die Seite des Stadtrats Essen angeschaut. Ich empfehle Ihnen allen, das auch zu tun. Sie ist einfach in der Handhabung, und die Informationen können schnell beschafft werden. Man kann sich diejenigen Tagesordnungspunkte anschauen, die einen interessieren.

Zu guter Letzt müssen Sie sich auch fragen, was politische Partizipation bedeutet. Das bedeutet: eigene Teilnahme - eben auf der Tribüne oder durch einen Live-Stream -, und schließlich sollte auch durch ein Archiv diese Beteiligung ermöglicht werden. Mit weniger sollten wir uns nicht mehr zufrieden geben.

Deswegen bitten wir darum, unserem Antrag zu folgen und diese Archivierung dann wirklich auch umzusetzen. - Danke schön.

(Beifall von Die Linke.)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Vielen Dank, Frau Tokyürek. - Herr Krupp, bitte.

Gerrit Krupp (SPD): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich mache es schnell vom Platz aus. Allen, die jetzt am Live-Stream sitzen, sei gesagt: Ich mache das nicht, weil ich mein Gesicht nicht zeigen will - das Aussehen ist solide, die Rhetorik okay -, das ist nicht der Grund, sondern ich tue das, um die Sache hier zu beschleunigen.

Ich kann die Position der SPD nur wie folgt zusammenfassen: Wir sind uns völlig bewusst und halten es auch für gut, dass wir den Live-Stream haben und es keinen Weg zurück gibt. Insofern ist es auch vollkommen in Ordnung, das technisch zu verbessern und zu attraktivieren.

Die Frage der Aufzeichnung ist aber eine, die wir hier in einem gewissen Konsens lösen müssen. Es mag Personen geben - in allen Fraktionen -, die weniger Probleme mit einer Aufzeichnung haben, und es mag Personen geben, die vielleicht mehr Probleme mit einer Aufzeichnung haben. Es muss auch noch einmal betont werden: Hier sitzen Ehrenamtler, die sich im Zweifel auch für ihren Auftritt im Internet verantworten müssen. Wir glauben, dass das nicht allen Ehrenamtler hier zuzumuten ist. Wir bekommen auch die Rückmeldung von den Kolleginnen und Kollegen, dass sie das scheuen. Daher kommt es einfach bei so einer Sache, die konsensual beschlossen werden muss, darauf an, dass wir uns auf den Nenner einigen, auf den wir uns einigen können.

Der Nenner, auf den wir uns einigen können, ist: Es gibt einen Live-Stream. Wer verhindert ist und nicht auf der Zuschauertribüne sitzen kann, kann dort hineinschauen, kann sofort sehen, was los ist, jeder kann nachlesen, was hier gesagt wurde, niemand kann verbergen, was hier gesagt wird. Es wird hier öffentlich verhandelt. Das ist auch völlig in Ordnung und richtig so in einer Demokratie. Nichtsdestotrotz muss jeder für sich selbst entscheiden, wie er auftritt und ob man sich sein Leben lang mit einem Video sozusagen karikieren lassen will. Solange hier im Rat eine Mehrheit sagt: „Lasst uns das bitte auf einer Ebene halten, auf der Ehrenamtler vernünftig arbeiten können“, solange werden wir uns auch daran orientieren.

Deswegen glauben wir, zu diesem Zeitpunkt ist es nicht gerechtfertigt, eine Aufzeichnung einzuführen. Das mag in einigen Jahren vielleicht anders sein. Möglicherweise herrschen dann hier

andere Verhältnisse, andere Mehrheiten oder andere Meinungen, vielleicht auch andere Mandatsträger. Aber momentan ist das so.

Das hat nichts damit zu tun, dass wir Transparenz scheuen - ganz im Gegenteil -, sondern es hat etwas damit zu tun, dass wir auf ehrenamtliche Mandatsträger Rücksicht nehmen müssen, die das hier neben ihrem Beruf tun und im Zweifel sich nicht durch den Kakao ziehen lassen wollen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Krupp. - Herr Richter, bitte.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Bürgermeisterin! Liebe Kollegen! Ich mache es wegen der Schnelligkeit auch vom Platz aus.

Bei der Archivierung geht es um den Punkt, den Herr Krupp sagte: Lieber Thor Zimmermann, lieber Thomas Hegenbarth, ihr seid Berufspolitiker geworden; im Laufe eurer Ratstätigkeit habt ihr das Konstrukt gemacht. Bitte beachtet aber auch, dass in allen Fraktionen Ehrenamtler sitzen, -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir sind Ehrenamtler!)

- die auch berufstätig sind, die auch leitende Funktionen haben können. Wenn sie immer überlegen müssten - da es für sechs Wochen aufgezeichnet wird -, was sie im Rat sagen, und vielleicht immer die Schere im Kopf hätten, ob das zu ihrem Beruf passt, wäre das ein zu hoher Anspruch für die ehrenamtliche Struktur.

Es gibt natürlich auch gute Argumente dafür, die Thor Zimmermann und Güldane genannt haben. In der Abwägung aber, dass wir im Ehrenamt sind und noch ein anderes Hauptleben, gleich Beruf, haben, haben wir uns dazu entschieden, einer Archivierung nicht zuzustimmen.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Beruf, Freunde, Familie!)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Richter. - Herr Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch ich spreche vom Platz aus.

Ich möchte jetzt auch nicht mehr viel hinzufügen, da meine beiden Kollegen vor mir die wesentlichen Punkte genannt haben.

Es gibt eine wichtige Sache, die man der Ehrlichkeit halber noch sagen muss, und das ist die Tatsache, dass wir ein hervorragendes Ratsinformationssystem haben. Das Einzige, was daran noch zu verbessern ist - das kann der neue Stadtdirektor noch nicht wissen -, ist die Suchfunktion. Wir reden seit einigen Jahren mit der Verwaltung, insbesondere mit Ihrem Vorgänger, über die Suchfunktion, die definitiv optimiert werden muss. Herr Frank und ich mahnen das in jedem Unterausschuss Digitales, Kommunikation und Organisation immer wieder an. Das ist definitiv zu verbessern - dann kann man die Informationen, die hier im Rat diskutiert werden, wunderbar im Vorfeld lesen, man kann sie bewerten, wenn die Ratssitzungen durchgeführt worden sind, und man kann nachlesen, was und wie die einzelnen Fraktionen abgestimmt haben.

Wir hatten dafür heute den wunderbaren Beweis, angetreten von Ulli Breite zu einem Tagesordnungspunkt: Er hat bis 2004 zurück recherchiert und hat ganz transparent gemacht, wer hier wann was gesagt und wie abgestimmt hat. Ich glaube, wir müssen uns jetzt hier nicht noch weiter bewegen. Wir sind im Augenblick an einem sehr guten Punkt angekommen. Viele andere Städte sind längst nicht so weit. Es hat ja auch nicht jede Stadt ein Live-Streaming. Ich glaube, wir haben so viele Angebote im Internet, dass alle Bürgerinnen und Bürger, wenn sie sich über unsere Arbeit informieren wollen, ganz gut bedient werden.

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Elster. - Herr Hegenbarth als Nächster.

(Zuruf: Herr Breitel!)

Er ist leider nicht angemeldet, aber danach so fort.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Es ist amüsant, dass wir kleinen Piraten und die Guten Wähler als Berufspolitiker hier stehen. Das ist wirklich lustig vor dem Hintergrund, wer hier wirklich in den großen Fraktionen ist und die bezahlten Mitglieder hat.

Das ist wirklich lustig. Aber das kann ich hier gleich einmal sagen: Bei allem Respekt, wir haben hier 90 Ratsmitglieder, und wir sind jetzt die 1,1-Millionen-Stadt in Köln. Ich könnte das verstehen, wenn wir hier im Stadtrat von Bad Honnef wären. Bad Honnef kenne ich gut.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]:
Keine Beleidigung von Bad Honnef!)

Da ist das ein absolut relevantes Argument, aber doch bitte nicht hier! Es gibt Bundesländer, die sind kleiner als die Stadt Köln. Ich denke, da lassen sich schon 90 Leute finden, die durchaus keine Angst davor haben, für diejenigen, für die sie gewählt worden sind, auch einmal an die Öffentlichkeit zu treten, unter Umständen auch sechs Wochen lang. Lieber Herr Krupp, das hast du vielleicht vergessen, wir haben nämlich hier eine temporäre Aufzeichnung. Darum geht es. Die wird nach sechs Wochen gelöscht. Das ist bereits die goldene Brücke, die wir bauen. Wir sagen: Okay, damit können wir zur Not leben. Insofern besteht an dieser Stelle ein Kompromiss.

Ich sehe leider auch nicht, dass wir heute hier zu einer Mehrheit kommen, aber immerhin habe ich die Hoffnung, dass wir vielleicht in einem Jahr oder in zwei Jahren noch einmal anders darüber reden werden. - Danke.

(Beifall bei den Piraten und bei der Guten Wählergruppe Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön, Herr Hegenbarth. - Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Frau Bürgermeisterin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion wurde im AVR schon geführt. Wir sollten dabei nicht vergessen, dass wir jetzt mit dem, was wir beschlossen haben, große Fortschritte machen. Daher sollten wir es auch erst einmal gutheißen, dass wir das tun.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU])

Zum Beispiel wird demnächst möglich sein, zu sehen, dass ich hier stehe. Das ist zum Beispiel ein Fortschritt, wie andere Sachen auch.

(Michael Frenzel [SPD]: Das kennt keine Grenzen! - Zuruf von der SPD: Wer will denn das?)

- Wer will das? Ja, das weiß ich auch nicht. Da hast du recht.

Ich habe nicht das Selbstbewusstsein wie Herr Krupp, der hier so aufgetreten ist.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber das hat noch nicht geklappt. Auch ich bin der Meinung: Schauen wir einmal auf die nächsten Jahre, was die Entwicklung bringt.

Ich möchte an die Geschichte erinnern: Es war, glaube ich, noch bis in den 70er-Jahren so, dass alle Ratsausschüsse nichtöffentlich getagt haben. Das hat man später erst geöffnet. Daher bin ich sehr optimistisch, dass wir das in Zukunft noch einmal schaffen werden. Doch lassen Sie uns zunächst einmal über das freuen, was wir erreicht haben.

(Beifall bei der FDP und bei Dr. Ralph Elster
[CDU])

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön, Herr Breite. - Herr Zimmermann, bitte.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Noch einmal ganz kurz zur Ergänzung: Es besteht bereits jetzt die Möglichkeit, dass Ratsmitglieder, die nicht im Live-Stream zu sehen sein wollen, um eine Unterbrechung des Streams bitten. Das ist theoretisch möglich. Davon hat noch nie ein einziges Ratsmitglied Gebrauch gemacht. Das spricht auch für sich.

Ich bin inzwischen seit sieben Jahre Ratsmitglied. Ich denke, wir haben in dieser Zeit noch keine Beiträge gesehen - viele fand ich inhaltlich fragwürdig -, -

(Lachen bei der CDU)

- bei denen ich gedacht hätte, dafür muss sich der Redner oder die Rednerin schämen oder ich mich fremdschämen. Insofern weiß ich nicht genau, von welchen Beiträgen Sie sprechen, die man nicht auf YouTube sehen möchte.

Ein weiterer Punkt ist - besonders an die Grünen gerichtet -: Wenn man jetzt die Bildrechte einzelner ehrenamtlicher Ratsmitglieder hochhängt, ist das okay, das kann ich rein menschlich auch verstehen, dann muss man hier aber auch ganz klar sagen, dass man die Bildrechte für wichtiger hält als das Informationsrecht der Bevölkerung. Ich halte es dann doch für bedauerlich, dass sich speziell die Grünen nicht dazu durchringen konnten.

Noch kurz zu Herrn Elster und zu diesen ominösen Wortprotokollen: Setzen Sie bitte einmal einen Laien vor dieses gerade in höchsten Tönen gelobte Ratsinformationssystem und sagen Sie ihm: Schau doch bitte einmal im Wortprotokoll nach, was an dieser und jener Stelle gesagt wurde. Es dauert, bis derjenige das Wortprotokoll überhaupt findet, weil es gar nicht auf der obersten Ebene vorhanden ist, sondern hinter kleinen blauen Pfeilen versteckt ist und oben rechts irgendwo auftaucht. Das finden Sie, Herr Dr. Elster, als Berufspolitiker leicht und schnell, aber der Bürger findet es überhaupt nicht und hat keine Möglichkeit.

Wenn Sie schon die Archivierung heute nicht beschließen wollen, dann habe ich zumindest die Bitte an die Verwaltung, dieses Wortprotokoll besser auffindbar und schneller zur Verfügung zu stellen. - Danke schön.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Schönen Dank, Herr Zimmermann. - Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer ist für diesen Änderungsantrag? - Das ist Die Linke., das ist pro Köln, das sind die Piraten und GUT. Gibt es Enthaltungen?

(Zuruf von Die Linke.: Hier auch! - Walter Wortmann [Freie Wähler Köln]: Auch!)

- pro Köln ist gar nicht dabei. Herr Wortmann - okay, gut.

Die FDP enthält sich?

(Zuruf von der FDP: Ja!)

Danke schön.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]:
Hälfte enthält sich!)

Die Hälfte enthält sich.

Die AfD enthält sich.

Dann komme ich zur ursprünglichen Vorlage und lasse in der Fassung vom AVR abstimmen, die Anlage 5, die allen vorliegt. Wer ist gegen diese Vorlage? - Das ist niemand. Gibt es Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. - Dann ist diese Vorlage einstimmig beschlossen.

Dann kommen wir zu

**10.11 Förderung der ökumenischen Begegnungsstätte Café Bickolo e. V. im Haushaltsjahr 2017
3978/2016**

Darüber lasse ich abstimmen. Wer ist dagegen?
- Keine Gegenstimmen. Gibt es Enthaltungen? -
Auch nicht. Dann ist 10.11 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

**10.12 Sanierung der Bühnen Köln
Planungsbeschluss für Werkstattneubau im Rahmen der Kooperation mit dem WDR auf dem Gelände in Bocklemünd
0512/2017**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/0558/2017**

**Änderungsantrag von Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler Köln)
AN/0417/2017**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0538/2017**

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0539/2017**

Dazu gibt es Wortmeldungen von Frau Dr. Bürgermeister. - Bitte.

Dr. Eva Bürgermeister (SPD): Sehr geehrte Bürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beziehe mich auf den Änderungsantrag, der von den vier Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vorgelegt wurde.

Mit diesem gemeinsamen Änderungsantrag wollen wir als Politik einige Eckpfeiler setzen, die es braucht, um die Frage der Produktionswerkstätten für die Bühnen endlich auf einen guten Weg zu bringen.

Zunächst einmal: Die SPD-Fraktion bleibt dabei und erkennt die Notwendigkeit der Verbesserung der Situation bei den Werkstätten der Bühnen an. Das ist schon vor dem eigentlichen Sanierungsbeschluss von 2011, nämlich in den Jahren 2009/2010, beschlossen worden.

Im Oktober 2010 ging es allerdings erst einmal nur um die Sanierung der Werkstätten an der Oskar-Jäger-Straße, damals zu einem Preis von 9 Millionen Euro.

Die Frage ist nun nach sechseinhalb Jahren - sie ist mit der vorliegenden Vorlage von der Verwaltung keineswegs geklärt -, welche Lösung die beste, kostengünstigste und die nachhaltigste ist, wenn eine Sanierung an der Oskar-Jäger-Straße keine Option mehr ist.

Die Aufforderung zur Suche von sinnvollen Synergienlösungen war schon Bestandteil der Beschlüsse von 2010/2011, und eine gemeinsame Nutzung der Hallen auf dem WDR-Gelände durch die Bühnen war natürlich eine Option. Natürlich macht es Sinn, dass sich zwei strukturähnliche Betriebe mit zum Teil ähnlichen Herausforderungen zusammentun und bestmögliche Synergien ausloten. Das haben wir unterstützt und wertvolle Synergieeffekte erwartet. Daher hat die Politik damals auch dem von der Verwaltung vorgelegten Kooperationsvertrag zugestimmt.

Dass nun offenbar wird, dass die Verträge - auch die Mietverträge für zwei Hallen - mit dem WDR geschlossen wurden, ohne dass offenbar die in Rede stehenden Gebäude vorher auf Tauglichkeit geprüft wurden, ist, ehrlich gesagt, mehr als ein Ärgernis. Dieses Versäumnis zieht schon vor einer konkreten Planung überflüssige Kosten nach sich, denn die Bühnen legen selbst in der jetzt vorliegenden Vorlage dar, dass bereits Planungsaufträge zum Umbau der Hallen vergeben worden waren, die nun angehalten bzw. aufgehoben werden mussten. Da fragt man sich tatsächlich: Wie kann das sein?

Jeder Bürger, der sich eine Wohnung oder ein Haus leisten möchte, lässt doch vorher prüfen, ob die wichtigsten Dinge auch tatsächlich funktionieren.

Die Bühnen möchten Hallen nutzen, die auch schwere Lasten aushalten müssen. Dann ist es doch selbstverständlich, dass tatsächlich auch erst einmal die Statik geprüft wird. Das war ein Versäumnis von Stadt und dem WDR, denn der Sender hat der Stadt Hallen angeboten, die faktisch zu nicht mehr als einer Hülle taugen und den Anforderungen bei weitem nicht gerecht werden. Die auf dieser eben nicht tragfähigen Basis geschlossenen Verträge müssen daher unbedingt neu verhandelt werden.

Nicht in Abrede stellen wollen wir - das habe ich schon gesagt - mögliche Synergieeffekte, auch

wenn die jetzt tatsächlich nach den Vorgesprächen ausgehandelten Synergieeffekte deutlich geringer auszufallen scheinen, als man sich das ursprünglich einmal vorgestellt hat.

Wir fordern Kooperationsgespräche zwischen der Stadt und dem WDR, um die Synergien weiter auszuloten und festzuschreiben, aber auch, um die Lastenverteilung neu zu verhandeln, denn es geht auch um die Frage der entstandenen und entstehenden Mehrkosten. Immerhin haben die Bühnen - vielleicht auch vorschnell - den Vertrag in der Oskar-Jäger-Straße bereits gekündigt und müssen nun in mühsamen Neuverhandlungen eine Weiteranmietung erreichen, die natürlich nicht zum selben Preis zu haben ist wie vorher. Auch das sollte Thema der Gespräche sein.

Hier sehen wir auch die Oberbürgermeisterin in der Verantwortung und erwarten, dass sie ihr politisches Gewicht in diesen Chefgesprächen ziel führend einsetzen wird.

Der letzte Punkt: Was ist mit Alternativen? Eine Kooperation mit dem WDR scheint sinnvoll und hätte Zukunft. Aber, meine Damen und Herren, bei den zu erwartenden Baukosten einer Halle auf dem WDR-Gelände in Höhe von 18,5 Millionen Euro - plus/minus 35 Prozent, wie in der Vorlage steht - zuzüglich Pachtgebühren ist es doch wohl in Anbetracht des städtischen Haushalts insgesamt und der Kosten auch für die Bühnen überhaupt nicht nachvollziehbar, warum uns ein Beschluss ohne weitere Prüfung von Alternativen vorgeschlagen wird.

Die Tatsache, dass zum gestrigen Finanzausschuss sage und schreibe fünf Änderungsanträge vorlagen bzw. angekündigt wurden, zeigt mehr als deutlich, wie problematisch die Vorlage ist.

Wir haben konsequent die Aussetzung des vorgeschlagenen Beschlusses, die sorgfältige Prüfung von Alternativen im gesamten Stadtgebiet und Neuverhandlungen gefordert. Denn wir sind der Meinung, dass alle möglichen Varianten - also auch der Bau auf einem städtischen Grundstück, auf einem zu erwerbenden Grundstück, vielleicht sogar eine standortunabhängige Ausschreibung eines Investorenmodells - sorgfältig, aber zügig geprüft werden müssen, vor allem natürlich mit Blick auf Kostenoptimierung und eine gute Nutzbarkeit der Werkstätten.

Bis zum Abschluss dieser im nun vorliegenden gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und Grünen geforderten Prüfung ergibt es überhaupt

keinen Sinn, bereits Planungen für den Standort in Bocklemünd durchzuführen. Daher freue ich mich, dass sich nun endlich alle hier auf dem Antrag stehenden Fraktionen zu diesem richtigen Schluss durchringen können.

Wir brauchen Zeit, um das noch einmal finanziell, baulich und konzeptionell richtig zu prüfen, aber auch nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag, sondern bis zur Sommerpause erwarten wir die Ergebnisse, und wir erwarten natürlich auch, dass es durch diese Prüfung keine Verzögerungen am Bau am Offenbachplatz gibt. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD): Danke schön, Frau Dr. Bürgermeister. - Herr Dr. Elster, bitte.

Dr. Ralph Elster (CDU): Frau Bürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte auch vorwegstellen, dass wir natürlich in jedem Fall dazu stehen, dass die Werkstätten der Bühnen dringend saniert werden müssen. Das, was wir 2008, 2009, 2010 am Offenbachplatz beschlossen haben, ist natürlich fortzusetzen, inklusive der Werkstätten, und dass die Werkstätten an der Oskar-Jäger-Straße mittlerweile nicht mehr den Standard ermöglichen, den eine moderne Bühne Köln benötigt, wenn wir dann irgendwann am Offenbachplatz angekommen sind, das ist, glaube ich, jedem klar, der die Anlage einmal besucht hat und der sich einmal mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort vor Ort auseinandergesetzt hat. Das ist unumstritten.

Natürlich sind wir aber auch irgendwann 2010, als wir hier die Beschlüsse gefasst haben, am Offenbachplatz zu sanieren, davon ausgegangen, dass wir mit den 230 Millionen Euro plus Reserve in irgendeiner Art und Weise auskommen. Das war letztendlich die Beschlussfassung, die wir hier hatten.

Wir sprechen mittlerweile über ganz andere Beträge, die eigentlich doppelt so hoch sind. Nun ist noch einmal eine Vorlage hier vorgelegt worden, die fast 20 Millionen Euro bereits jetzt kostet, und es wird nach wie vor auch in der Planung jetzt gesagt: Das ist eine Machbarkeitsstudie; wir können durchaus davon ausgehen, dass bis zu 35 Prozent Mehrkosten noch entstehen können auf dem Weg dorthin.

Das ist natürlich jetzt ein Augenblick, da kann man nicht einfach sagen: „Augen zu und durch, das wird schon“, sondern es ist natürlich unsere Aufgabe, verantwortungsvoll zu handeln und noch einmal alle Möglichkeiten zu prüfen, Geld, das investiert werden muss, einzusparen, denn am langen Ende wird uns irgendwann der Betriebskostenzuschuss ereilen. In dem Augenblick, wenn wir an den Offenbachplatz ziehen, wird der Betriebskostenzuschuss für die Bühnen erheblich steigen. Das wird uns in den Haushaltsplanberatungen alle wahrscheinlich schmerzlich an den Beschluss zum Offenbachplatz erinnern.

Was nicht so ohne weitere Prüfung geht, das sind - ich nenne einfach einmal ein paar Eckwerte - 6.000 Quadratmeter Werkstattfläche für 18,5 Millionen Euro insgesamt. Wir sprechen hier über Quadratmeterpreise von mehr als 3.000 Euro. Das ist erheblich. Da kann man natürlich sagen: Das ist eine Spezialimmobilie, die hat besondere Höhen. Dennoch steht das kaum im Verhältnis zu anderen Quadratmeterpreisen, die für Werkstätten allgemein aufgerufen werden.

Wenn man das Thema Synergien - damit sind wir als Rat der Stadt Köln aufgebrochen, da haben ja alle zugestimmt - noch einmal beleuchtet, dann ist natürlich von den Synergien nicht so viel übrig geblieben. Ursprünglich, ganz, ganz ursprünglich gab es einmal die Idee, eine gemeinsame Werkstatt zu betreiben mit der Oper Bonn - zumindest einmal zu prüfen, ob man so etwas machen kann. Das wäre natürlich eine echte Synergie gewesen, wenn ein einziges Werkstattteam beide Spielstätten - eben Bonn und Köln - bedient, dann spart man tatsächlich Geld, dann nutzt man nur eine Maschine, dann nutzt man nur ein gemeinsames Team.

Das, was am Ende von der Synergie mit dem WDR übrig geblieben ist, meine Damen und Herren, ist letztendlich nur das gleiche Gelände. Das ist letztendlich nur ein Erbpachtvertrag, den sie aushandeln wollen. Das ist im Augenblick noch zu wenig. Da müssen wir einfach noch prüfen, ob es nicht andere Optionen gibt, die am Ende dazu führen, dass wir weniger Betriebskostenzuschuss geben müssen, als das aktuell hier geplant wäre, wenn wir diesem Beschluss so zustimmen.

Von daher ist es richtig, jetzt erst einmal die Alternativen nochmals tief zu prüfen und erst dann, wenn die Alternativen klar sind und wenn wir Kostenvergleiche, Kostenschätzungen über alternative Lösungen haben, den tatsächlichen

Planungsbeschluss zu fassen und das Geld in die Hand zu nehmen, was hier erforderlich ist.

Ich glaube, das ist die richtige Reihenfolge. So würde das jeder normale Kaufmann machen, so würde das jeder normale Häuslebauer machen, und so machen wir das jetzt hier im Rat der Stadt Köln in großer Einmütigkeit auch.

(Beifall bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD):
Schönen Dank, Herr Dr. Elster. - Frau von Bülow, bitte.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen):
Frau Bürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Die Bühnen - ein immerwährendes Thema, das uns alle beschäftigt und die Emotionen jeweils ziemlich hochkochen lässt. Allen hier im Raum ist klar: Die Bühnen brauchen neue oder sanierte Werkstätten. Wer die Oskar-Jäger-Straße besucht und sich da etwas länger aufhält, weiß das. Dass die Mitarbeitenden da so lang und effektiv arbeiten, effizient und motiviert arbeiten, das bringt uns ganz viel. Wenn man sich die Werkstätten anschaut, kann man sich das im Augenblick kaum vorstellen, dass das so ist. Das wussten alle. Das wussten auch alle, die hier im Rat die Beschlüsse zur Sanierung der Bühnen gefasst haben. Bestandteil des Beschlusses zur Sanierung der Bühnen im Jahre 2010, 2011 usw. war immer auch, dass die Werkstätten saniert werden oder neu gebaut werden - wissend, dass die Lage an der Oskar-Jäger-Straße an ihre Grenzen gekommen ist.

Insofern ist es auch nur folgerichtig, zu sagen: Wir sanieren die Bühnen. Das zieht nach sich, dass wir auch optimierte Werkstätten haben, dass wir eine optimale Herstellung von Kulissen ermöglichen, dass wir für die neuen Häuser einen optimierten Kostümfundus haben usw. Ich denke, das ist überhaupt nicht strittig.

Die Frage ist: Wie ist der Weg dorthin? Wie gesagt, Grundlage ist, dass wir erfolgreiche Produktionen und hoffentlich in nicht allzu ferner Zukunft hier in der Nähe am Offenbachplatz wollen. Daher hat der Rat im Jahr 2014/2015 die Kooperation mit dem WDR beschlossen, und ich denke, das war damals auch eine gute Entscheidung. Ziel war es, Synergien zu schaffen, Kosten zu reduzieren, gute Arbeitsplätze für die Mitarbeitenden und auch ressourcenschonende Arbeitsplätze zu schaffen.

Ziel war aber auch die Kooperation zweier großer Kultureinrichtungen, gemeinsame Infrastruktur vor Ort sowie die inhaltliche Zusammenarbeit im Austausch von Know-how. Es ging um kleine Wege, um die Verzahnung der Mitarbeitenden usw. Ich denke, das war und ist eine gute Idee.

Wichtig dabei ist, dass beide Institutionen auch bei einem Paradigmenwechsel zukunftsfähig gemacht werden. Auch im WDR gibt es eine ganze Menge Änderungen, auch da sind die Anforderungen an Werkstätten andere als früher. So gesehen, denke ich, war das zunächst einmal angedacht als Win-Win-Situation für beide.

Auch der vorgesehene Erbbauvertrag, der jetzt sozusagen an den Startlöchern sein könnte, könnte genau in diese Richtung weisen, Zukunftsfähigkeit zu schaffen, wenn er auf 50 Jahre optional länger angelegt ist.

Uns ist es heute wichtig - deswegen machen wir alle zusammen auch diesen Antrag -, ein Verfahren zu entwickeln für die angemessene Umsetzung der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie, die unter Punkt 1 in der Verwaltungsvorlage unstrittig nach wie vor erhalten ist.

Allen gleich wichtig ist auch - das wird auch in dem Änderungsantrag deutlich -, dass es nicht allzu lang hinausgezögert wird, sodass wir im Sommer bereits eine Entscheidung treffen können und die Werkstätten nicht zu lang auf eine Entscheidung warten lassen.

Wichtig ist auch - deswegen auch die vier Fraktionen -, dass das Ganze von einer breiten Mehrheit getragen wird. Denn breite Mehrheiten sind wichtig, besonders angesichts der derzeitigen Diskussionen zu den Bühnen in dieser Stadt, angesichts der großen finanziellen Aufwendungen, die nötig sind, um die Bühnen in Kürze zu sanieren, und angesichts der schwierigen Situation, die mit der Sanierung insgesamt einhergeht.

Deswegen wollen wir auch mit Hilfe dieses Antrags, wie gesagt, einen möglichst breitgetragenen Planungsbeschluss vorbereiten und voranbringen. Es ist der Auftrag, den Planungsbeschluss so zu gestalten, dass er nachvollziehbar für alle ist, dass die Synergien nochmals etwas deutlicher gemacht werden, dass die positiven Effekte dargestellt werden, dass alternative Standorte geprüft werden, damit man dann auch sozusagen guten Gewissens nach draußen gehen und sagen kann: Wir haben alle Eventualitäten, soweit es in unserer Macht und Hand liegt, geprüft und kommen zu dem Ergebnis möglichst

effizient funktionierender Werkstätten als zukunftsweisende Werkstätten.

Nach der Prüfung können wir dann - je nachdem - weitergehen in die Richtung weitere Kooperation mit dem WDR oder für einen anderen Standort dann tatsächlich einen Planungsbeschluss fassen. In diese Richtung läuft unser Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes (SPD):

Vielen Dank, Frau von Bülow. - Frau Stahlhofen, bitte.

Gisela Stahlhofen (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen und vor allem alle Menschen, die am Wochenende das Glück hatten, die Oper besuchen zu dürfen! Denn genau dort haben wir das erlebt, worüber wir heute hier sprechen: Kulissen, Maske, Schneiderei - all diese Sachen bereichern eine Aufführung, ob Theater oder Oper. Wir wollen und können nicht darauf verzichten. Es geht nicht nur, aber auch um die Arbeitsplätze derjenigen, die in den Werkstätten für unsere Illusion Sorge tragen. Dafür brauchen sie gute Arbeitsbedingungen.

Mit dem Beschluss der Sanierung der Oper war allen klar, dass die Werkstätten für die Bühnen extern errichtet werden müssen. Nun glaubte man - durch den Kooperationsvertrag mit dem WDR von 2015 -, den Stein der Weisen gefunden zu haben. Es ist aber nicht alles Gold, was glänzt, auch wenn man einen großen Namen wie WDR hat.

„Cooperatio“ bedeutet zweckgerichtetes Zusammenwirken von Handlungen zweier oder mehrere Akteure. Diese sollen in Arbeitsteilung ein gemeinsames Ziel erreichen. Das gemeinsame Ziel heißt: gemeinsame Möglichkeiten bei Ausbildung, Maschinengebrauch, Warenbestellung bis hin zum Pfortner.

Nach dem Kooperationsvertrag wollte der WDR 3 Millionen Euro zur Errichtung investieren und voraussichtlich im ersten Quartal 2017 den Bühnen den Betrieb ermöglichen.

Was ist bisher geschehen? Nichts! Als verantwortungsvoller Vertragspartner - das hat eben Herr Dr. Elster dargestellt - hätte vor dem Vertragsabschluss, wie jeder Häuslebauer es ma-

chen würde, das Raumangebot geprüft werden müssen. Der große Name des Senders hat wohl geblendet, und so stellt sich ein Jahr später heraus, dass die Hallen, die der WDR für die Werkstätten angeboten hat, in keiner Weise den Anforderungen der Bühnen entsprechen.

Wie kommt es, dass der WDR nicht wusste, dass die Statik des Gebäudes nicht veränderbar ist, sodass man noch nicht einmal eine zusätzliche Glühbirne aufhängen kann? Sieht so zweckgerichtetes Zusammenwirken aus? Wer wird die bereits entstandenen Kosten, die die Bühnen im Vertrauen auf den WDR investiert haben, übernehmen? War es nicht Aufgabe des WDR, die Werkstattflächen für die neue Nutzung vorzubereiten?

Nun will man gemäß der Empfehlung des Bundes zu Großbaustellen verfahren. Das ist sehr gut. Für eine gute und vertiefende Planung sowie Projektleitung sollen 700.000 Euro zur Verfügung gestellt werden. Ein Grundstück ist auch schon gefunden - auf dem WDR-Gelände. Nun soll man in Erbpacht bauen. Der Ansatz ist auch grundsätzlich nicht schlecht, aber um wie viel besser wäre es, auf eigenem Grund und Boden zu bauen, zum Beispiel in Kalk auf dem ehemaligen KHD-Gelände.

(Zuruf von Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen])

- Beispiele, ganz ruhig. Entspannen Sie sich.

(Niklas Kienitz [CDU]: Gisela, mach einfach weiter!)

Oder zumindest auf einem städtischen stadtnahen Gelände wie der Kölner Messe.

Sind die Wegeverbindungen eigentlich einmal geprüft worden? Nicht, dass die Bühnenhandwerker zukünftig mehr im Stau als an der Werkbank stehen. Vor allem laufende Kosten und Umweltbelastungen, die lange Wege verursachen, muss man mit bedenken.

Auf dem nun vorgeschlagenen WDR-Grundstück stehen noch Baracken. Auf Seite 34 der Machbarkeitsstudie findet man unsere Kostenannahmen. Weiterhin nicht erfasst sind Kosten für Rückbau der Bestandsbauten und Leitungen im Bereich des Baufeldes und alle damit verbundenen Kosten. Was kommen noch für Überraschungen auf uns zu?

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Es ist bald Ostern!)

Man muss sich ja noch über die Modalitäten und Erbpacht verständigen. Was ist, wenn man sich mit dem WDR nicht einigen kann?

Nun haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, CDU, Grüne sowie auch FDP - vermutlich haben Sie auch deshalb Ihren eigenen Änderungsantrag zurückgezogen, weil das jetzt auf dem gemeinschaftlichen Antrag steht - unseren Änderungsantrag sehr aufmerksam gelesen. Mir persönlich kommt es allerdings so vor, als hätten Sie mit heißer Nadel eine verkürzte Darstellung unseres relativ gut ausgearbeiteten Änderungsantrags wiedergegeben. Im Fazit sind wir uns aber anscheinend einig: Wir wollen alternative Grundstücke prüfen, die man uns zur Vorentscheidung vorlegt, und wir können heute einfach keiner Planung in der Form so zustimmen.

Da wir uns an der Stelle, wie gesagt, einig sind, ziehen wir unseren Änderungsantrag zurück - wissend, dass wir etwas bei Ihnen angestoßen haben -, -

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen] lacht)

- und werden uns Ihrem Änderungsantrag als gemeinsamen Antrag anschließen. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke. und bei der CDU)

(20.28 Uhr - Frau Oberbürgermeisterin Reker nimmt an der Ratssitzung wieder teil)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin, schön, dass Sie wieder da sind.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es fällt bei dem Thema Kultur sofort auf - ich komme von der Finanzpolitik -, Frau Bürgermeister, Frau von Bülow, auch Ralph Elster, wie nett Sie alle bei der ganzen Sache sind und auch wie nett unser Änderungsantrag hier herübergebracht wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn so etwas in der Wirtschaft passiert, wäre normalerweise etwas ganz anderes los. Das muss man einmal hier sagen.

Hier wird ein Mietvertrag verhandelt, und anschließend stellt sich heraus, dass das gar nicht

funktioniert und man sich die Immobilie gar nicht angeschaut hat.

Zweitens. Ich erinnere noch einmal daran, als es um den Vertrag von Expo gegangen ist - vielleicht können Sie sich daran erinnern. Das war auch kein Ruhmesblatt, das wir dort erlebt haben. Darum bin ich schon überrascht, wie Sie die Sache hinnehmen und in welcher freundlicher Art Sie vortragen.

(Dr. Eva Bürgermeister [SPD]: So bin ich!)

- Das sind Sie, das ist sehr schön. Man lernt immer wieder von der Kultur.

Ich bin der Meinung - darum möchte ich hier auch einmal Tabula rasa machen -, dass wir den Antrag sehr gut gemacht haben. Daher zieht die FDP auch ihren Antrag zurück für den gemeinsamen Antrag. Denn - das ist, glaube ich, für die Presse auch wichtig, damit Sie nicht einschlafen dort, -

(Niklas Kienitz [CDU]: Ulli! - Heiterkeit bei der SPD)

- die 700.000 Euro Planungskosten sind jetzt nämlich erst einmal weg. Das wollen wir erst einmal abwarten. Wir wollen die Alternativstandorte sehen, das ist uns ganz wichtig.

Wir sagen auch, dass die Betriebsleitung zur Vermeidung von Werkstattschließungen beauftragt wird, den aktuellen Standort zu sichern, und dass die Verträge zu schließen sind und dass das auch ohne eine Erhöhung des Betriebskostenzuschusses passiert. Es kann ja nicht sein, dass wir das alles wieder im allgemeinen Haushalt stemmen lassen, wenn wir jetzt hier in der Form die städtischen Bühnen als Eigenbetrieb haben. Da müssen sie halt dann schauen, wie sie das in der Form hinbekommen. Es kann nicht in der Form sein, wie es ist.

Mir ist auch wichtig, dass wir uns bei den Standorten überlegen, ob es wirklich Alternativen gibt, bevor wir 18 Millionen Euro plus vielleicht 30 Prozent wieder hier verbauen.

(Dr. Eva Bürgermeister [SPD]: Sehr richtig!)

Denn wir müssen uns auch bei der Bevölkerung - nicht nur für die Sanierung, sondern auch jetzt hier - rechtfertigen, und das kann man nicht einfach so erklären, wenn man gesehen hat, wie das hier passiert ist.

Ich hoffe jetzt, dass die Prüfung etwas Gutes bringt, und freue mich, dass wir diesen gemein-

samen Antrag hier zustande gebracht haben. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und Teilen von Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Wortmann hat das Wort.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen und die verbliebenen Gäste! Ich habe am 21.03. im Betriebsausschuss der Bühnen einen Antrag gegen die Beschlussvorlage der Verwaltung eingebracht und möchte zu meinem Antrag sagen: Die Punkte 2 und 3 haben sich in den letzten 14 Tagen durch viel Informationsfluss, auch durch ein Interview, das Herr Streitberger mit Herrn Attenberger vom *Stadt-Anzeiger* geführt hat, weitestgehend erledigt, sodass sich diese Punkte auflösen.

Ich konzentriere mich deshalb auf den Punkt 1 und möchte auch Ihren vorliegenden Änderungsanträgen nicht zustimmen.

Der Punkt 1 ist für mich entscheidend. Mittlerweile liegen - wie Frau Stahlhofen schon sagte - viele Anträge vor. Ich freue mich, dass das so angestoßen worden ist.

Ich möchte dennoch die Hergänge wiederholen, und ich weise einmal darauf hin: Der Einzige, der hier zahlt, ist die Stadt Köln, nicht der Bühnenbetrieb, sondern letztlich müssen wir es alle bezahlen. Es gibt schon drei kritische Punkte in dieser Gemengelage: Das ist der Offenbachplatz, das sind die Interimsspielstätten, und jetzt sind noch die Werkstätten dazugekommen. Das ist ein neues Fass.

Anhand der Vorlage gewinnt hier nur einer: Das ist der WDR. Ob er als Vermieter oder Langzeitverpächter dasteht - die Bühnen zahlen. Wir würden sie bei einer Entscheidung für Bocklemünd - die Fazilitäten Bocklemünd, das ist Halle Kantine und auch die Ausbildungswerkstatt, die übrigens auf die halbe Kraft reduziert fahren -, wieder in einen ordentlichen Nutzen hineinführen. Wir bringen - wenn ich das nach dem Jahrbuch der Bühnen einmal nachvollziehe - circa 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie circa sechs bis acht Auszubildende nach Bocklemünd.

Beim WDR ist es ungefähr die gleiche Anzahl Auszubildende. Die Anzahl der Mitarbeiter kann ich Ihnen im Moment nicht nennen, aber sie dürf-

te sich auf der gleichen Ebene bewegen. Nur die Fazilitäten beim WDR werden mittlerweile dem Wettbewerb der Produktionen in Deutschland angepasst, deshalb werden sie nur noch sporadisch verwendet. Das ist der Grund. Wir würden es deutlich beleben.

Der Vollständigkeit halber möchte ich aber auch noch einmal ganz kurz die Entscheidungsabläufe in Erinnerung rufen: In 2015 wurden dem Rat mundgerechte Argumente geliefert, die Entscheidung pro Kooperation und für die Bocklemünd-Hallen als die einzige alternativlose Lösung zu betrachten.

Zwischen der Schlusszeichnung des Vertrages im Dezember 2015 und der Vorvereinbarung sind 18 Monate vergangen, in denen sich sehr unterschiedliche Dinge abgespielt haben. Der laufende Mietvertrag für die Werkstätten in der Oskar-Jäger-Straße wurde gekündigt vor der Beauftragung der Machbarkeitsstudie 2016. Anmerkung: Die Kündigung der Oskar-Jäger-Straße erinnert mich irgendwie an die Gemengelage des Staatenhauses und der BB Promotion GmbH.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Das ist sehr eigenartig, und das kostet diese Stadt einige Millionen Euro. Nichtsdestotrotz soll nun Geld fließen, damit 700.000 Euro für die Planung und für die Projektentwicklung für Bocklemünd vorangetrieben werden können. - Nein, das machen wir nicht mit.

Die weitere Anmerkung ist noch: Der Betriebskostenzuschuss im vorliegenden Wirtschaftsplan steigt in den nächsten drei Jahren von 67 auf 90 Millionen Euro. Inwieweit die Positionen der Werkstätten darin enthalten sind, kann ich nicht beurteilen. So tief bin ich nicht eingestiegen. Im Moment steht er nicht zur Diskussion, da er erst einmal zurückgestellt wurde.

Zurück zur Oskar-Jäger-Straße: Da ist der Vertrag gekündigt, und der Vermieter fordert eine höhere Miete. Betrag unbenannt. Insofern ist die Beschlussvorlage für mich unvollständig.

Der zweite unvollständige Fakt ist: Im Falle der Verlängerung des Mietverhältnisses ist ein bereits verpflichteter Nachmieter da. Dieser wird sicherlich nicht schadhaft da herausgehen wollen. Betrag unbenannt.

Dann zu Bocklemünd - ein 24-Millionen-Euro-Projekt, Herr Streitberger. Das sage ich, weil ich ein gebranntes Kind bin. Ich bin zwar hier im Rat noch jung, aber ich bin, was die Abschätzungen

von Baukosten anbelangt, unheimlich gebrannt. Ich sage: 24 Millionen Invest mit Finanzierungskosten, die Annuitäten unbenannt; Erbpachtzins - das ist eben schon erwähnt worden, ich fülle es wieder auf - unbenannt; Umlagen unbenannt.

Eine mögliche Vertragskündigung mit dem WDR mit Rechtsstreitkosten und vielleicht auch einer Entschädigung - ein Risiko unbewertet, unbenannt.

Zu meinem Antrag: Wir lehnen die Beschlussvorlage ab. Wir wollen aber einen Gesamtbericht haben. Ich vermisste mittlerweile wirklich eine Strategie, wie sich die Bühnen in ihrer vielfältigen Flächenausdehnung in Köln irgendwann wieder finden können.

Frau Stahlhofen meinte eben wahrscheinlich die Oper *Turandot*, die ich auch gesehen habe. Ich habe das Ticket bezahlt, damit auch Geld in die Kasse der Oper kommt. Die Aufführung von *Turandot* war exzellent. Ich habe selten in meinem Leben eine so schöne Oper gesehen. Herzlichen Glückwunsch dazu.

Ich will nur sagen: Dieses Flächen- und Vertragswarrumpel des Interims und auch der Werkstätten inklusive Probebühnen und ähnlichen Dingen muss irgendwo einmal auf das Papier. Ich blicke nicht mehr durch, und ich glaube, viele von Ihnen blicken auch nicht mehr durch.

So weit schließe ich meinen Vortrag, möchte Ihnen noch eine alternative Lösung vorschlagen. Denken Sie doch einmal über die Großmarkthalle nach, und denken Sie vielleicht darüber nach, Herrn Bachmann auch seine kleine Bühne anstelle des Depots, das wir auch wieder kaufen müssen, zu übertragen. Die Großmarkthalle gehört uns. Wir können damit machen, was wir wollen. Wenn wir in der Großmarkthalle in Raderberg, in einem der größten Explorationsgebiete des Wohnungsbaus in Europa, Kultur direkt am Bürger ansiedeln, dann scheint mir das eine Bereicherung zu sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von Herrn Wortmann. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Wortmann und die AfD. Wer wünscht, sich zu enthalten? - Das sind die

FDP und die Ratsgruppe Piraten. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Linken ist, wie ich eben verstanden habe, zurückgezogen. Die Linken haben sich dem Änderungsantrag von SPD, CDU, Grüne und FDP angeschlossen. Also lasse ich jetzt über diesen Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er so beschlossen.

Ich lasse jetzt der guten Ordnung halber noch über die ursprüngliche Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Von Herrn Wortmann und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist es so beschlossen.

Ich rufe jetzt auf den Tagesordnungspunkt

**10.13 Bedarfsfeststellungs- und Planungsbeschluss für den Ersatzneubau Brücke Frankfurter Str. (B8) / Stadtautobahn (B55a)
3266/2016**

Gibt es Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht.

Dann lasse ich abstimmen wie Verkehrsausschuss mit Anlage 3. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

10.14 ist zurückgezogen.

Ich rufe auf

**10.15 Einführung der Ehrenamtskarte NRW in Köln
0235/2017**

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/0546/2017

Ich bitte um Wortmeldungen. - Herr Detjen.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Ich werde jetzt keine Rede zur Ehrenamtskarte halten. Die Ehrenamtskarte hat die Frau Oberbürgermeisterin vorgeschlagen und auch in die Debatte gebracht. Dafür danke schön und herzlichen Glückwunsch, dass Sie die Initiative ergriffen haben. Wir haben über die Ehrenamtskarte in den letzten zehn Jahren in Köln schon öfter diskutiert. Das ist jetzt ein Aufschlag gewesen. Sie haben auch in der Vorlage geschrieben, dass das jetzt ein Anfang sein soll. Das haben wir auch schon verstanden.

In den Diskussionen zu Veranstaltungen zum Thema „bürgerschaftliches Engagement“ hörten wir jedoch immer wieder die Forderung der verschiedenen Ehrenamtler: Wir wollen eine Vergünstigung beim öffentlichen Nahverkehr haben, damit wir zu den Menschen, zu den Sitzungen usw. usf. hinfahren können. Deswegen haben wir einen kleinen Änderungsantrag gestellt. Ich sage aber ganz deutlich: Wir werden der Vorlage zur Ehrenamtskarte zustimmen. Wir würden natürlich noch lieber der Vorlage zustimmen, wenn unser Antrag angenommen wird, der in dem Sinne auch kein Beschluss ist, sondern die Oberbürgermeisterin sozusagen darum bittet, zu prüfen, ob wir in Sachen ÖPNV eine Vergünstigung von 25 Prozent erzielen können und dazu Gespräche mit dem VRS aufgenommen werden können.

Wir haben das deswegen so vorgeschlagen, weil vor kurzem in Sachen Azubiticket genau so eine Vereinbarung getroffen wurde. Insofern denken wir, dass das vielleicht ein Weg wäre, wie man in Sachen ÖPNV oder Vergünstigung für die Ehrenamtler einen Schritt weiterkommen könnte. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Ich habe jetzt die Reihenfolge nicht gesehen. - Bitte sehr.

Christoph Klausning (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Danke an Herrn Detjen für die warmen Worte zur Initiative der Oberbürgermeisterin. Ich persönlich möchte auch für unsere Fraktion sagen, dass wir Ihnen sehr dankbar sind, dass Sie auch noch einmal einen ganz deutlichen engagementpolitischen Akzent gesetzt haben und sich damit auch ganz klar in die Tradition von Fritz Schramma stellen, der der Engagement-Oberbürgermeister der Stadt Köln gewesen ist. Sie führen damit also eine gute CDU-Tradition fort.

(Monika Schultes [SPD]: So ein Quatsch!)

Gleichzeitig ist es so - den Spaß sollten Sie mir gerade gegönnt haben -, uns als CDU ist es ein wichtiges Anliegen, und hier im Haus besteht große Einigkeit zum Thema Engagement, große Einigkeit zu diesem Antrag oder zu dieser Beschlussvorlage. Deswegen kann man, glaube ich, auch die Idee von den Linken so hinnehmen, die das so ein bisschen in die Ausschüsse ein-

gebracht. An dieser Stelle müssen wir Ihren Änderungsantrag jedoch ablehnen. Er greift vielleicht einen richtigen Punkt auf, den man diskutieren könnte, aber das ist als Änderungsantrag noch vollkommen unausgegoren.

Sie haben von Ehrenamtlichen gesprochen und nicht von Ehrenamtskarteninhabern. Sie wollen pauschal allen etwas geben, obwohl noch nicht einmal der Bedarf abgeklärt ist, wo etwas gebraucht wird. Das ist ein bisschen zu kurzgesprungen.

Die Verwaltung hatte bereits zugesagt, dass sie mit der Einführung der Ehrenamtskarte nach und nach die engagierten Menschen abfragen wird, wo sie noch Vergünstigungen brauchen und wo es bedarfsgerecht ist. In dem Zuge werden sie uns dann auch weitere Vergünstigungen aufzeigen, die sinnvoll sind.

Zwei Punkte noch. Erstens. Die Argumentation der Linken im Sozialausschuss war auch, dass man schauen müsste, wie viel finanziellen Mehrwert engagierte Menschen in der Stadt Köln leisten, und dass sich das auch ein bisschen widerspiegeln müsste in dem, was wir ihnen als Vergünstigungen geben.

Dazu sage ich Ihnen ganz klar: Das darf es nicht sein. Das darf es wirklich nicht sein. Wir dürfen nicht dahin kommen, dass wir mit einer Ehrenamtskarte versuchen, mit finanziellen Aufwendungen das zu ersetzen, was Ehrenamtliche für diese Stadt leisten. Denn das, was Ehrenamtliche für diese Stadt leisten, ist mehr wert als alles Geld, das wir zusammenraffen können. Hier geht es um eine ehrliche Anerkennung vom Stadtrat und von der Stadt Köln für die engagierten Menschen in der Stadt Köln.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt, den wir ganz bewusst nicht als Ergänzungsantrag hier mit hineingenommen haben, aber eine Bitte von uns an die Verwaltung. Das Thema wurde im Jugendhilfeausschuss auch mehrfach diskutiert, und zwar die Jugendleiterkarte, die wir, Schwarz-Grün, auf den Weg gebracht haben, die mit der Ehrenamtskarte ja „verheiratet“ wird. - Andy Pöttgen wird sich an die Diskussion im JHA noch erinnern.

Es ist ein Wunsch des Jugendrings, dass die Inhaber der Jugendleiterkarte nicht die Ehrenamtskarte beantragen müssen, um die Vergünstigungen der Ehrenamtskarte zu erhalten.

Die Bitte ist, dass die Verwaltung die Verhandlung mit den Stellen, die Vergünstigungen ertei-

len, so führt, dass die Vergünstigungen gleichermaßen für Ehrenamtskarteninhaber und *JuLeiCa*-Karteninhaber gelten. Das gilt nur für die Stadt Köln. Mehr können wir hier nicht machen.

Das noch einmal als eindrückliche Bitte: Machen Sie das Engagement der jungen Menschen so einfach wie möglich, keine bürokratische Hürden. *JuLeiCa*-Karteninhaber sollen mindestens die gleichen Vergünstigungen haben wie Ehrenamtskarteninhaber. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Michael Paetzold (SPD): Es ist schon spät, ich mache es vom Platz aus.

Auch wir begrüßen sehr Ihre Initiative, Frau Oberbürgermeisterin, die Ehrenamtskarte nun auch in Köln einzuführen und dieser Landesinitiative beizutreten. Wir halten das für einen sehr guten Aufschlag.

Wir haben es schon im Sozialausschuss diskutiert: Das bisherige Angebot ist noch ein bisschen dünn, aber die Verwaltung hat uns zugesagt, dass sich das noch ausdehnen wird, und hofft auch, mit der Einführung mehr Menschen, mehr Institutionen, mehr Firmen zu finden, die der Unterstützung dieser Karte beitreten wollen.

Herr Klausing hat schon einiges gesagt. Wir sind auch sehr dafür, dass die Verfahren möglichst schlank gemacht werden, dass die Antragstellung einfach ist. Wenn ich mir die Beantwortung der Fragen durchlese, die ich bekommen habe - Fragen aus dem Sozialausschuss und aus dem JHA -, sehe ich uns auf einem ganz guten Weg. Von daher sind wir ganz zufrieden und werden dem Antrag gern zustimmen.

An die Adresse der Kolleginnen und Kollegen von den Linken: Eurem Antrag können wir leider heute nicht zustimmen. Denn wir stimmen mit der Oberbürgermeisterin überein: Wir wollen die Ehrenamtskarte jetzt möglichst schnell zum 01.07. einführen, und euer Antrag, der ja nicht nur ein Prüfantrag ist, wenn man es genau liest, würde das Ganze verzögern.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Es ist ein Prüfantrag!)

Darüber kann man sicherlich in Zukunft noch einmal in Ruhe reden, -

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Ja, klar!)

- aber zum heutigen Zeitpunkt müssen wir ihn einfach ablehnen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Heuser, bitte.

Marion Heuser (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Oberbürgermeisterin.

Ich wollte noch einmal daran erinnern, dass es das Programm „KOMM-AN NRW“ gibt und darüber für die ehrenamtlichen Flüchtlingshelferinnen und -helfer auch eine kleine Pauschale von 44 Euro zur Verfügung steht, die einerseits eingesetzt werden kann, um kleine Mittel zu kaufen, die man für die Arbeit mit den Flüchtlingen brauchen kann, die auf der anderen Seite allerdings auch eingesetzt werden können für Fahrtkosten zum Beispiel.

Insgesamt werden wir als Grüne-Fraktion dem Ergänzungs- oder Änderungsantrag der Linken auch nicht zustimmen können. Das wird sich nicht darstellen lassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Hoyer, bitte.

Katja Hoyer (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch die FDP - obwohl ich gelernt habe, dass das Ehrenamt eigentlich fast nur ein CDU-Thema ist - steht zum Ehrenamt. Deswegen werden wir heute auch der Ehrenamtskarte zustimmen.

Ich möchte aber auch noch einmal zu dem Antrag der Linken Folgendes sagen: Es ist richtig, dass wir das Ehrenamt anerkennen müssen. Herr Klausing hat richtig gesagt, dass wir es eigentlich gar nicht hoch genug schätzen können. Aber Ehrenamt heißt *Ehrenamt*, das heißt nicht, dass wir es im Grunde genommen eins zu eins irgendwie vergüten können. Ich glaube, das muss man bei der ganzen Diskussion im Hinterkopf behalten, bei aller Anerkennung für das Ehrenamt. Deswegen werden wir dem Antrag der Linken auch nicht zustimmen können.

Ich habe sowieso das Gefühl, dass Sie sich heute ein bisschen die KVB vorgenommen haben. Schon in der Diskussion zu dem Antrag um den Mobil-Pass bzw. Köln-Pass zu Beginn der Sitzung, haben Sie eingebracht, dass wir ein bisschen die KVB belasten können. Das wäre hier auch wieder eine Belastung der KVB.

(Zuruf von Jörg Detjen [Die Linke.])

- Ja, Sie wollen Herrn Fenske ärgern. Das lässt er sich, glaube ich, nur nicht.

Wir werden Ihren Antrag ablehnen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank, bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte noch eine Ergänzung hier erläutern. Dass wir alle für diese Ehrenamtskarte sind und dass wir sie einführen wollen, ist jetzt schon gesagt worden. Ich denke, das sehen auch fast alle tatsächlich so, dass das notwendig ist.

Wenn man jedoch den Antrag der Linken genau betrachtet, damit die Dimensionen klar werden: In der Verwaltungsvorlage wird von 200.000 Ehrenamtlern gesprochen. Die Zahl nehme ich jetzt einmal so. Die Vergünstigung der Monatskarte um 25 Prozent würde 20,60 Euro im Monat ausmachen. Das wären 4,1 Millionen Euro im Monat. - Herrn Fenske macht das gar nichts aus, weil er diese Rechnung an die Stadt Köln stellen wird.

Wenn man das auf das Jahr hochrechnet, sind wir bei fast 50 Millionen Euro - nur, um einmal klarzumachen, was das bedeutet. Dann sind wir in einer anderen Diskussion. Ich habe den Antrag der Linken absolut wörtlich genommen, weil ich die Anträge immer ernst nehme. Nur, damit man es einmal klar sieht. Wie die verschiedenen Kollegen schon gesagt haben: Es geht um Ehrenamt und Wertschätzung des Ehrenamts, dabei muss auch der Rahmen entsprechend stimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich würde jetzt gern doch noch einmal einen Satz zu unserem Änderungsantrag sagen. Es wird ja hier jetzt so dargestellt, als wäre das eine unglaublich teure Sache, die die Stadt überhaupt nicht wuppen kann.

Ich würde Sie bitten, mir noch eine Minute zuzuhören, dann wird es vielleicht deutlich, dass es

gar nicht so teuer ist, wie Sie das jetzt hier ausrechnen.

Wir sind bei dem Ticket von einem unrabattierten 1b-Ticket ausgegangen, also für die Stadt Köln, was außerhalb des Abos derzeit 91 Euro kostet oder - Herr Fenske, korrigieren Sie mich - vielleicht sogar 94 Euro. Das weiß ich jetzt nicht hundertprozentig. Auf jeden Fall schlagen wir circa 22 Euro ab und sind dann beim Nicht-Abo immer noch bei einem Preis von 70 Euro monatlich für den Ehrenamtler.

Ich sage das deswegen, denn wenn wir uns das Ticketangebot der KVB einmal anschauen, gibt es eine ganze Reihe von Tickets in der Preisstufe 1b, die wesentlich günstiger sind als das, was wir für die Ehrenamtler jetzt vorschlagen.

Ja, Herr Fenske, Sie schauen jetzt sehr kritisch. Das ist auch richtig und gut. Es ist ja schön, dass Sie mir zuhören.

Beispielsweise liegt das Seniorenticket bei 60 Euro für 1b. Wir haben das Azubiticket, das liegt bei 57,80 Euro, wenn ich es richtig im Kopf habe. Also alles unter dem, was wir vorschlagen.

Den Köln-Pass lasse ich bewusst jetzt außen vor, da es dafür Subventionen der Stadt gibt - geringe, aber es gibt sie. Wir reden hier nur von unsubventionierten Tickets. Ich möchte noch einmal die Diskussion zur Einführung des Köln-Passes in Erinnerung bringen, als Sie alle total verunsichert waren: Um Gottes willen, dann kauft keiner mehr ein reguläres Ticket, und die KVB oder der VRS hat so hohe Einnahmeverluste! - All das ist nicht eingetreten, obwohl die Situation wesentlich schärfer war, als sie das jetzt hier und heute bei der Rabattierung für das Ehrenamt ist.

Von daher kann ich nur noch einmal dafür plädieren, dass man bitte zumindest mit dem VRS darüber redet, ob das überhaupt eine finanzielle Mehrbelastung ist oder ob sie vielleicht sogar davon ausgehen, dass der eine oder andere Neukunde unter den Ehrenamtler ist.

Ich bitte noch einmal um Zustimmung unseres Antrags. Wir können das gern auch noch ein bisschen weicher als Prüfung oder wie auch immer formulieren. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von Jörg Detjen [Die Linke.]

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsan-

trag der Linken abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Linken, die Ratsgruppe GUT und die Piraten. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse über die ursprüngliche Vorlage abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10.16 auf, meine Damen und Herren.

10.16 Förderprojekt „Einwanderung gestalten NRW“ 0554/2017

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Enthaltungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Dann ist das so beschlossen.

10.17 und 10.18 sind zurückgezogen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

10.19 Beitritt der Stadt Köln zu der Anstalt öffentlichen Rechts „d-NRW AöR“ 0362/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

10.20 Luftreinhalteplanung Stadt Köln 3786/2016

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0403/2017**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0530/2017**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0540/2017**

**Änderungsantrag der CDU-Fraktion
und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0555/2017**

Herr Struwe.

Rafael Struwe (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Köln ist Spitzenreiter - ja, Sie haben richtig gehört -, leider bei einer Sache, auf die wir alle nicht besonders stolz sein können und dürfen, und zwar bei der Luftbelastung durch Stickoxid.

Die Verwaltung stellte in der Vorlage fest, dass an fast allen Messstellen im Stadtgebiet regelmäßig die Grenzwerte überschritten werden. Wir haben das Thema im Zusammenhang mit der Braunkohle auch schon einmal diskutiert. Es ist unbestritten: Stickstoffbelastungen sind sehr schädlich für die Umwelt und bringen natürlich auch eine erhöhte Gesundheitsgefahr mit sich. Insofern müssen wir alle gemeinsam hier dafür sorgen, dass wir die Bevölkerung endlich wirksam vor diesen Belastungen schützen.

Wir sind sehr froh darüber, dass auch das schwarz-grüne Gestaltungsbündnis das mittlerweile offensichtlich verstanden hat. Wir haben schon seit September immer wieder Anträge eingebracht und konkrete Vorschläge unterbreitet, was man tun kann, um die Menschen zu schützen. Leider wurden sie immer wieder von einer Sitzung in die nächste vertagt. Letztlich setzt man damit, Herr Kollege Kienitz, auch die kommunale Handlungsfreiheit aufs Spiel.

(Niklas Kienitz [CDU]: Sie haben das doch schon längst abgelehnt in der letzten Wahlperiode!)

Denn wir alle wissen, es gibt ein Vertragsverletzungsverfahren der EU, es gibt eine Klage der deutschen Umwelthilfe. Wenn also nicht bald etwas unternommen wird, dann haben wir es irgendwann nicht mehr in der Hand, dann wird aus der Zeughausstraße verordnet, was wir zu tun haben.

(Beifall von Michael Weisenstein [Die Linke.])

Es sollte unser gemeinsamer Anspruch hier sein, das zu verhindern.

Wir haben, wie gesagt, konkrete Vorschläge unterbreitet, zum Beispiel den Ausbau des Umweltverbundes, den Einsatz von umweltfreundlichen Technologien wie E-Bussen, wie die Verknüpfung von Verkehrsträgern. Die Temporeduzierung auf großen Straßen kann man im Grunde mit wenig Aufwand umsetzen, genauso wie umweltsensitive Ampelschaltungen oder Umfahrungen für Lkw-Transitverkehr.

Wir müssen aber ganz besonders - ich sagte es bereits -, damit wir das Heft des Handelns in der Hand behalten und vor allem die Belastungen für die Menschen reduzieren, schauen, welche kurz-

fristig umsetzbaren Maßnahmen wir jetzt möglichst schnell auf den Weg bringen können. Deswegen wollen wir in unserem Änderungsantrag die Verwaltung darum bitten, dass sie aus den Ideen, die da auch aus der Arbeit des Runden Tisches stammen, schon kurzfristig die Maßnahme herausgreift, die man bereits jetzt umsetzen kann.

An der Stelle noch einmal ein herzlicher Dank an den Beigeordneten Dr. Rau und alle Mitwirkenden des Runden Tisches, die sich mit erheblichem Engagement um diese Thematik kümmern.

Eines muss allerdings auch klar sein an dieser Stelle: Großräumige Dieselfahrverbote und ganz besonders eine City-Maut auf dem Kölner Stadtgebiet sind mit uns nicht zu machen, denn eine solche pauschale Abgabe wie die City-Maut belastet die Kölnerinnen und Kölner, -

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Es soll ja nur untersucht werden!)

- die Pendlerinnen und Pendler gleichermaßen pauschal, unabhängig von ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit, Herr Kollege Detjen. Das ist auch eine Frage, die Ihre Wähler interessieren wird.

(Beifall bei der SPD)

Bevor nicht ausreichend alternative Mobilitätsangebote zur Verfügung stehen, ist und darf das aus unserer Sicht kein Thema sein.

Hinzu kommt - das muss ich Ihnen alles nicht sagen -, dass das Ganze auch einen erheblichen Verwaltungsaufwand mit sich bringt und selbstverständlich auch die Kölner Wirtschaft belastet. Insofern freuen wir uns auf ein klares Signal des Ratsbündnisses. Wir können jetzt endlich einmal Position bei dem Thema beziehen.

Ein Hinweis noch: Es gibt einen Änderungsantrag von Schwarz und Grün - wenn ich das richtig sehe -, der bereits gestern im Finanzausschuss diskutiert wurde. Darin wurde in der sozusagen redaktionellen und vor allem inhaltlichen Fassung bis heute noch einmal aus unserer Sicht an substanzieller Stelle etwas geändert, was sehr in unsere Richtung geht. Insofern können wir uns auch da eine Zustimmung gut vorstellen.

Wir bleiben aber dabei: Unser Änderungsantrag ist weitergehend. Wir wollen, dass jetzt konkrete Maßnahmen ergriffen werden, und halten unseren Änderungsantrag daher aufrecht. Denn wir sind der Auffassung, dass kurzfristig etwas pas-

sieren muss. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und darf um Zustimmung bitten.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Welcker hat das Wort.

Katharina Welcker (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren des Rates! Ganz kurz: Wir freuen uns darüber, dass jetzt hier etwas passiert. Wir sind sehr froh darüber, dass diese Vorlage gekommen ist, Herr Dr. Rau.

Luftreinhalteplanung der Stadt Köln ist wirklich ein umfassendes und weitgreifendes Thema, bei dem man nicht einmal eben, wie Herr Struwe uns das gerade erzählen wollte, ein paar kleinere Anträge irgendwo einbringt, und dann läuft die Sache schon. So ist das nämlich genau nicht.

(Beifall bei der CDU und Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Luftreinhalteplanung beinhaltet Stadtentwicklung, wobei wir einerseits planen wollen, wo die Bürger, die in diese Stadt ziehen möchten, leben sollen, andererseits muss aber die Luftqualität trotzdem erhalten bleiben. Sie betrifft den Verkehr, sie betrifft Luftschneisen, die wir durch diese Stadt erhalten müssen, und sie betrifft auch eine Belastung, die von außerhalb in diese Stadt kommt. Auch die müssen wir - auch wenn wir sie nicht durch Beschlüsse beeinflussen können - im Blick haben.

Aus diesem Grunde haben wir den Änderungsantrag oder den Erweiterungsantrag gestellt. Es ist eigentlich kein Änderungsantrag, denn wir sind mit dem, was Herr Rau macht, sehr einverstanden. Wir freuen uns, dass erst einmal Fakten untersucht werden, -

(Zuruf von Michael Weisenstein [Die Linke.]

- bevor man mit Aktionismus in die Sache hineingrätscht. Dann nämlich kann man auch konkret an den Punkten, zu denen wir jetzt Untersuchungen machen, etwas verändern und etwas leisten.

Herr Struwe, ich möchte Ihnen einmal sagen: Ich bin 2009 in den Rat gekommen. Damals waren der Clevische Ring und die sensitive Ampelschaltung auch schon auf der Tagesordnung. Warum - wenn Sie das so dringend wollen - ha-

ben Sie das in den Jahren, als Sie die Gelegenheit dazu hatten, nicht endlich umgesetzt?

(Beifall bei der CDU)

Insofern sind es doch jetzt hier nicht die ersten Anträge, die von Ihnen blockiert werden. Es ist doch nie etwas passiert.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Weil die Koalitionspartner und die Grünen die ganze Zeit gepennt haben!)

- Das mag sein, aber jetzt nehmen wir das in Angriff, und wir nehmen es in einem vernünftigen Konzept in Angriff. Dann werden wir das auch in irgendeiner Form umsetzen können.

(Zurufe)

Nichtsdestotrotz ist es doch vom Grundprinzip zunächst einmal wichtig, die Fakten darzulegen, um zu wissen, wo man an dieser Stelle handeln will - so, wie wir auch an anderen Stellen erst einmal Informationen sammeln, bevor wir aktiv werden, denn sonst schmeißen wir Geld zum Fenster hinaus, das uns am Ende nichts bringt.

Deshalb stellen wir auch diesen Änderungs- oder diesen Ergänzungsantrag - so will ich es einmal lieber nennen -, weil wir sagen: Aus der Sache heraus muss sich dann auch etwas entwickeln, was die Gesamtheit der Stadt mitnimmt im Rahmen des Runden Tisches, den Herr Rau gegründet hat. Aber - das ist eben das Entscheidende daran - wir haben auch viele Punkte, die wir selbst gar nicht entscheiden können. Deshalb ist es wichtig, auch, wie Sie sagen, das Zeughaus mit ins Boot zu nehmen. Nur dann kann aus diesem Schuh auch wirklich etwas werden, womit diese Stadt laufen kann.

Es ist wichtig, die Luftreinhaltung in den Griff zu bekommen. Wir müssen handeln, wir wollen handeln, wir wollen selbstbestimmt handeln, aber wir können das nur im Verbund mit anderen tun, die auch an dieser Schraube mitdrehen. Das werden wir tun. Wir werden dieses Heft des Handelns in die Hand nehmen. Wir warten auf die Zahlen, die dann kommen werden, und dann werden wir diese Dinge in Angriff nehmen. Deshalb haben wir auch gesagt, dass über alle Bereiche hinweg mit allen gesprochen werden soll, um ein Konzept zu entwickeln. Ich kann nicht erkennen, Herr Struwe, dass Ihr Antrag da in irgendeiner Form weitergehend ist. Ich würde einmal behaupten, dass wir doch etwas mehr und breiter aufgestellt sind, als Sie es sind.

Ich freue mich, dass Sie unserem Antrag durchaus etwas abgewinnen können, und vielleicht können Sie sich dann doch entschließen, unserem Antrag zuzustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank hat das Wort.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Werte Damen und Herren! Wir hatten gestern schon eine heftige Kontroverse im Finanzausschuss, wobei sowohl die Vorlage als auch alle Änderungsanträge vorlagen. Dabei ist mir noch einmal eines klar geworden, das man hier auch noch einmal klarstellen muss: Wenn es in der letzten Wahlperiode um Fragen von Klimaschutz oder Luftreinhaltung gegangen ist, sind wir mit der damaligen rot-grünen Partnerschaft nicht besonders weit gekommen, und das lag nicht an den Grünen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb ist das sehr wohlfeil, wenn vielleicht auch lieb gemeint von Rafael Struwe, jetzt einzufordern, was verpasst worden wäre. Es gab viele Gelegenheiten. Wenn ich allein an die ursprüngliche Planung der Verwaltung zu Klimaschutz und Luftreinhaltung denke, die schon im Vorfeld gestoppt wurde - das zu forcieren, dazu hat die damalige Umweltbeigeordnete viel beigetragen, aber sie konnte sich nicht durchsetzen -, das ist auch ein Teil der Wahrheit.

Das Zweite ist, dass die jahrelangen Versäumnisse auf Ebene der Bundesregierung zum Thema Luftreinhaltung sich natürlich jetzt niederschlagen, indem es nämlich in den größeren Städten zu akuten Gefährdungssituationen kommt. Dann ist es natürlich so, dass dann auch über drastische Maßnahmen nachgedacht wird, die zum Beispiel in temporären oder auch in längeren und großflächigen Fahrverboten münden können, und der eine oder andere denkt dann auch über die City-Maut nach.

Wir von grüner Seite sind dafür, ergebnisoffen alle Möglichkeiten, insbesondere auch kurzfristige, zu prüfen -

(Zuruf von Michael Weisenstein [Die Linke.]

- und zu schauen, welche Wirkungen sie haben, um tatsächlich dieser starken Gefährdung, -

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Warum dann der Änderungsantrag?)

- der die Menschen ausgesetzt sind, tatsächlich Herr zu werden, damit die Situation sich zumindest teilweise verbessert.

Insofern kann ich den Antrag der SPD-Fraktion nicht nachvollziehen, der sich vor allem damit auseinandersetzt, worüber man nicht nachdenken soll, was man sozusagen tabuisieren soll, und sich dabei teilweise mit den Freien Demokraten trifft, -

(Martin Börschel [SPD]: Na, dann ist es ja gut!)

- bei denen das aber nicht verwunderlich ist, weil es eben eine Autofahrerpartei ist. Wenn man das so ernst nimmt und das gleich beschließen würde, dann bleibt alles so, wie es ist. Darüber muss man sich im Klaren sein.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt ist aber das Entscheidende, dass bei der Frage der Luftreinhalteplanung die Kompetenz und die Entscheidung nicht bei den Kommunen, nicht beim Stadtrat und nicht bei der Verwaltung liegt, sondern bei der Bezirksregierung, da die Bezirksregierung verpflichtet ist - aufgrund der EU-Richtlinie 2008/81 -, für Emissionsminderung zu sorgen, wenn die Situation so akut ist, wie sie sich jetzt darstellt.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Das muss man aber vorher tun!)

Wir begrüßen den Vorschlag - damit ist der Umweltbeigeordnete Rau von sich aus nach vorn gegangen -, durch einen Runden Tisch alle Akteure zusammenzurufen und alle Möglichkeiten zu prüfen. Das begrüßen wir ausdrücklich.

Letztendlich wird die Entscheidung jedoch bei der Bezirksregierung liegen, und da habe ich den Eindruck, dass das manche nicht wahrnehmen wollen, sondern glauben, man könnte das beeinflussen. Die Versäumnisse können dazu führen, dass letztendlich auch drastische Maßnahmen notwendig sind - entweder weil es die Gerichte so wollen oder weil auch eine Bezirksregierung und eine Landesregierung dann letztendlich verantwortlich handeln müssen.

Deshalb ist es hier völlig fehl am Platze, zum Beispiel temporäre Fahrverbote zu tabuisieren. Man sollte sich verstärkt darauf vorbereiten - das wird spätestens nach der Bundestagswahl wieder Thema sein -, inwieweit die Umweltzone und die Bestimmungen für die Umweltzone ausge-

dehnt werden und ob es dann auch so etwas gibt, was derzeit als Blaue Plakette gehandelt wird.

Dieser Weg ist unumkehrbar, außer, wir wollen uns hier alle vergiften. Insofern sollten wir hier eine ehrliche Debatte führen. Unser Zusatzantrag, der auf den Vorschlägen der Verwaltung aufsetzt, dient dazu, hier voranzukommen, und ist insofern sicherlich eine Hilfe. Es wäre gut, wenn wir darüber hier möglichst eine breite Mehrheit herstellen können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Rafael Struwe [SPD]: Eine Nachfrage bitte!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, Herr Struwe hat eine Nachfrage.

Rafael Struwe (SPD): Nur zum Verständnis, Herr Kollege Frank. Sie sagten, man müsse das ergebnisoffen prüfen. Ich habe das so verstanden, dass eine City-Maut dadurch auch noch infrage kommt.

In dem schwarz-grünen Änderungs- oder Ergänzungsantrag - oder wie auch immer man ihn nennt -, den Sie bei dieser Gelegenheit versucht haben vorzustellen, steht aber, dass Sie das nicht für ein geeignetes Mittel halten. Was gilt jetzt?

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Es gilt immer das, was wir hier beantragen. Das ist völlig klar.

(Lachen bei Jörg Detjen [Die Linke.]

Ich habe damit ausgedrückt, dass wir als Grüne auch diese Maßnahme ergebnisoffen geprüft hätten. Das heißt nicht, dass man sie einführt, -

(Rafael Struwe [SPD]: Aha!)

- sondern wogegen wir uns aussprechen, ist, von vornherein zu tabuisieren.

(Rafael Struwe [SPD]: Wie das in dem Antrag gemacht wird!)

Hier ist es jetzt so, dass der Zusatzantrag so gewählt worden ist, damit wir überhaupt zu vernünftigen Maßnahmen kommen. Denn wenn ich mir die anderen Anträge anschau, bleibt alles so, wie es ist.

(Rafael Struwe [SPD]: Aber keine geeignete Maßnahme ist für Sie nicht tabuisieren?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (Die Linke.): Danke schön.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war jetzt noch einmal ein ganz interessanter Disput zwischen Herrn Frank und Herrn Struwe. Daran möchte ich direkt ansetzen.

Herr Frank, ich würde Sie darum bitten, mir kurz Ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Herr Frank, Sie haben eben dargelegt, dass Sie der Auffassung sind, dass man ergebnisoffen prüfen müsse. Da sind wir völlig Ihrer Meinung, Herr Frank.

Ihr Handeln ist jedoch völlig unlogisch. Wenn Sie wirklich offen darüber diskutieren wollen, welche Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung in Köln notwendig sind, dann hätten Sie nur die Beschlussvorlage Ihrer Verwaltung beschließen müssen. Die ist nämlich sehr gut. Darin stehen alle Maßnahmen. Das muss nur geprüft werden.

(Beifall bei Die Linke.)

In Wirklichkeit ist es doch so - dazu hätte ich gern anschließend eine Stellungnahme -, dass alle Fraktionen plötzlich im Wahlkampf Angst haben, sie könnten es sich mit den Autofahrern verschmerzen. Das ist bei der FDP nichts Neues, das ist bei der SPD nichts Neues, das ist bei der CDU nichts Neues. Neu ist das bei den Grünen.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

- Ja, natürlich. Warum - das müsst ihr mir bitte jetzt einmal erklären, warum ihr von vornherein die City-Maut ausschließen wollt.

(Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das tun wir ja gar nicht!)

- Natürlich, das steht doch in eurem Antrag drin. Das ist schlicht und ergreifend nicht nachvollziehbar.

Zweiter Punkt. Wir haben hier die Situation, dass die Stadt in der Verantwortung ist, deswegen sollte die Stadt auch Vorschläge machen, um Eingriffe zu verhindern, wie zum Beispiel absolute Fahrverbote, die dann durch höhere Instanzen

durchgesetzt werden. Ihre Taktik ist eindeutig: Ihr lasst jetzt die Karre vor die Wand fahren, wir erreichen wieder Spitzenwerte, und dann kommt irgendwann das Gericht oder die Bezirksregierung und sagt: Zack, Fahrverbot an den und den und den Tagen - entweder für Dieselfahrzeuge oder für Fahrzeuge mit geraden oder ungerade Nummernschildern. Dann könnt ihr euch alle schön zurücklegen und sagen: Oh, die Bezirksregierung, das Gericht hat es beschlossen. Wir können nichts dafür. Das, meine Damen und Herren, ist völlig unverantwortlich.

(Beifall bei Die Linke.)

Als ich mich mit dem Thema beschäftigt habe und meine Rede geschrieben habe, habe ich gedacht: Eigentlich müsste die Überschrift für diese Rede „Denkverbote“ sein: Denkverbote bei der SPD, Rafael Struwe, Denkverbote bei der FDP sowieso, Denkverbote bei der CDU, Verantwortung abgeben an die Bezirksregierung bei den Grünen. Das, meine Damen und Herren, wird der Sache überhaupt nicht gerecht.

Ich möchte noch einen Satz zu der absurden Verknüpfung Auto und soziale Frage sagen. Das wird Herr Houben jetzt noch einmal mit Sicherheit richtig schön herausarbeiten wollen. Das ist zwischendurch hier auch schon angekungen.

Das ist eine absurde Debatte, meine Damen und Herren. Wenn wir uns einmal anschauen, wer unter den Autos und unter den Stickstoffbelastungen leidet, sehen wir, dass das die armen Leute sind. Unsere Aufgabe ist es doch, insbesondere die Gesundheit der armen Leute in dieser Stadt im Fokus zu haben, weil sie sich eben nicht ein schönes Häuschen irgendwo leisten können, -

(Beifall bei Die Linke. und bei Gute Wählergruppe Köln)

- wo keine Einfallstraßen sind und wo es weitaus weniger Stickoxide gibt.

Diese Verknüpfung ist doch fast lächerlich. Gehen Sie doch heute einmal an den Clevischen Ring - Lärm, Dreck und Gift - und erkundigen sich bei den Anwohnern, ob irgendeiner dabei ist, der sagt: Oh, ihr wollt mir das Autofahren verbieten. Die Leute, die da wohnen, sind arm. Sie haben gar kein Auto. Wir müssen für ihre Gesundheit da Sorge tragen.

(Zuruf von der FDP)

- Ja, genauso ist es.

Das ist der eigentliche Punkt, Herr Houben. Das muss im Fokus unserer Bemühungen stehen.

Meine Damen und Herren, ich möchte Sie noch einmal bitten, Ihre Änderungsanträge, die Sie heute vorgelegt haben, zurückzuziehen und zunächst einmal die Verwaltung in Ruhe arbeiten zu lassen. Die Verwaltung wird uns sagen - da habe ich ganz großes Vertrauen in Herrn Dr. Rau -, was vernünftig und unvernünftig ist. Dementsprechend sollten wir beschließen, und nur so können wir einen Beschluss von oben verhindern. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Houben hat das Wort.

Reinhard Houben (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Weisenstein, ich will einmal auf andere Punkte eingehen. Das ist schon sehr nett, dass Sie einige Argumentationen von uns so gut vortragen können. Vielleicht ist ja doch etwas daran.

(Heiterkeit bei der FDP)

Nur ein Hinweis: Der zweitgrößte Hotspot in Köln ist Weiden. Weiden ist mir nun nicht unbedingt als ein Ort besonders armer Menschen bekannt. Das nur zu Ihrer Argumentation eben.

Zu unserem Änderungsantrag: Wir wollen, meine Damen und Herren, dass sich jetzt einmal hier einige bekennen. Wir haben nämlich nach der Berichterstattung in verschiedenen Kölner Zeitungen die unterschiedlichsten Äußerungen unterschiedlicher Politiker hier in Köln gehört, wie sie sich zu einzelnen Maßnahmen, die in diesem 25-Punkte-Programm stehen, nun politisch positionieren wollen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Fünf Punkte!)

Das scheint ja die Hauptsorge der Anträge zu sein, dass man genau diese Frage heute nicht beantwortet. Deswegen haben wir ganz konkret fünf Punkte aufgegriffen, die unserer Meinung nach - wenn man die Vorlage der Verwaltung aufmerksam liest - zum Teil kaum umsetzbar sind und zum Teil keine Wirksamkeit zeigen.

Beispielsweise Nr. 16: „Einschränkung von Pkw-Stellplätze“. Das möchten wir streichen. Dazu steht in der Vorschlagsliste: Wirkung gering.

„Alternierende Zufahrtsbeschränkung/Dieselfahrverbote“ - in der Vorlage der Verwaltung: kaum umzusetzen.

„Erweiterung der Umweltzone bis zur Stadtgrenze“: Wirkung gering, maximal 2 µg/m³ NO₂ in der Reduzierung.

Oder auch „Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h bzw. 40 km/h“: Dazu gibt es, was die Wirkung angeht, überhaupt keine Bemerkung in der Vorlage.

Deswegen haben wir diese vier Maßnahmen aufgenommen, ebenso die City-Maut, da nach den Äußerungen in der Presse zumindest eine deutliche Mehrheit der Fraktionen hier diese Maßnahme von vornherein ablehnen könnte.

Ich kann an der Stelle die CDU-Fraktion nicht verstehen, Herr Petelkau, dass Sie gemeinsam mit Ihrem Bündnispartner, den Grünen, jetzt einen Änderungsantrag einbringen, der im Grunde noch eine Verschärfung der Maßnahmenmöglichkeiten produziert, die eigentlich die Verwaltung vorschlägt.

(Bernd Petelkau [CDU]: Nein! - Beifall bei der FDP)

Lieber Kollege Kienitz, lesen Sie einmal die Vorlage der Verwaltung und lesen Sie einmal Ihren Änderungsantrag. - Die Sprache erinnert mich sehr an Jörg Frank. Ich weiß es nicht, es könnte sein, dass er ihn federführend formuliert hat. - Darin schreiben Sie: besonders auch laut Anlage 1 der Maßnahmen sollte man prüfen. - Die Anlage 1 ist nun nicht die Verwaltungsvorlage oder der Verwaltungsvorschlag, sondern der Vorschlag des Umweltverbandes. Darin steht zum Beispiel, meine Damen und Herren: ein kostenloses ÖPNV-Ticket.

Frau Oberbürgermeisterin, Sie hatten über die Ehrlichkeit von Anträgen gesprochen. Ich hätte daher gern einmal von den Grünen und der CDU Vorschläge, wie man denn die Umsetzung dieser Maßnahme finanziert. Vielleicht sollte man den ganzen Vorgang in die Haushaltsplanberatungen einbringen - nach der Logik von eben, Frau Oberbürgermeister.

Also, meine Damen und Herren, es sind eine ganze Menge Maßnahmen, die wir für nicht durchsetzbar, nicht vernünftig handelbar und auch nicht besonders wirksam halten. Deswegen möchten wir gern, dass über diese Maßnahmen heute abgestimmt wird.

(Beifall bei der FDP)

Erlauben Sie mir auch noch einige weitere Bemerkungen. Glauben Sie im Ernst, dass der Durchschnittspendler nicht in der Lage ist, durch geschicktes Verhalten ein Auto mit einer geraden oder einer ungeraden Nummer zu bekommen? Das können Sie gern einführen. Ich glaube, durch Nachbarschaftshilfe oder in Haushalten mit zwei Pkw wird das Problem umgangen.

Halten Sie es wirklich für sinnvoll, Köln zur Umweltzone zu machen? Ich weiß nicht, wie im Stadtbezirk Chorweiler oder Porz die Bauern darauf reagieren werden, wenn all ihre Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen davon betroffen sind. Ich weiß nicht, wie Sie das umsetzen wollen.

(Beifall bei Teilen der FDP)

Meine Damen und Herren - wir hatten die Diskussion schon einmal -, wir wollen weiterhin, dass die Menschen in der Kölner Innenstadt leben dürfen. Dazu gehört auch die Möglichkeit, ein Auto zu benutzen. Deswegen, meine Damen und Herren, wäre es in dieser Debatte ehrlicher, einmal einige Maßnahmen, die ausschließlich politisch motiviert sind, kritisch zu hinterfragen. Man sollte sich auch trauen, seine eigenen Aussagen in der Presse dann in ein konkretes Abstimmungsverhalten umzusetzen.

Was mir fehlt, liebe Umweltpolitiker - das ist in den Fachgesprächen mit Herrn Dr. Rau auch schon angesprochen worden -: Warum gibt es keine Vorschläge, in Stuttgart diese speziellen Moosbäume - so nenne ich sie einmal - einzusetzen? Warum setzt man nicht darauf, mehr Bäume in der Stadt zu pflanzen?

(Jörg Detjen [Die Linke.] lacht)

Das könnte auch helfen. Ein Vorschlag einmal außerhalb der Reihe.

Eine letzte Bemerkung, Frau Oberbürgermeisterin: Wissen Sie, wie wir den Menschen am Clevischen Ring am meisten helfen würden? Wenn wir dafür sorgen würden, dass endlich diese Baustelle Grenzlandtunnel geöffnet wird.

(Beifall bei der FDP)

Dann würden die Leute nämlich nicht von der Autobahn quer über den Clevischen Ring in die Innenstadt über die Mülheimer oder die Zoobrücke fahren, sondern - wie es früher war - bis zum Autobahnkreuz Ost und dann zur Zoobrücke abbiegen. Dann würden wir das größte Problem für die Menschen vor Ort lösen, anstatt hier zum Teil Scheindebatten zu führen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth hat das Wort.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Kollege, nur eine Nachfrage: Sie erwähnten Stuttgart. Können Sie mir gerade helfen: Welche Farbe hat der Oberbürgermeister, der dort regiert?

Reinhard Houben (FDP): Das wissen Sie doch selbst, dass in Stuttgart ein Grüner regiert. Aber Sie wissen sicherlich auch, dass in Stuttgart eher das Problem der Feinstaubbelastungen und nicht der Stickoxidbelastungen das entscheidende Thema ist und dass Stuttgart geografisch eindeutig anders liegt als die Stadt Köln.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hegenbarth.

Thomas Hegenbarth (Piraten): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Houben, ich sage Ihnen, wie das mit dem KVB-Ticket geht: Fahrscheinlos! Das ist das Semesterticket für alle. Das funktioniert schon seit vielen Jahren in NRW.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie haben ja keine Ahnung!)

Herrn Professor Monheim, der ein großer Anhänger davon ist und das durchgesetzt hat, -

(Ralph Sterck [FDP]: Das geht doch heute schon!)

- empfehle ich mal an alle.

(Ralph Sterck [FDP]: Sie haben keine Ahnung!)

Ich habe verdammt viel Ahnung, weil ich das Thema seit Jahren bewerbe, und ich bin nicht der einzige. Das machen große Teile der Gesellschaft auch.

Zum eigentlichen Thema: Liebe Kolleginnen und Kollegen, „ein Ausdruck der Hilflosigkeit“ oder „Lachnummer“ standen als Kommentare in der Presse, oder „Unsinn des Jahres“, das ist ein

CDU-Zitat, oder „peinlich“, das hat, glaube ich, Martin Börschel gesagt. So die lautesten Stimmen der Presse der Parteien gegenüber dem City-Maut-Vorschlag - mehr war das ja nicht - von Herrn Dr. Rau.

Michael hat das schon ein bisschen angedeutet: Wir müssen doch dankbar für die Diskussion sein, aber auch dafür, dass er den so oft zitierten neuen Politikstil einmal wörtlich genommen hat.

Als ich im letzten Verkehrsausschuss sagte, dass man von einem Beigeordneten auch einmal erwarten kann, dass er nicht alles und jedes abspricht, gab es bezeichnenderweise Gelächter.

(Peter Kron [SPD]: Ja, so ist es!)

Das ist überhaupt nicht lustig vor diesem Hintergrund. Wenn die europäische Umweltagentur sagt, dass circa 47.000 Menschen an den Folgen des Feinstaubes sterben, dann ist das verdammt unwitzig und nicht darüber zu lachen. Ich halte das nämlich für ziemlich gut, dass unser Umweltdezernent mutig mit Vorschlägen nach vorn gegangen ist. Eigeninitiative und den Kopf aus der Deckung zu halten, sind nicht gerade kölsche Tugenden unserer Verwaltungsspitzen.

Weniger lustlos und mutlos war dann, wie er zurückgepfiffen wurde, weil er im Wahlkampf eine solche Diskussion um die City-Maut nicht gebrauchen kann. Eine Lektion, die er nun wirklich nicht lernen musste.

Als politischer Parteivertreter bin ich es natürlich gewohnt, dass Anträge abgelehnt werden. CDU, SPD, FDP und genauso die lieben Grünen haben unseren Antrag auf eine ergebnisoffene Prüfung einer City-Maut in Köln in eben diesem Verkehrsausschuss gar nicht erst durchgewunken. Das sage ich als jemand, der in der Frage neutral steht und erst einmal in einem Gutachten über die Vor- und Nachteile einer solchen Maßnahme informiert werden möchte, bevor man im Vorfeld einfach nur die Diskussion wegfegen will - so, wie es passiert ist und auch heute hier passiert. Das war wirklich unlustig und mutlos in dieser wichtigen Diskussion um die Luftreinhaltung in Köln.

(Beifall bei den Piraten und bei Die Linke.)

Unfreiwillig komisch ist hingegen die SPD mit ihrem rhetorischen Ringeltäubchen-Änderungsantrag, denn dieser setzt dem Ganzen noch einen drauf, indem sie einerseits einen „abgestimmten Handlungskatalog“ erreichen will, dies jedoch mit der Forderung nach

alle denkbaren Handlungsansätze und -alternativen zu nutzen, um großräumige ...Fahrverbote und insbesondere eine City-Maut auf Kölner Stadtgebiet zu vermeiden

- verbindet.

Großartig. Besser habe ich noch nie gehört, wie man ein Denkverbot rechtfertigt.

Dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag hätten wir zugestimmt. Wir stimmen selbstverständlich nicht dem SPD-Änderungsantrag zu und erst recht nicht der Streichliste der FDP.

Ich frage mich ernsthaft, was denn überhaupt noch an wirklichen Maßnahmen zur Luftreinhaltung bestehen bleiben soll. Müsst ihr dem Image der Autofahrerpartei eigentlich immer wieder gerecht werden? Überrascht uns doch einmal nachhaltig!

(Beifall bei den Piraten)

Auch Sie, Herr Houben, überraschen Sie mich doch einmal!

(Zuruf von der FDP: 20 Punkte stehen noch in der Liste!)

Dem Antrag von CDU und Grünen gegenüber enthalten wir uns - nur aus einem Grunde -, um eben Schlimmeres zu verhindern.

Liebe Grüne, ich gebe euch an der Stelle wirklich einen ernsthaften Hinweis: Ihr fragt euch wirklich ernsthaft, warum euch weitgehende Kompromissbereitschaft gegenüber der Union bei ökologischen Grundsatzentscheidungen als Schwäche vorgeworfen wird? Mich und viele andere Kölnerinnen und Kölner wundert es nicht. Das seht ihr leider auch an euren Umfrageergebnissen.

Ich denke, der Stadt hätte es mehr geholfen, wenn wir die Luftreinhalteplanung der Stadt Köln erst nach der Wahl präsentiert hätten. Da wäre mehr möglich gewesen. Insoweit ist es ausgesprochen schade.

Vorhin habe ich schon für einen kurzen Werbeblock gesorgt, als ich vom Buch von Frank Überall gesprochen habe, und Niklas Kienitz hatte für einen Pizzaservice Werbung gemacht - übrigens eine coole Idee, auf die ich auch gern gekommen wäre. Das gibt es jetzt natürlich auch von uns.

(Niklas Kienitz [CDU]: Es kann nicht jeder so cool sein wie ich! - Beifall bei der CDU)

- Ja, ja, ich weiß.

Wir Piraten bleiben weiter auch beim Feinstaub nicht untätig. Ab sofort verleihen wir eine begrenzte Anzahl von Feinstaubmessgeräten, die man auch selbst bauen kann. Zukünftig kann man nach dem Vorbild der Open Data in Stuttgart eine Karte von Köln erstellen, in der auch die Belastung in den Veedeln dauerhaft und klar ersichtlich wird.

Die vier offiziellen Standorte reichen uns bei 1,1 Millionen Menschen in Köln nicht aus. Bei uns kann man zum Feinstaubaktivisten werden. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Piraten)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie müssen später noch erzählen, wie es war. Das interessiert uns natürlich auch.

(Michael Frenzel [SPD]: Da müsst ihr mal auf die Seite gehen!)

Ich zitiere jetzt von der Webseite des Max-Planck-Instituts einen Artikel vom 16. September 2015. Darin geht es um Luftverschmutzung als Ganzes. Das Max-Planck-Institut geht in Deutschland von 35.000 Toten durch Feinstaub, Ozon und Luftverschmutzung generell aus. 35.000 Tote pro Jahr! Wir wissen, wie das ist. Das ist immer die Crux an der Sache, dass die Erkrankten das später nicht nachweisen können, woher sie ihre Erkrankungen - wie etwa Lungenkrebs oder Ähnliches - bekommen haben. Aber das MPI geht von 35.000 Toten aus.

Es stimmt natürlich, und das sagen viele: „Es ist gar nicht unbedingt das Auto schuld, das ist die Braunkohle, es sind Kleinfeueranlagen etc.“, aber der Verkehrsanteil von diesen 35.000 Toten im Jahr wird mit 20 Prozent gerechnet. 7.000 Menschen im Jahr sterben durch Verkehrsemissionen. Das sind doppelt so viele, wie durch eigentliche Verkehrsunfälle sterben.

Wenn wir das einmal grob auf Köln übertragen, sind das rund 100 Menschen im Jahr, die aufgrund Verkehrsemissionen sterben. Das kann nicht weiter hingenommen werden. Deswegen gibt es auch diesen EU-Erlass, deswegen ge-

winnen auch die Deutsche Umwelthilfe und andere die Prozesse, und deswegen ist die Zeit der Freiwilligkeit vorbei.

Das bedeutet, dass wir eben auch - wenn es anders nicht geht - über Fahrverbote und über eine City-Maut nachdenken müssen.

(Zuruf von der CDU: Dann darfst du aber dem Grünen-Antrag nicht zustimmen!)

- Dazu komme ich gleich.

(Zuruf von der CDU: Da bin ich einmal gespannt!)

- Herr Houben hat es schon verstanden.

Auch das Umweltbundesamt hält Straßenbenutzungsgebühren für gerechtfertigt und schreibt, dass eine City-Maut unter bestimmten Voraussetzungen helfen kann, verkehrs- und umweltpolitische Ziele zu erreichen.

Es ist natürlich klar, dass nicht einfach irgendeine Maut irgendwie geht, sondern das ist das, was wir uns natürlich überlegen müssen, wie das in Köln am sinnvollsten geregelt werden kann, wenn dieses Mittel notwendig sein sollte. Daher ist es gut, wenn man sich rechtzeitig darüber Gedanken macht.

Michael Weisenstein, du hast natürlich vollkommen recht, wenn du hier konstatierst, dass bei diesen ganzen Änderungsanträgen -

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Das sind alles Verschlechterungen!)

- es alles Verschlechterungen sind, weil wir Wahlkampf haben -

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Dann musst du erklären, warum du diesen Verschlechterungen zustimmst!)

- und alle Angst vor den Wählern haben.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Du wahrscheinlich auch!)

Kommen wir daher zur Akzeptanz von Fahrverboten und auch einer City-Maut. Ich möchte dazu auch Herrn Dr. Rau noch einmal ansprechen. Das Problem ist, dass in Kölns Bevölkerung dieses gesundheitsgefährdende Potenzial überhaupt nicht bekannt ist. Es gibt zwar die Messstellen am Clevischen Ring, die Leute sind aufgewacht, aber der Zusammenhang zwischen sozialer Lage, Gesundheit und Umweltgiften ist vielen überhaupt nicht klar.

Das zweite Problem ist, dass das auch überhaupt nicht erfasst ist. Es existiert als Datengrundlage überhaupt nicht, um daran arbeiten zu können.

(Beifall bei Gute Wählergruppe Köln)

Wenn wir das hätten - das gehört eben auch zu einem Maßnahmenpaket -, dann wäre die Akzeptanz von Fahrverboten und einer City-Maut eine ganz andere.

(Jörg Detjen [Die Linke.] meldet sich.)

Meldest du dich, oder hast du eine Zwischenfrage?

Jörg Detjen (Die Linke.): Herr Zimmermann, wenn Sie so schöne Reden halten über Ökologie und Sie jetzt gleich Zünglein an der Waage sind - warum stimmen Sie dann dem schwarz-grünen Antrag zu? Wenn Sie dem nicht zustimmen würden, hätten wir keine Mehrheit, und dann gäbe es die Verwaltungsvorlage; die hätte dann eine Mehrheit. Warum taktieren Sie jetzt dafür?

(Beifall von Michael Weisenstein [Die Linke.])

Thor-Geir Zimmermann (Gute Wählergruppe Köln): Ich taktiere nicht. Abgesehen davon können wir auch gern beim Du bleiben.

Wenn man sich die Vorlage genau durchliest - das hat Herr Houben auch gemacht -, dann liest man eben, dass eine City-Maut nicht ausgeschlossen wird in dem Antrag von Schwarz-Grün.

(Zuruf von Reinhard Houben [FDP])

Es ist eine wachsweiche Sollerklärung.

(Zuruf von der CDU - Beifall bei der FDP)

Es soll davon abgesehen werden. Sie wird als am wenigsten geeignet betrachtet, aber sie wird nicht partout ausgeschlossen.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: In der Vorlage auch nicht!)

- Ja, in der Vorlage auch nicht. Wir haben hier aber, wie ihr selbst auch festgestellt habt, eine ganz große „Autokoalition“ aus FDP, CDU und SPD.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Und ihr stimmt dem kleineren Übel zu, oder was?)

- Wir stimmen dem kleineren Übel in dem Sinne zu, weil wir sonst hier im Rat eine andere Mehrheit gehabt hätten -, -

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Nein, dann hätten wir die Verwaltungsvorlage!)

- nein, nein, nein - die sich ganz anders positioniert hätte zu Fahrverboten und zu einer City-Maut.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Wenn ihr so abstimmt! - Jörg Detjen [Die Linke.]: Was kriegst du denn dafür? Erzähl mal! - Beifall bei Teilen der CDU - Niklas Kienitz [CDU]: Lass dich doch nicht aus dem Konzept bringen!)

- Nein. Solche Deals machen wir auch nicht. Das ist doch totaler Quatsch. Die Vorlage von Schwarz-Grün ist okay. Sie schließt eine City-Maut nicht absolut aus. Sie ist zum Beispiel wesentlich offener Fahrverboten gegenüber als der Antrag der SPD.

(Beifall bei der FDP und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Daher ist er von den Änderungsanträgen, die hier vorliegen, weitaus der grünste Antrag, der mir hier zur Verfügung steht.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Wir brauchen keinen Änderungsantrag! Die Vorlage ist gut!)

Ja, da kann ich mich jetzt nur wiederholen - meine Redezeit ist auch abgelaufen -: Wir bekämen sonst eine andere Mehrheit für einen anderen Antrag. Deswegen ist dieser schwarz-grüne Antrag okay. Mit dem kann man leben. Wir werden uns selbstverständlich weiterhin dafür einsetzen, dass eine City-Maut und ein Fahrverbot hier weiter überlegt und durchdacht werden können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Guten Wählergruppe Köln, bei den Piraten und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte sehr, Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Frau Oberbürgermeisterin, ich bitte um Einzelabstimmung der einzelnen Punkte aus dem FDP-Antrag.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Frank, eine Wortmeldung? - Bitte.

Jörg Frank (Bündnis 90/Die Grünen): Wie auch elektronisch zu ersehen ist, gibt es formal zwei Änderungsanträge von CDU und Grünen. Wir ziehen den Antrag aus dem Finanzausschuss zugunsten des Antrages, der unmittelbar im Rat gestellt ist, hiermit zurück, damit es da gleich keine formale Verkantung gibt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen. Zunächst über den Änderungsantrag der SPD, dann über den Änderungsantrag der FDP - auf Wunsch von Herrn Wortmann punktweise Abstimmung - und als Drittes über den Änderungsantrag von CDU und Grüne, der heute gestellt worden ist.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen. Wer dem Änderungsantrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? - Von CDU, Linke, FDP, Herrn Wortmann, Grüne, Ratsgruppe GUT, Piraten. Enthaltungen? - Enthaltungen von AfD. Dann ist er abgelehnt.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag der FDP abstimmen. Als Erstes lasse ich abstimmen die Nr. 1: „Erweiterung der Umweltzone bis zur Stadtgrenze – wird gestrichen“. Wer ist dafür? - Das sind die FDP, Herr Wortmann und die AfD. Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Nr. 3: „Alternierende Zufahrtsbeschränkung“. Wer wünscht, dem zuzustimmen? - Die FDP, Herr Wortmann und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Damit ist er abgelehnt.

Nr. 7: „Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h bzw. 40 km/h – wird gestrichen.“ Zustimmung? - Von der FDP, Herrn Wortmann und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Nr. 16: „Einschränkung von Pkw-Stellplätzen im öffentlichen Raum – wird gestrichen.“ Zustimmung? - Von FDP, Herrn Wortmann und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er auch abgelehnt.

Nr. 25: „City-Maut – wird gestrichen.“ Zustimmung? - FDP, Herr Wortmann und AfD. Enthaltungen? - Dann ist auch das nicht beschlossen.

Jetzt lasse ich noch über den Antrag der FDP insgesamt abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP, Herr Wortmann und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er so abgelehnt.

Jetzt lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag 0555/2017 von CDU und Grünen. Wer diesem Antrag zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die CDU, die Grünen, die Ratsgruppe GUT.

(Ralph Sterck [FDP]: Echt gut von den Guten!)

Dann frage ich nach Enthaltungen. - Es enthält sich die Ratsgruppe die Piraten. Dann ist das so beschlossen.

Die Vorlage in geänderter Fassung. Wer wünscht, dieser Vorlage in der geänderten Fassung zustimmen? - Das ist die SPD-Fraktion, das sind die Grünen, das ist die CDU-Fraktion, das ist die Fraktion GUT. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Ach so, Enthaltungen. Enthält sich noch jemand? - Die Piraten enthalten sich.

Ich bedanke mich sehr. Die Verwaltung wird dann beauftragt, das Gesamtkonzept vorzulegen, aber ich bedanke mich bei Ihnen dafür, dass Sie heute dieses Thema einmal so ausführlich diskutiert haben. Das war, glaube ich, sehr notwendig für die Stadt.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

10.21 Beitritt zum Bündnis „Kommunen für Biologische Vielfalt e. V.“ 4221/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Von der FDP -

(Zuruf: Und die SPD!)

- und SPD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

10.22 Digital Hub Cologne GmbH: Änderung des Gesellschaftsvertrages 0347/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

10.23 Teilplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV; Mitteilung über eine Kos-

tenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i. V. m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2017 bei der Finanzstelle 6901-1202-0-0220, Erneuerung Asphaltdecke Zoobrücke 0497/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

10.24 Verstoß gegen die Treuepflicht nach §§ 32, 43 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW 0849/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Die AfD rügt sich selbst!)

10.25 Gute Schule 2020 - Umsetzung des Förderprogramm des Landes NRW 4316/2016

Gibt es Wortmeldungen zu 10.25? - Bitte sehr.

Heiner Kockerbeck (Die Linke.): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz unser Abstimmungsverhalten erläutern. Das Programm „Gute Schule 2020“ ist von der Schulverwaltung sehr gut ausgearbeitet worden. Es ist so konzipiert, dass es am realen Bedarf der Schulen orientiert ist. Von daher werden wir der Vorlage zustimmen.

Es hat aber in den verschiedenen Ausschüssen und Bezirksvertretungen durchaus Änderungsanträge gegeben, teilweise mit einer Kritik, die wir als Die Linke. auch teilen.

Eine Kritik der Fraktion Die Linke. entzündet sich an der Erwähnung von ÖPP in der Beschlussvorlage, also an Verwendung von ÖPP in geringerem Maße.

Im Schulausschuss wurde dieser Begriff herausgenommen, durch „effizienteste Beschaffungsform“ ersetzt, aber ist deshalb nicht ausgeschlossen. In Ehrenfeld hat die Bezirksvertretung mit einem Änderungsantrag explizit ÖPP ausgeschlossen im Rahmen dieses Programms.

Es ist also in den Gremien festzustellen, dass in vielen Fraktionen - wie wir denken zu Recht - Vorbehalte gegen diese Form der Abwicklung von Aufträgen existiert.

Im Finanzausschuss hat Herr Frank von den Grünen gestern versichert, bei „Gute Schule 2020“ gäbe es keinen ÖPP. Für diese Aussage nehmen wir ihn natürlich gern beim Wort.

Der zweite Kritikpunkt meiner Fraktion betrifft die Arbeitsgelegenheiten, die 1-Euro-Jobs im Rahmen der Erledigung von Aufträgen an den Schulen oder auf dem Schulgelände, Anstreicharbeiten, Garten- und Landschaftsbauarbeiten. Es handelt sich dabei nach unserer Auffassung nicht um zusätzliche Maßnahmen, weil genügend örtliche Handwerksbetriebe zur Verfügung stehen, die diese Arbeiten ausführen können und gern ausführen würden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Thelen.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte nur kurz darauf antworten. Die erste Sache ist ausgeräumt. Für die kleinen Maßnahmen, wozu auch Turnhallen gehören, kommt ÖPP überhaupt nicht infrage. Ich meine, man sollte wirklich bei der Schwierigkeit, die wir im Schulbau bzw. im ganzen Bereich haben, nichts dagegen vorbringen, dass die effizienteste Maßnahme, was von der Gebäudewirtschaft vorgeschlagen worden ist, durchgeführt wird.

Zu dem zweiten Punkt: Wir müssen wirklich dafür sorgen, dass in den Schulen nach deren Wünschen die Maßnahmen ankommen. Das müssen wir in dieser Form, in der es von der Verwaltungsvorlage vorgeschlagen worden ist, tun. Deshalb müssen wir dem widersprechen, was ihr dazu gesagt habt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Weisenstein?

Michael Weisenstein (Die Linke.): Wir wollen die einzelnen Punkte getrennt abstimmen lassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, das habe ich schon aufgenommen.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Danke!)

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann gibt es den Wunsch der Linken, getrennt

abzustimmen, zunächst über Punkt 1 und 3 der Vorlage, dann über Punkt 2 der Vorlage. Anschließend lasse ich über die Vorlage insgesamt abstimmen in der Fassung wie Schulausschuss.

Ich beginne mit Punkt 1 und 3 der Vorlage. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Bei Punkt 2 frage ich nur noch nach Gegenstimmen; das ist vielleicht einfacher. - Gegenstimmen der Linken. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Vorlage gesamt in der Fassung Schulausschuss: Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

10.26 Kliniken der Stadt Köln gGmbH hier: Übernahme von Ausfallbürgschaften 0133/2017

Gibt es Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Freie Wähler Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe vorab eine Frage, Frau Klug. Mich hat heute Vormittag oder gegen Mittag eine Notiz von Ihnen erreicht, und ich habe versucht, die jetzt einmal schnell durchzulesen und zu vereinnahmen.

Ist es richtig, dass die Geschäftsführung sagt, dass sie die 7,5 Millionen Euro innerhalb von drei Jahren amortisiert? Ist das so? - Das müsste ich zumindest anzweifeln, sage ich einmal.

Ich komme aber jetzt in einem kurzen Vortrag noch dazu.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Man muss es doch nicht immer anzweifeln!)

Schon in der Diskussion im Finanzausschuss hat sich gezeigt, dass die Vorlage doch sehr dünn ist. Für mich besteht da noch erheblicher Beratungsbedarf, und ich würde am liebsten diese Vorlage in einen nächsten Ausschusstermin hineinschieben, damit es dann wirklich entschieden wird, oder wir machen es heute.

Hier geht es um das Essen. Das ist der übergeordnete Punkt. Die Kliniken wollen ihre Speisen- und Essensstrukturen umorganisieren. Für mich geht es dabei um den Wettbewerb im Markt all-

gemein. Das ist für mich eine Anpassung an sehr harte Marktbedingungen. Dafür wird eine Bürgerschaft gewünscht.

Die Amortisationszeit von drei Jahren würde bedeuten, dass Sie pro Bett 5.000 Euro Einsparungen oder Mehreinnahmen generieren müssen oder 42 Euro pro Patient.

Das ist aus meiner Kenntnis der Lage fast unmöglich, aber vielleicht kann der Geschäftsführer der Klinikgruppe dazu etwas sagen.

Darüber hinaus vermisste ich - wenn es so ein wichtiger Punkt ist - im Wirtschaftsbericht, die ich mir zumindest bis zum Jahr 2015 angeschaut habe, einen Hinweis auf dieses anscheinend so wichtige Teil. Das steht noch gar nicht drin.

Darüber hinaus fehlen mir weitere Alternativmodelle, in denen professionelle Caterer dieser Eigenkalkulation gegenübergestellt werden, um es einmal kurz und knapp zu sagen.

Wir schlagen vor, mit weiteren Caterern in Verbindung zu treten, und möchten heute beantragen, dass die Evaluierung dieser Vergleiche im Gesundheitsausschuss und Finanzausschuss noch einmal diskutiert wird.

Ich möchte jedoch vor dem Hintergrund der 7,5 Millionen Euro noch einmal darauf hinweisen, dass wir seit den letzten Jahren diese Gruppe mit durchschnittlich 10,5 Millionen Euro Jahr für Jahr subventionieren. Wir haben voriges Jahr 50 Millionen Euro mehr oder weniger zugestanden, um Abrechnungsprobleme und Abrechnungsausstände auszugleichen. Der Abbau dieser Ausstände bzw. der 50 Millionen Euro geht sehr zäh vor sich.

Ich komme auf die Haushaltsrede zurück, die ich voriges Jahr gehalten habe, und weise noch einmal darauf hin, dass eine Veräußerung der Klinikgruppe - insbesondere dann, wenn die Klinikgruppe, wie sie sich auch in den Wirtschaftsplänen ausdrückt, „besseren Zeiten“ entgegensteht - ein sehr lukratives Geschäft für die Stadt ist und wir uns damit erhebliche Quersubventionen in den nächsten Jahren ersparen können. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte, bevor ich Herrn Paetzold das Wort gebe, noch einmal klarstellen, dass wir bitte in diesem und auch in keinem anderen Fall die Arbeit eines Aufsichtsrats machen sollen. - Herr Paetzold, Sie haben das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, vielen Dank für die Erklärung. Genau das wollte ich Kollegen Wortmann noch einmal erläutern. Bei den Kliniken der Stadt Köln handelt sich um eine ausgegründete gGmbH, die über einen vom Rat bestückten Aufsichtsrat verfügt, der da seine Arbeit macht, wie das auch bei allen anderen städtischen Gesellschaften der Fall ist. Ich glaube, das sind Dinge, die im operativen Geschäft liegen und die wir nicht hier im Rat diskutieren müssen.

(Zuruf von Walter Wortmann [Freie Wähler Köln])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das sehe ich nicht. Dann frage ich nach Gegenstimmen. - Herr Wortmann, eine Gegenstimme. Enthaltungen? - Die FDP-Fraktion und die AfD-Fraktion enthalten sich. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

10.27 Weiterführung des Projekts „Optimierung von Früherkennung und Versorgung von Kindern und jungen Menschen mit Zeichen einer psychischen Störung“ und Anpassung der benötigten Stellenressourcen 0216/2017

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Gruppe Piraten
AN/0554/2017**

Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gar nicht so selten, dass wir hier im Rat Anträge in Ausschüsse verweisen, damit die Fachdiskussion dort geführt werden kann. Hier haben wir einen etwas anderen Sachverhalt. Wir bekommen hier eine Beschlussvorlage vorgelegt, ohne dass sie im zuständigen Fachausschuss diskutiert werden konnte. Deshalb müssen wir die Diskussion jetzt hier im Rat führen - auch wenn es schon spät ist; ich kann es nicht ändern.

Um es gleich vorweg zu sagen: Wir, die SPD-Fraktion, halten die Vorlage zur kinder- und jugendpsychiatrischen Beratung durch das Gesundheitsamt für sehr gut, eigentlich sogar für

zwingend. Ich bin mir auch sehr sicher, dass die gesamte Fachpartie, wenn wir es im Gesundheitsausschuss hätten diskutieren dürfen, zugestimmt hätte.

Ich rate all denen hier im Rat, die vielleicht Zweifel an der Sinnhaftigkeit dieser Aufgabe haben, sich die Begründung nebst der Evaluation einmal sorgfältig durchzulesen. Das lohnt sich wirklich.

Ich bin jetzt schon eine Weile im Rat, aber ich habe selten eine so zwingende Begründung einer Vorlage gelesen. Wirklich gut, Chapeau, Kompliment an die Verwaltung.

Das Problem dabei ist jedoch, dass trotz bester Begründung der Beschluss, der ganz zu Anfang steht, zu kurz greift, weil er nämlich dieses hervorragende Projekt nur um sieben Monate verlängern will - und das, obwohl die gesamte Begründung der Vorlage die Notwendigkeit der Entfristung geradezu herauschreit. Ich weiß nicht, was bei der Vorlage passiert ist, denn auf Seite 4 im fünften Absatz der Vorlage schreibt die Verwaltung selbst - ich zitiere wörtlich -:

Dies bedeutet ..., dass ... Stellen ... unbefristet eingerichtet werden müssen.

Da dieser Beschlussvorschlag zu kurz greift, möchten wir ihn mit unserem Änderungsantrag verbessern. Wir beantragen die Entfristung oder die unbefristete Fortführung der KJPB.

Lassen Sie mich ganz kurz - ich schaue auf die Uhr - die Gründe dafür erläutern. Eine siebenmonatige Verlängerung ist nicht nur suboptimal, sondern sogar schlecht. Zum einen geht man so nicht mit seinen Mitarbeitern um. Eine Verlängerung des Arbeitsplatzes um sieben Monate - das ist doch keine echte faire Berufsperspektive.

(Beifall bei der SPD)

- Vielen Dank. - Das ist aus der Sicht der Mitarbeiter.

Aus der Sicht der Stadt wird auch ein Schuh daraus, denn Sozialpädagogen und gerade Kinder- und Jugendpsychiater sind gefragte Leute auf dem Arbeitsmarkt. Sie können es in der Vorlage lesen: Der Stadt ist es nicht einmal gelungen, alle Facharztstellen zu besetzen, weil es eben so ein enger Markt ist und weil diese Menschen beinahe mit Gold aufgewogen werden.

Welcher Psychiaterin kann man denn verdenken, wenn sie eine Perspektive von sieben Monaten hat, dass sie sich nicht woanders einen unbefristeten Job sucht? Dann ist sie weg, und dann

stehen wir Anfang 2018 ohne Personal da. Das kann es ja auch nicht sein.

Ein Drittes. Gute Arbeit gerade in der Psychiatrie braucht vor allem eines: Kontinuität und Verlässlichkeit. Diese Arbeit hat viel mit Beziehung und Vertrauen zu tun. Es geht dabei um Netzwerke und Perspektiven über den Tag hinaus. Wie soll man so etwas aufrechterhalten und pflegen, wenn man gar nicht weiß, ob in sieben Monaten das Gegenüber noch da ist oder ein anderes ist?

Ein Letztes - das schaffe ich in der Zeit noch -: Wenn sich doch, so wie es scheint, Fachverwaltung, Fachwelt und auch die Fachpartie in der Politik darüber einig sind, dass dieses Angebot der KJPB dringend und unbedingt weitergeführt werden muss, warum beschließen wir dann nicht heute, es zu entfristen? Was geschieht denn bis zu den Haushaltsplanberatungen im Herbst noch, was irgendetwas an unserer Entscheidung und an der Notwendigkeit dieser Beratung ändern könnte? Ich bitte Sie daher sehr um die Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

Ich habe natürlich auch noch das Wort unserer Oberbürgermeisterin vom Anfang der Sitzung zu unserem Antrag zum Köln-Pass im Ohr, dass derjenige, der hier eine Zusetzung fordert, auch die Deckung dafür mitbringen muss. Das habe ich mir gut überlegt für diesen Antrag. Ich kann sie Ihnen nicht in Euro und Cent vorrechnen, aber zum einen tut das den Menschen, gerade den Kindern und Jugendlichen, sehr gut. Das ist ein Wert an sich. Den kann man den Betriebswirtschaftlern vielleicht nicht so vermitteln, aber trotzdem ist er wichtig.

Das andere ist - das können Sie aus der Vorlage der Verwaltung ganz gut herauslesen -: Ich glaube, dass wir jeden Euro, den wir heute in der kinder- und jugendpsychiatrischen Beratung einsetzen, in ein paar Jahren einsparen werden, und zwar nicht nur mit einer Rendite von 3 bis 4 Prozent, sondern sicherlich mit einer Rendite von 50 bis 100 Prozent, da - das steht in der Vorlage, deshalb kann man es auch gut zitieren - Kinder und Jugendliche, die heute nicht gescheit in psychiatrischen schwierigen Situationen betreut und aufgefangen werden, ihren Weg in die Zukunft und in das Arbeitsleben sicherlich nicht so gut schaffen, wie sie es tun, wenn sie jetzt gescheit beraten und betreut werden.

Also, auch vonseiten der Finanzen kann man eigentlich nur sagen: Stimmen Sie unserem Änderungsantrag zu. Sie tun den Kindern und Jugendlichen etwas Gutes und der Stadt zudem auch. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hat das Wort.

Jörg Detjen (Die Linke.): Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin! Herr Dr. Keller! Wir hatten im Jahr 2014 in Köln im Kommunalwahlkampf eine sehr intensive und heftige Diskussion über befristete Stellen. Wir hatten dann in der Praxis im Rat auch verschiedene Vorlagen, in denen auch Befristungen enthalten waren. Ich kann mich gut daran erinnern, dass wir mit SPD und Grüne verschiedene Vorlagen entfristet haben.

Dann hat der Oberbürgermeister am 1. Mai - ich betone: 1. Mai! - 2015 verkündet, es werde in Zukunft keine Befristungen mehr bei der Stadtverwaltung geben. Wir hatten im Jahr 2014 in etwa 1.000 Befristungen. Ich kenne die aktuellen Zahlen der Befristungen im Moment nicht, aber sie sind im Jahr 2015 deutlich zurückgegangen. Damals waren es nur noch 600, wie ich mich erinnern kann.

Deswegen verstehen wir nicht, dass man diesen Kurs fährt und sagt: Wir machen nur da Befristungen, wo es unbedingt sein muss. Es gibt auch Befristungen, die sinnvoll sind; das will ich gar nicht ausschließen. Für diese Stellen hier brauchen wir jedoch eine Entfristung. Da brauchen wir normale Stellen.

Es hat sich erwiesen - das hat damals auch Herr Kahlen eingesehen -, dass es eher kontraproduktiv ist, wenn man gute Fachkräfte braucht und weiterbeschäftigen will, wenn man sie befristet. Das führt einfach dazu, dass sie sich andere Wirkungskreise suchen.

Deswegen unser Antrag: Lassen Sie uns die Stellen, die klar und deutlich eine Perspektive haben, entfristen und sagen: Wir wollen diese Befristungspolitik nicht. Deswegen bitte ich Sie, Frau Oberbürgermeisterin, an die Tradition und das Wort von Herrn Roters am 1. Mai, zu entfristen und keine befristeten Stellen durchzuführen, anzuknüpfen. - Danke schön.

(Beifall bei Die Linke. und bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? -

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Ja. Ich kann das kurz und knapp vom Platz aus machen.

Inhaltlich liegen wir, glaube ich, nicht weit auseinander, wie es normalerweise im Gesundheitsausschuss üblich ist. Hier gibt es in der Tat einen logischen Bruch in dem Änderungsantrag der SPD. Es geht um Verstetigung von Stellen, und die Finanzierung wird mit Haushaltsmitteln im Jahr 2017 begründet, die im Moment leider noch nicht verausgabt sind für den Drogenkonsumraum. Das ist natürlich keine nachhaltige Finanzierung, und Bündnis 90/Die Grünen stehen für Nachhaltigkeit. Insofern haben wir an der Stelle ein Problem. Das ist sicherlich offensichtlich, dass das keine nachhaltige Finanzierung ist. Denn wir bekommen den Drogenkonsumraum hoffentlich noch in diesem Jahr; wir sind da guter Hoffnung. Deswegen empfehle ich, den Antrag in die Haushaltsplanberatungen zu übergeben.

An der Stelle würde mich, eben weil wir es im Fachausschuss nicht beraten konnten - diesbezüglich teile ich die Meinung des Kollegen Paetzold -, trotz fortgeschrittener Zeit die Meinung von Herrn Dr. Rau interessieren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Strahl hat das Wort.

Dr. Jürgen Strahl (CDU): Ich möchte mich dieser Argumentation anschließen. Es geht hier nicht darum, dass wir befristen oder nicht befristen. Es geht darum, dass diese Maßnahme bis zum 31.12. vom Land gefördert wird.

(Michael Paetzold [SDP]: Nein, 5.!)

- Gut, ja.

Das heißt, wir würden jetzt in die Haushaltslage des nächsten Jahres eingreifen. Das wollen wir nicht, denn wir sind in der glücklichen Lage, endlich einmal nach Jahren einen Haushaltsplan aufzustellen, der zeitig eingereicht wird. Das wollen wir nicht dadurch thesaurieren, dass wir jetzt schon Stellen dort hineinschreiben.

Schlimm ist, dass wir das im Gesundheitsausschuss nicht besprechen konnten, denn wir wissen, sowohl die SPD als auch die Grünen als auch wir sind mit dieser Arbeit sehr zufrieden, wir empfinden sie als unverzichtbar, und wir sind einheitlich dafür, die Arbeit fortzuführen.

Von daher wird unsere Empfehlung für die Haushaltsmacher dahin gehend auch eindeutig sein, dass wir empfehlen, diese Maßnahme weiter zu betreiben, wobei wir im Hintergrund sicherlich wissen: A) wird es nicht aus Mitteln des Drogenkonsumraums passieren können, und b) wird es auch nicht aus Mitteln des relativ kleinen Volumens des Gesundheitshaushalts kommen können. Darüber wird man sich sicherlich Gedanken machen müssen, wie man das extern finanziert.

Von daher möchten wir den Antrag der SPD jetzt ablehnen, allerdings mit der Zusage an die Mitarbeiter, dass wir uns jede Mühe geben, dort die Arbeit lückenlos anzuschließen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Paetzold direkt dazu.

Michael Paetzold (SPD): Herr Kollege Dr. Unna, Sie hatten ja ein Problem mit unserem Antrag, weil Sie meinten, wir wollten auch schon 2018 mit dem Drogenkonsumraum in 2017 finanzieren. Das stimmt nicht so ganz. Wenn Sie sich einmal unseren Antrag ansehen - Seite 2 oben, extra unterstrichen -:

Die Verwaltung wird beauftragt eine Finanzierung über das Jahr 2017 hinaus im Rahmen der Haushaltsplan-Aufstellungen 2018 ff sicherzustellen.

Da steht nichts mehr von Drogenkonsumraum. Der Vorschlag, das in 2017 aus Mitteln zu nehmen, die wir für den Drogenkonsumraum noch nicht aufgewandt haben, stammt von der Verwaltung. Das stimmt. Das Geld ist leider noch übrig. Das bedauern wir beide, dass wir noch keinen gefunden haben. Aber da waren wir schon recht sauber in unserer Begründung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte das bitte noch einmal für alle weiteren Anträge klarstellen: Derjenige, der den Antrag stellt, muss die Deckung anbieten.

(Michael Paetzold [SPD]: Ja, ja!)

Zu sagen: „Wir stellen jetzt einen Antrag, und die Verwaltung soll die Deckung finden“ - das wird nicht funktionieren.

(Beifall von Dr. Ralf Unna [Bündnis 90/Die Grünen])

Ich bin die Allerletzte, die diese Maßnahme für unwichtig hält. Ich bin auch diejenige, die immer sagt: Wenn es keine befristeten Dinge sind, dann ist es auch nicht zu befristen. Aber die Entfristung ist hier nicht finanziert, das muss man leider einsehen. Deswegen ist ein Verweis in die Haushaltsplanberatungen vielleicht der richtige Weg. Da sie dieses Jahr früher als sonst sind, ist das vielleicht der Weg, auch den wichtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesem Projekt ein Ziel aufzuzeigen. Sie sind ja bisher auch noch da. Wenn wir heute nicht beschließen, dann endet es an der Stelle. Ich gebe das nur einmal zu bedenken.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und von Dr. Jürgen Strahl [CDU])

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Paetzold noch einmal?

(Michael Paetzold [SPD]: Nein, danke! Es hat sich erledigt!)

Herr Dr. Rau, wenn Sie aus fachlicher Sicht noch etwas dazu sagen wollen.

Dr. Harald Rau: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Mich freut sehr die große Zustimmung, die ich für dieses Projekt höre.

Es ist in der Tat so: Was können wir Besseres tun, als unsere Jugend so gesund wie möglich in das Leben zu schicken? Das Projekt ist deshalb unbestreitbar wichtig.

Warum meine Vorlage befristet war, ist genau der Punkt: Ich selbst konnte in meinem Dezernat die Deckung langfristig nicht herstellen. Das war genau das Thema.

An dem Punkt sind wir alle miteinander gefragt. Wenn es uns allen so wichtig ist, müssen wir die Deckung beibringen. Deshalb ist der Vorschlag, damit in die Haushaltsberatungen zu gehen, ein Vorschlag, mit dem ich gut weitermachen könnte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Unna.

Dr. Ralf Unna (Bündnis 90/Die Grünen): Entschuldigen Sie, dass ich mich jetzt ein zweites Mal melde.

Ich möchte wirklich an die Kollegen von der SPD appellieren und auch versprechen, dass wir, wenn wir die Chance haben, das Thema im Gesundheitsausschuss noch einmal zu behandeln, dann ganz sicher in der Lage sein werden, einen Konsens herzustellen, wie wir immer dazu in der Lage waren. Wenn wir zusammen den Konsens gefunden haben, können wir auch entsprechend auf die Financer aller Fraktionen nachhaltig einwirken, sodass das durchfinanziert wird.

Im Moment ist das jedoch genau meine Auffassung von Deckung - ich habe den Satz auf Seite 2 oben schon gelesen -: keine Art von Deckung für 2018 ff. Deswegen würde ich dringend dazu raten, damit wir dieses Projekt jetzt nicht scheitern lassen, dass wir es jetzt alle gemeinsam bis Ende des Jahres über die Hürde heben und dann von der Verwaltung vielleicht auch die Chance und die Zusage bekommen, dass wir es im Gesundheitsausschuss beraten können, damit wir dann in guter alter Tradition einstimmig eine Meinung herstellen können. Deswegen mein Appell an Sie, das heute mit breiter Mehrheit zusammen zu beschließen.

(Zuruf: Das machen wir sowieso!)

- Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Herr Paetzold.

Michael Paetzold (SPD): Ich sehe, dass wir mit unserem Änderungsantrag wohl keinen Erfolg haben werden, was ich sehr bedaure. Ich würde daher doch gern die Zusage der Verwaltung mit nach Hause nehmen, dass wir es wirklich dann auch im Gesundheitsausschuss beraten dürfen. Zu den Ausführungen des Vorsitzenden habe ich nämlich noch kein Kopfnicken gesehen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das steht in der Vorlage.

Michael Paetzold (SPD): Dass das im Ausschuss noch einmal beraten wird, steht da, glaube ich, nicht drin, oder?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Doch.

Der Rat beschließt, das ... bis zum 31.12.2017 fortzuführen und beauftragt

die Verwaltung zu prüfen, inwieweit eine Finanzierung über das Jahr 2017 hinaus im Rahmen der Haushaltsplan-Aufstellungen ... sichergestellt werden kann. Zur Fortführung des Projektes über das Jahr 2017 hinaus, wird dem Rat eine neue Vorlage zur Entscheidung vorgelegt

- und dann natürlich auch im geregelten Verfahren erst dem Gesundheitsausschuss.

Michael Paetzold (SPD): Das ist nicht das, was der Vorsitzende des Ausschusses gewollt hat. Wenn ich ihn recht verstanden habe, wollte er es in einer der nächsten Sitzungen haben, damit wir die Chance haben, in den HPL-Beratungen auf unsere Financer einzuwirken, uns zu helfen, dieses Projekt weiterzuführen.

(Jörg Frank [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann ist das Projekt tot! Es ist eine Frist darin!)

- Das haben wir schon verstanden. Wir sind einen Schritt weiter.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, das ist aber, glaube ich, jetzt erklärt, das erst zu beschließen -

(Michael Paetzold [SPD]: Das war sehr klar.)

- und dann so schnell wie möglich wieder in die Beratungen zu geben.

(Michael Paetzold [SPD]: Wir waren schon einen Schritt weiter. Aber ich glaube, wir beide haben uns verstanden, und ich habe gesehen, Dr. Rau hat auch genickt. Dann passt es.)

- Das haben wir. Okay, dann bedanke ich mich vielmals und lasse abstimmen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Der Antrag steht noch!)

Ach so, ich muss erst über den Änderungsantrag --

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Ja, erst über den Antrag!)

- Ja, Entschuldigung.

Dann lasse ich erst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Der Linken auch! Gemeinsamer Antrag! - Michael Paetzold [SPD]: Und der Piraten!)

Über den Änderungsantrag von SPD, Die Linke. und Piraten lasse ich jetzt abstimmen. Wer wünscht, diesem Antrag zuzustimmen? - Das ist die SPD-Fraktion, das sind Die Linke. und die Piraten. Wer Enthält sich? - Niemand. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die ursprüngliche Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag so beschlossen, vielen Dank, und das Verfahren wird so, wie verabredet, durchgeführt.

Ich rufe auf

10.28 Wirtschaftsplan 2017 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 0243/2017

Gibt es Wortmeldungen? - Keine? Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

10.29 Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte Neubau/Erweiterung/Generalsanierung von Schulgebäuden durch Total- oder Generalunternehmer 0864/2017

**Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0549/2017**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/0550/2017**

Dazu gibt es Wortmeldungen. Zunächst Frau Halberstadt-Kausch, bitte.

Inge Halberstadt-Kausch (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Sie haben heute Mittag in dem Sonderausschuss, den wir zu dieser Vorlage hatten, unseren Ergänzungsantrag abgelehnt. Da wir Ihrer Argumentation aber entnommen haben, dass Sie ihn - er war auch sehr kurzfristig gestellt - offenbar nicht richtig interpretiert oder gelesen haben und das Thema uns sehr wichtig ist, wollte ich ihn jetzt noch einmal erläutern, auch wenn es Ihnen nicht passt.

Wie wir eben schon im Sonderausschuss gesagt haben, stimmen wir der Verwaltungsvorlage ausdrücklich zu. Wir sind froh darüber, dass nun

endlich Bewegung in die festgefahrene Situation beim Schulbau kommt. Die beiden Wege, die die Verwaltung in ihrer Vorlage vorschlägt, werden von uns grundsätzlich mitgetragen. Das bezweifeln wir auch gar nicht.

Unter Punkt 1 der Vorlage werden 15 Maßnahmen aus der langen Liste an Schulbaumaßnahmen herausgenommen und durch die Vergabe an General- oder Totalunternehmer beschleunigt. Das steht auch in unserem Ergänzungsantrag eins zu eins so drin.

Wir sind jedoch der Ansicht, dass das nur ein erster Aufschlag sein kann. Wir dürfen doch die übrigen Schulen nicht aus dem Blick verlieren. Es gibt inzwischen eine Liste mit mehr als 200 erforderlichen Schulbaumaßnahmen. Diese Schulen wollen auch eine Perspektive.

Wir konnten der Pressemitteilung der Oberbürgermeisterin entnehmen, dass mit der Handwerkskammer zu Köln eine Mittelstandsinitiative vereinbart wurde. Darin sollen im gleichen Zeitraum weitere 15 Baumaßnahmen - es sind wohl weitgehend Schulbaumaßnahmen - im Fachlosverfahren gewerkeweise vergeben werden. Auch das ist grundsätzlich begrüßenswert. Jedoch stellen sich uns die Fragen: Wie passt das alles zusammen? Wie ist das verwaltungsintern abgestimmt? Nach welchen Kriterien wurden diese Projekte ausgesucht?

Ein weiteres Thema ist die Modulbauweise. Wir haben im letzten Jahr eine Funktionalausschreibung für fünf Schulen in Modulbauweise beschlossen. Auch dies soll nur ein erster Ansatz sein und muss auf weitere Projekte ausgeweitet werden.

Damit das aber nun alles zusammenpasst und sich nicht gegenseitig behindert, was dann unweigerlich im Chaos endet, brauchen wir dringend eine Gesamtstrategie, die wir in unserem Antrag als Ergänzung zu den 15 Sofortmaßnahmen auch einfordern.

Was den Punkt 2 der Vorlage betrifft, freuen wir uns sehr, dass unser Vorschlag für eine Sondereinheit für den Schulbau, den wir schon im November letzten Jahres gemacht haben, nun von der Verwaltung aufgegriffen wurde.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grünen, haben unseren Antrag damals jedoch abgelehnt. Ich glaube, es war die Kollegin Henk-Hollstein, die es sogar als Wahnsinn bezeichnet, eine weitere Organisationsform neben der Gebäudewirtschaft zu installieren.

Jetzt ist dieser Wahnsinn für Sie plötzlich -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wahnsinnig gut!)

- wahnsinnig gut und alternativlos.

(Heiterkeit)

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Ist das nicht Wahnsinn?

- Horst Thelen [Bündnis 90/Die Grünen]: Man kann klüger werden!)

- Ja, Chapeau. Eine solche dramatische Kehrtwende innerhalb von vier Monaten - alle Achtung. Es hängt wohl davon ab, von wem der Vorschlag kommt.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Sie wollen wohl die ganze Gebäudewirtschaft zerschlagen? - Beifall bei der SPD)

Wir sind auch nicht grundsätzlich gegen das Düsseldorfer Modell, das Herr Dr. Keller vorgeschlagen hat, diese externe Lösung, die Sie als „schnelles Beiboot“ bezeichnet haben.

(Martin Börschel [SPD]: Ganz im Gegenteil!)

Aber, Herr Dr. Keller, Sie werden es mir verzeihen: Düsseldorf ist eine sehr schöne Stadt und - wie Köln - eine wachsende Stadt, aber nicht der alleinige Nabel der Welt. Es gibt auch andere schöne, große, schnell wachsende Großstädte in diesem Land, wie zum Beispiel München oder Hamburg. Soweit ich weiß, lösen diese Städte ihre Schulbauprobleme eher mit internen Priorisierungslösungen.

Wir bitten daher die Verwaltung, uns in unserem Ergänzungsantrag, sowohl externe als auch interne Lösungsansätze einmal darzustellen. Es sollte doch möglichst bis zur nächsten Ratssitzung im Mai möglich sein, uns die Vor- und die Nachteile der jeweiligen Form darzustellen.

Zum Schluss: Die Verwaltung hat eben in der Sondersitzung angedeutet, dass sowohl die von uns geforderte Gesamtstrategie als auch die Darstellung der verschiedenen Organisationsformen durchaus machbar sei, ohne dass die vorgeschlagene Sofortmaßnahme für die elf Standorte zeitlich behindert würde.

Wir bitten Sie daher, dass Sie noch einmal darüber nachdenken. Falls Sie es dennoch weiter ablehnen, hoffen wir ganz einfach im Sinne der vielen Schulen, die auf eine Strategie warten, dass es wieder so läuft wie im letzten November: Wir machen einen guten Vorschlag, Sie lehnen ihn reflexartig, weil er von der SPD kommt, ab, aber die Verwaltung ist so vernünftig, nimmt die

Vorschläge auf und setzt sie dann um, und dann haben wir das erreicht, was wir wollen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben hat als Nächster das Wort, bitte.

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Erst der Antragsteller! - Zuruf: Es ist eine Verwaltungsvorlage! - Dr. Helge Schlieben [CDU]: Okay, wie Sie wollen!)

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank. - Herr Kockerbeck, Sie reden bitte nach mir.

Wir wollen hier eigentlich nicht die Diskussion aus dem Schulausschuss wiederholen.

(Beifall von Dr. Ralph Elster [CDU] und von Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen])

Denn was ist da schon viel zu kurz gekommen? Ich sage, Frau Oberbürgermeisterin, herzlichen Dank, liebe Mitglieder der Verwaltung und auch insbesondere die zuständigen Dezernenten. Ich sehe die Schuldezernentin - vielen Dank -, ich sehe unseren zuständigen Baudezernenten, Herrn Höing, vielen Dank. Endlich kommt Bewegung in den Schulbau. Das ist doch die zentrale Aussage, um die es hier und heute und seit Wochen geht.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und Teilen vom Bündnis 90/Die Grünen)

Genau das hat die Verwaltung über die verschiedenen Dezernate hinaus, über die verschiedenen Parteien hinaus getan. Wir hatten einen guten Vorschlag, und niemand kann sagen: Er war nicht von vorn bis hinten eingebunden. Wir hatten auch die Runde bei der Frau Oberbürgermeisterin, in der man sich ebenfalls darüber informieren konnte, und Sie hatten ausreichend Zeit in den Fraktionen, die Vorschläge zu beraten.

Ich möchte damit sagen: Ich kenne kaum ein Projekt, was ähnlich gut vorbereitet und auf breite Füße gestellt wird.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Diesem Projekt werden wir heute so, wie es von der Verwaltung, der Riege von Dezernenten und

der Frau Oberbürgermeisterin an der Spitze vorgestellt wurde, zustimmen.

(Beifall bei der CDU)

Alle anderen Dinge, die wir gern noch wollen, die man noch machen kann und die die SPD gar nicht originär in ihrem Antrag aufgenommen hat, die die Verwaltung nach meiner Kenntnis schon bearbeitet - ja, die können Sie auch machen. Das sind die mittel- und langfristigen Maßnahmen, die auch umgesetzt werden müssen. Die müssen wir heute hier nicht noch einmal beschließen.

Wir beschließen hier heute ein kurzfristiges Soforthilfe und Nothilfeprojekt: 15 Maßnahmen an zehn bis elf Standorten. Nur darum geht es. Mir geht es nicht um andere Fragen, die auch wichtig sind: Umbau der Gebäudewirtschaft, der eigene Schulbau - in welcher Form auch immer.

(Zuruf von Die Linke.: Alles in einer Vorlage!)

- Nein, es steht als Information darin, dass die Verwaltung auch daran arbeitet, aber zentral sind erst einmal die 15 Maßnahmen, die wir beschließen.

(Jörg Detjen [Die Linke.]: Es waren zwei Vorlagen von uns! Das wäre uns lieber gewesen!)

- Einverstanden. Sie waren auch mit dabei in der Vorbereitung, denke ich.

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Wenn Sie Oberbürgermeister sind, machen Sie zwei Vorlagen!)

Jetzt haben wir die Vorlage. Bisher hat niemand gemeckert. Heute hatten wir eine Sondersitzung.

Abschließend sage ich - dann höre ich schon auf -: Frau Oberbürgermeisterin, wir stimmen natürlich zu. Wir danken Ihnen und der Verwaltung für die Arbeit. Wir halten das für gut und richtig, und wir wollen jetzt endlich sagen: entkoppeln und nicht miteinander verknüpfen. Das hat uns in das Desaster der letzten zehn Jahre geführt, dass wir immer alles bis zum Letzten diskutieren und verknüpfen müssen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Jetzt entzerren wir, machen eine kurzfristige Sofortmaßnahme, und natürlich müssen wir uns überlegen: Wie geht es in dieser Stadt mittel- und langfristig weiter? Aber das hat hier auch jeder verstanden.

Es geht daher nicht, dass man um 13.30 Uhr per Mail zu einer Sitzung, die um 14 oder 14.30 Uhr

beginnt, irgendeinen Änderungsantrag bekommt, obwohl das die Fraktionen, die das wollten, seit anderthalb bis zwei Wochen hätten tun können. Das ist nicht gut.

Jetzt zu sagen: „Ihr hattet doch jetzt in der Ratsitzung Zeit, wenn es vorhin ein bisschen zu kurz war.“ - Nein, wir haben hier auch Besseres zu tun, als diese Änderungsanträge zu studieren. Sie hätten uns all das letzte Woche schicken können, dann hätten wir in der Fraktion diese Woche beraten, aber bitte nicht um 13.30 Uhr und nur durch Zufall erreicht es dann die Sprecher oder zuständigen Fachreferenten. So geht es nicht.

Darum geht es aber gar nicht. Es geht heute um 15 Maßnahmen, die notfallmäßig auf den Weg gebracht werden. Deshalb noch einmal: Liebe Verwaltung, vielen Dank. Wir stimmen dem zu. Ich bin sicher, dafür gibt es eine Mehrheit. Wir lehnen die Änderungsanträge der Linken und SPD an der Stelle ab und freuen uns über die Arbeit der Verwaltung an dieser Stelle. - Danke.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Kockerbeck, bitte.

Heiner Kockerbeck (Die Linke.): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es klang eben schon an: Die Linke. kritisiert an der Vorlage der Verwaltung, dass einerseits Maßnahmen zum Schulbau, sozusagen ein Notprogramm, und zum anderen ein Beitrag zur Struktur der Gebäudewirtschaft miteinander verknüpft werden in dieser Vorlage. Deshalb möchten wir beantragen, dass diese beiden Punkte zunächst getrennt abgestimmt werden.

In Punkt 1 zum Maßnahmenprogramm werden der städtischen Gebäudewirtschaft 15 Schulbaumaßnahmen im Wert von weit über 240 Millionen Euro entzogen und an große Baukonzerne, an General- und Totalunternehmer übergeben. Das ist eine sehr gravierende Notmaßnahme, aber manchmal ist vielleicht nichts anderes möglich, um in Bewegung zu kommen. Das ist richtig.

Wir kritisieren aber, dass das regionale Handwerk dabei benachteiligt wird. Wir stellen deshalb in unserem Änderungsantrag die Forderung auf, dass bei den Ausschreibungen an die Generalunternehmer vorgesehen wird, dass in den Unternehmensvertrag eingearbeitet wird, dass ein

Anteil an Handwerkerleistungen an örtliche, damit meinen wir regionale - wenn Sie das bitte zu Protokoll nehmen würden -, Handwerksbetriebe vergeben wird. Wir möchten, dass 50 Prozent der Handwerkerleistungen an regionale Betriebe vergeben werden. Das wäre der erste Punkt unseres Änderungsantrages.

Insgesamt sind die Schulen, die in dem Maßnahmenprogramm vorgesehen sind, uns zu einseitig an den Gymnasien ausgerichtet. Wenn man die Schulplätze in der Maßnahmenliste addiert, kommt man auf fast 2.000 Schulplätze, die an Kölner Gymnasien gesichert oder neu geschaffen werden, während bei der Gesamtschule Innenstadt nur 240 Schulplätze gesichert werden. Wo ist beispielsweise das Projekt der Gesamtschule Höhenhaus oder der Gesamtschule Longerich?

Von daher hätten wir lieber gesehen, wenn auch - gerade, da die Anmeldezahlen jetzt vorgelegt wurden - Gesamtschulen stärker berücksichtigt würden.

Es ist dieses Jahr wieder so, dass rund 30 Prozent der Anmeldungen an Gesamtschulen nicht berücksichtigt werden konnten, nämlich 730 Kinder von insgesamt 2.500 Anmeldungen an Gesamtschulen. Diesen Umstand gibt es schon seit vielen Jahren. Wenn man die Zahlen von 2007 bis heute addiert, stellt man fest, dass in zehn Jahren 8.000 Kinder in Köln nicht auf eine Gesamtschule gehen konnten. Wir sind der Meinung, in diesem Maßnahmenprogramm muss diese Benachteiligung der Gesamtschulen aufgegriffen und teilweise zumindest korrigiert werden.

Der zweite Punkt, der die Gebäudewirtschaft betrifft, ist uns zu allgemein gehalten. Wir haben die Befürchtung, dass aufgrund der Diskussion, die es teilweise in den Medien und auch auf der Besprechung gab, die ganze Diskussion in Richtung der Entfernung - weg von Verwaltungsstrukturen - geht.

Es geht darum, eine Arbeitsgruppe der Gebäudewirtschaft zu gründen, und diese Arbeitsgruppe soll eine Rechtsform erhalten, möglicherweise einer GmbH. Bisher wurde nur die Rechtsform einer GmbH genannt.

Es wird gesagt, es könnten auch andere Rechtsformen erwogen werden oder auch eine Angliederung an die Verwaltung. Unser Ziel ist es, dass innerhalb der Verwaltung solche Strukturen geschaffen werden. Das geht in eine ähnliche Richtung wie bei der SPD.

Deshalb stellen wir den Änderungsantrag: Der Rat beauftragt die Verwaltung, eine Taskforce „Schulbau“ einzurichten, die mit ausreichend Personal aus der Gebäudewirtschaft sowie den Fachverwaltungen besetzt sein muss.

Der dritte Punkt unseres Änderungsantrages betrifft die Personalgewinnung und die Personalhaltung bei der Gebäudewirtschaft. Hier muss man sehen, dass die Parteien, die in den vergangenen vielen Jahren die Ratspolitik beeinflusst haben, bewusst auch eine Entscheidung mitgefällt oder mitgetragen haben, dass bei der Gebäudewirtschaft die Gehälter für Architekten und für Bauingenieure noch unter denen anderer Fachämter liegen, sodass die Gebäudewirtschaft in den letzten Jahren das Problem hatte, dass Beschäftigte gern in das Wohnungsamt oder in die Schulverwaltung wechselten und dort höher eingruppiert wurden.

Diese Art, Geld zu sparen, diese Art der Sparpolitik macht sich leider sehr negativ bemerkbar, wie wir alle wissen. Deshalb möchten wir, dass zum Beispiel auch direkt überlegt wird, die tariflichen Möglichkeiten besser auszuschöpfen, denn es gibt durchaus eine Bandbreite bei der Eingruppierung dieser entsprechenden Profession. - Vielen Dank.

(Beifall bei Die Linke.)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Herr Thelen, bitte.

Horst Thelen (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Da nicht alle vorhin im Schulausschuss waren, muss ich doch noch einmal auf den wesentlichen Punkt dieser Vorlage eingehen.

Wir haben nach einem Jahrzehnt, in dem wir versucht haben, den Schulbau zu beschleunigen, und tatsächlich mit unserem ehemaligen Partner das sehr schlecht bzw. nicht hinbekommen haben, jetzt endlich eine beschleunigte Maßnahme, wenn auch nur für 15 Maßnahmen, -

(Dr. Ralph Elster [CDU]: Aber immerhin!)

- aber tatsächlich ganz wichtige.

Zu diesen 15 Maßnahmen muss man noch einmal sagen: Die sind in einem Planungs- und Vorbereitungszustand, dass sie sofort umgesetzt werden können. Zum Beispiel gehören die

Grundstücke der Stadt Köln. Alles andere führt zu einer großen Zeitverzögerung.

Ich verstehe tatsächlich nicht, wieso die SPD und auch die Linken jetzt Zusatzanträge stellen. Der Zusatzantrag der SPD sieht vor, wieder ein Gesamtprogramm zu erstellen. Das ist aber doch gerade über zehn Jahre gescheitert. Nur durch das Herausnehmen aus einem solchen Gesamtprogramm haben wir jetzt die Chance einer Beschleunigung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist das Erste.

Auch die Ergänzungsvorschläge der Linken sind nicht zielführend. Sie sagen zum Beispiel, dass überproportional Gymnasialplätze geschaffen werden. - Ja, das stimmt tatsächlich. Aber warum? Weil zum Beispiel die genannte Gesamtschule Longerich in einem Jahr schon fertig ist, und auch für die Gesamtschule Höhenhaus sind die Pläne vollständig da. Das heißt, sie müssen gar nicht in dieses Programm einsortiert werden.

Die Plätze, die wir für das Gymnasium schaffen, sind nach Elternwünschen tatsächlich auch notwendig. Deshalb spricht nichts dagegen.

Alle Erweiterungen, die ihr gemacht habt, sind entweder schon geschehen bzw. führen tatsächlich zu einer neuen Verwaltungsvorlage, zu weiteren Besprechungsschleifen, die wir machen müssten, um das umzusetzen. Deshalb bleiben wir dabei, dass der jetzige Vorschlag der Verwaltung schnellstmöglich umgesetzt werden sollte. Ich bitte Sie darum, dieses Programm nicht durch weitere Anträge - auch in den nächsten Schulausschusssitzungen - zu verwässern. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt abstimmen. Es liegen Änderungsanträge von SPD und Die Linke. vor. Ich lasse zunächst abstimmen über den Änderungsantrag der SPD, dann über den Änderungsantrag der Linken und dann über die ursprüngliche Vorlage, zu Punkt 1 und 2 einzeln abgestimmt.

Wer wünscht, dem Änderungsantrag der SPD zuzustimmen? - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe den Änderungsantrag der Linken auf. Wer wünscht, dem Änderungsantrag der Linken zuzustimmen? - Das ist Die Linke. - Gibt es Enthaltungen? - Keine. Doch, hat sich jemand enthalten jetzt? Herr Wortmann? Sie haben mitgestimmt? - Gut. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über die ursprüngliche Vorlage abstimmen, zunächst über den Punkt 1. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Bei Enthaltungen der Linken beschlossen.

Punkt 2: Gegenstimmen? - Gegenstimmen der Linken. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Dann lasse ich über die Vorlage insgesamt abstimmen. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der Linken. Enthaltungen? - Keine. Vielen Dank, dann ist das so beschlossen.

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt

**10.30 Das „Kooperative Baulandmodell Köln - Richtlinie zur Anwendung in Bebauungsplanverfahren“
hier: Fortschreibung; geänderte Fassung gemäß Beschluss des Rates vom 14.02.2017
3559/2016/1**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/0556/2017**

Gibt es Wortmeldungen zu 10.30? - Herr Weisenstein.

(Michael Weisenstein [Die Linke.]: Wir können es gleich abstimmen!)

Es gibt also keine Wortmeldungen? - Herr Sterck.

Ralph Sterck (FDP): Wer hat hier seine Rede liegen lassen?

(Martin Börschel [SPD]: Lies sie einfach vor, dann werden wir es merken! - Heiterkeit)

- Mal schauen, was mir dann in die Schuhe geschoben wird.

Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich wollte nur von der schönen Veranstaltung berichten, die wir letzte Woche Montag auf dem Woh-

nungsbauforum gehabt haben. Eine wahre Sternstunde in diesem Haus! Denn ich konnte dort Augen- und Ohrenzeuge werden, wie die versammelte Wohnungswirtschaft unserem Wohnungs-Linksbündnis inklusive CDU ordentlich den Kopf gewaschen hat.

Da wurde endlich einmal Klartext geredet. Viel zu lang hatte ich das Gefühl, dass die Wohnungswirtschaft stillgehalten hat - gerade beim kooperativen Baulandmodell. Die Politik hat es zugelassen, den Standort Köln immer weiter zu belasten.

Die FDP, meine Person hier im Rat und im Stadtentwicklungsausschuss - ich kam mir immer vor wie ein einsamer Rufer, der vor diesen Entwicklungen gewarnt hat, aber Gott sei Dank wurde das bei diesem Termin am letzten Montag entsprechend bestätigt, dass es eine breite Meinung in der Wohnungswirtschaft gibt, die meine Ansicht entsprechend teilt. Denn immer neue Auflagen, neue Kosten, neue Bürokratie lähmen den Wohnungsbau in dieser Stadt.

(Beifall bei der FDP)

Themen, die wir beraten haben, sind das Vorkaufsrecht für die Kommune, Themen wie Milieuschutzesatzung, in die wir gerade erst den Einstieg wagen, und auch dieses kooperative Baulandmodell, über das wir heute in der nächsten Stufe beraten - wieder mit Änderungen, die von der Politik hineingenommen wurden. Ich habe auch gesehen, dass einige Wünsche aus dem Termin am Montag aufgenommen worden sind, aber sicherlich nicht so viel, -

(Niklas Kienitz [CDU]: Doch! Das Problem ist, dass du überhaupt nicht mit denen gesprochen hast!)

- sodass wir die Entfesselung, die wir im Wohnungsmarkt bräuchten, bekommen werden.

(Beifall bei der FDP)

Es gab zum Beispiel einen Teilnehmer, der gesagt hat, er hätte auf die entsprechenden Unterlagen zur Prüfung vonseiten der Stadt ein Jahr warten müssen. - Kein Wunder, dass man dann nicht weiterkommt.

Es gab einen Investor - ein ganz neues Argument, was ich da gehört habe -, der gesagt hat, er hätte in Berlin ein Grundstück gekauft, das eigentlich für Wohnungsbau vorgesehen gewesen wäre, und hätte sich anschließend dazu entschieden, dort komplett Gewerbe zu machen, weil sich das dort viel besser gerechnet hätte.

Das zeigt, dass Investoren auf die Idee kommen können, schlussendlich gar keinen Wohnungsbau zu realisieren.

Es gibt die alte Handwerkerweisheit, wonach man über das Anziehen einer Schraube sagt: Nach ganz fest kommt ganz lose, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Das ist genau das, was wir hier haben. Wir geben immer mehr Auflagen an die Investoren für Wohnungen hier in Köln und wundern uns anschließend, dass keine mehr gebaut werden.

Der Kollegin Jahn von den Grünen ist der Seufzer herausgerutscht, dass wir im Stadtentwicklungsausschuss gar nicht mehr so viele Vorlagen zu beraten hätten wie in der Vergangenheit. - Ja, meine liebe Kollegin, woran liegt das denn? Das liegt gerade daran, dass wir in dieser Stadt kein wohnungsbaufreundliches Klima erzeugen.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Hahaha, so ein Schwachsinn!)

Köln ist nicht München. Der Kölner Wohnungsmarkt ist nicht der Münchner Wohnungsmarkt, und auch die Kölner Stadtverwaltung ist leider noch nicht, liebe Frau Oberbürgermeisterin, die Münchner Stadtverwaltung.

Ich bin froh, dass Sie das Thema aufgreifen, dass Sie unsere Verwaltung leistungsfähiger machen, aber wenn Sie sich mit Investoren unterhalten oder wenn Sie sich mit einem ganz normalen Häuslebauer in Köln unterhalten, dann wartet er Monate auf seine Baugenehmigung. Die Baugenehmigung wird immer wieder zurückgeschickt, weil irgendeine Formalität fehlt, aber eine Baugenehmigung wird nicht erteilt. Das sind doch die Dinge, an denen wir arbeiten müssen, um Wohnungen in dieser Stadt zu errichten.

(Beifall bei der FDP)

Es ist sehr schade, dass die CDU all das in diesem breiten Bündnis mitträgt und nicht mehr von Ihnen kommt, um mehr für den Wohnungsbau in Köln zu machen. Es ist nun einmal leider so, und dann warte ich vielleicht auf das nächste Wohnungsbauforum, bei dem ich dann bemerke: Die FDP ist nicht nur der einsame Rufer, der heute hier wieder zu später Stunde vor Ihnen steht, sondern die Meinung der Freien Demokraten wird breit geteilt in der Kölner Wohnungswirtschaft. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP - Kirsten Jahn [Bündnis 90/Die Grünen]: Das stimmt doch gar nicht! Ralph, ich will auch das rauchen, was du jetzt gerade geraucht hast!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

(Unruhe)

Gibt es weitere Wortmeldungen, frage ich noch einmal. - Wenn das nicht der Fall ist, lasse ich jetzt abstimmen, und zwar zunächst über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grüne und das, wie gewünscht, in Einzelabstimmung.

Ich lasse über den Änderungsantrag von SPD, CDU und Grüne abstimmen, Beschlusspunkt 1, Änderung zu 2 a) und 2 d): Wer ist dagegen, meine Damen und Herren? - Das sind die FDP-Fraktion und die AfD. Enthaltungen? - Keine Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

Dann auch zum Beschlusspunkt 1, Änderung zu 2 b), 2 e), 2 f) und Beschlusspunkt 4. Gegenstimmen? - Von Die Linke. und FDP. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Beschlusspunkt 1, Änderung zu 2 c), Beschlusspunkte 2 und 3. Gegenstimmen? - Von der FDP und AfD. Enthaltungen? - Von den Linken. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag insgesamt abstimmen. Gegenstimmen? - Von FDP und AfD. Enthaltungen? - Von den Linken. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über die ursprüngliche Vorlage in der soeben geänderten Fassung abstimmen, meine Damen und Herren. Gibt es Gegenstimmen? - Von FDP und AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

(vereinzelt Beifall)

Ich rufe auf Tagesordnungspunkt

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 62459/03
Arbeitstitel: Vitalisstraße in Köln-Müngersdorf, 2. Änderung
0180/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

14 Erlass von Veränderungssperren

14.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Porz-Gremberghoven
Arbeitstitel: Eisenbahnsiedlung in Köln-Porz-Gremberghoven
4229/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

16.1 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Niehler Damm von Sebastianstraße bis Merkenicher Straße in Köln-Niehl
3495/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

16.2 258. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
4208/2016

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

17 Wahlen

17.1 Bestellung der Vertreter der Stadt Köln zur Entsendung in die Verbandsversammlung des Dachverbandes kommunaler IT-Dienstleister (KDN)
0556/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

17.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend Ausschussumbesetzung Kunst und Kultur
AN/0488/2017

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltung? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend Ausschussumbesetzung Verkehr
AN/0489/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.4 Antrag der AfD-Fraktion betreffend Ausschussumbesetzung Sport
AN/0490/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

**17.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend Benennung eines sachkundigen Einwohners für den Bauausschuss und den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft
AN/0537/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**18.1 1. Änderungsverordnung zur Änderung der 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2017
0597/2017**

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse in der Fassung des Hauptausschusses abstimmen. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der Linken und der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich muss die Nichtöffentlichkeit herstellen, meine Damen und Herren.

(Schluss der öffentlichen Sitzung: 22.44 Uhr)